Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

15. Januar 1979
Jg. 7 Nr. 3

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Zaire: Zwei entgegengesetzte Ereignisse

z.scc.Brüssel. Zum dritten Mal innerhalb von zwei Monaten hat der Präsident der zairischen Nationalbank, der westdeutsche Banker und IWF-Schuldeneintreiber Blumenthal, den Zaire abgewertet. Die zairische Währung hat damit seit dem November fast 50% ihres Werts verloren. Hätte Zaire, um die 3,5 Mrd. $ Schulden bei den Imperialisten zu zahlen, im November dafür Waren im Gegenwert von 2,8 Mrd. Zaire liefern müssen, verlangen die Imperialisten heute 5,4 Mrd. Zaire; zu zahlen in Kupfer und anderen zairischen Bodenschätzen. – Der Widerstand gegen die Ausplünderung des Landes nimmt indes zu: Ende Dezember verabschiedete das zairische Parlament eine Entschließung, in der die Abgeordneten die Revision aller mit ausländischen Bergwerksgesellschaften geschlossenen Verträge fordern.

Politik der nationalen Aussöhnung in Angola

z.elb. 51 Führer der FNLA, darunter Mitglieder des Zentralen Komitees und des Politbüros, sind aus ihrem Exil nach Luanda mit der Absicht zurückgekehrt, sich „am nationalen Aufbau zur Entwicklung des Landes zu beteiligen". Sie gaben an, daß die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen Angola und Zaire ihren Entschluß zur Rückkehr bestärkt hatte. Dem war von Seiten der angolanischen Regierung eine Amnestie für alle Mitglieder der FNLA, Unità und FLEC vorangegangen. Die Politik der nationalen Aussöhnung, die die angolanische Regierung zu entfalten beginnt und die von Teilen der FNLA aufgenommen wird, schafft die Voraussetzungen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beheben, und erleichtert es Angola, sich gegenüber den Unterwerfungsbestrebungen der Sozialimperialisten Luft zu verschaffen.

SWAPO: Intensivierung des bewaffneten Kampfes in Namibia

z.hef. Das Zentralkomitee der SWAPO hat auf seiner zweiten jährlichen Sitzung vom 4. bis 7. Januar in Angola die Ausweitung des bewaffneten Kampfes beschlossen. Wie Chinas Nachrichtenagentur Xinhua meldet,

SWAPO: Intensivierung des bewaffneten Kampfes in Namibia

z.hef. Das Zentralkomitee der SWAPO hat auf seiner zweiten jährlichen Sitzung vom 4. bis 7. Januar in Angola die Ausweitung des bewaffneten Kampfes beschlossen. Wie Chinas Nachrichtenagentur Xinhua meldet,

beschloß das Zentralkomitee eine Erklärung, die betont, „daß die Rassisten in Pretoria mit noch dunkleren Manövern, Machenschaften und Intrigen beschäftigt sind, um ein Marionettenregime im Land zu errichten, weshalb der bewaffnete Kampf die Hauptmethode der Befreiung Namibias ist und bleibt, und der Hauptteil der menschlichen und materiellen Resourcen ausschließlich für dessen Intensivierung und Führung verwendet werden soll." Das Zentralkomitee „dankte der OAU, insbesondere den Frontstaaten, für ihre materielle und politische Unterstützung bei der Befreiung Namibias und forderte sie auf, diese Unterstützung fortzusetzen und auszuweiten."

Indien: Jutearbeiter und Bankangestellte streiken

z.hef. Mehr als 220000 Jutearbeiter im indischen Bundesstaat Westbengalen sind am 5. Januar in den Streik getreten. 62 Jutefabriken stehen still. Der Kampf wird von allen Gewerkschaften der Jutearbeiter gemeinsam geführt. Sie fordern vor allem höheren Lohn, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und die Nationalisierung der Juteindustrie. 500000 Bankangestellte brachten am 28. Dezember sämtliche Bankoperationen zum Stillstand. Ihrem Warnstreik für höheren Lohn gingen Bummelstreiks und Versammlungen in der Arbeitszeit während der letzten beiden Dezemberwochen voraus. Ihre Gewerkschaften, All India Bank Employees Association und Indian National Bank Employees Congress, haben angekündigt, daß sie am 2. Februar den unbefristeten Streik beginnen, falls die Forderungen bis dahin nicht erfüllt sind.

Das Ansehen des Demokratischen Kampuchea in der Dritten Welt und der Blockfreienbewegung ist groß

Isolation der sowjetisch-vietnamesischen Invasion und des Warschauer Paktes in der UNO

z.ges. In der Nacht vom 11. Januar hat der UNO-Sicherheitsrat auf Antrag der Regierung des Demokratischen Kampuchea die Debatte über die sowjetisch-vietnamesische Invasion Kampucheas eröffnet. Die Forderung der Sowjetunion, diese Invasion gleich gar nicht auf die Tagesordnung zu setzen, „weil sie von der nicht mehr bestehenden Regierung Pol Pot gestellt worden sei", wurde auf Vorschlag des gegenwärtigen Ratspräsidenten, Donald Mills aus Jamaica, ohne Abstimmung beiseite geschoben. Die Sowjetunion hatte versucht, die Tatsache der Invasion des Demokratischen Kampuchea zu nutzen, um den Antrag des Demokratischen Kampuchea auf Verurteilung dieser Invasion vom Tisch zu bringen. Eine dreiste Imperialistenlogik. Vietnam hatte ebenfalls gefordert, den Antrag des Demokratischen Kampuchea nicht auf die Tagesordnung zu setzen, da es sich bei diesem Antrag um eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampucheas" handle.

Weil Vietnam, der Warschauer Pakt und die sozialimperialistische Sowjetunion die nationale Unabhängigkeit und Souveränität des Demokratischen Kampuchea mit Füßen treten, soll die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität des Demokratischen Kampuchea durch seine Regierung zu einer äußeren Einmischung geworden sein. Die Verletzer der nationalen Unabhängigkeit wären ihre Verteidiger und die Verteidiger der nationalen Unabhängigkeit wären ihre Verletzer. Das wollten diese Söldner der Sowjetunion der Weltöffentlichkeit zumuten. Als die Sowjetunion und Vietnam mit diesen Zumutungen gescheitert waren, verlangte die Sowjetunion, die Sitzung zu vertagen, bis die Vertreter der durch die sowjetisch-vietnamesischen Invasion eingesetzten Marionettenregierung als „Delegierte der authentischen Vertretung des kambodschanischen Volkes" eingetroffen seien. Die Behandlung der Invasion sollte also aufgeschoben werden, bis die Invasoren ihre Marionetten beigeschafft

die Sitzung zu vertagen, bis die Vertreter der durch die sowjetisch-vietnamesischen Invasion eingesetzten Marionettenregierung als „Delegierte der authentischen Vertretung des kambodschanischen Volkes" eingetroffen seien. Die Behandlung der Invasion sollte also aufgeschoben werden, bis die Invasoren ihre Marionetten beigeschafft

hatten. Dieser Antrag wurde mit 13 Stimmen gegen die Stimmen der Sowjetunion und der CSSR abgelehnt, womit die SU lediglich bei einer Regierung Unterstützung fand, die sie vor zehn Jahren mit den gleichen Methoden eingesetzt hatte, mit denen sie jetzt gegen das Demokratische Kampuchea durchkommen will. Sowjetische Versuche, andere Länder wie Kuwait für ihre Manöver zu gewinnen, waren kläglich gescheitert. Nach einer Diskussion mit dem sozialimperialistischen UNO-Vertreter erklärte der Vertreter Kuwaits klar heraus: „Wir sind gegen jede Aggression auf die Souveränität und die Freiheit kleiner Länder. Kuwait unterstützt die Forderung von Kampuchea, daß die Aggression, von der es heimgesucht wird, im Sicherheitsrat diskutiert wird."

Nachdem die Sowjetunion mit ihrer Verdrehung des Völkerrechts nicht durchgekommen war, versuchte sie sich in der Sicherheitsratssitzung selber mit den „Menschenrechten", einem bei Imperialisten und Sozialimperialisten gleicherweise beliebten Tummelplatz zwecks Rechtfertigung beliebiger Schandtaten. Nachdem der sozialimperialistische Vertreter jede Beteiligung der Sowjetunion, des Warschauer Pakts und Vietnams an der Invasion des Demokratischen Kampuchea abgestritten hatte, versuchte er, der Regierung des Demokratischen Kampuchea wegen sogenannter Menschenrechtsverletzungen die Legitimation abzusprechen, um hintenrum die unleugbare Invasion des Demokratischen Kampuchea doch noch zu rechtfertigen. Seitenlang zitierte der sowjetische Vertreter dabei, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet, die amerikanische Presse. Tatsächlich versuchen die Imperialisten und die Sozialimperialisten seit Jahren, sich in der Verleumdung des Demokratischen Kampuchea den Rang abzulaufen, so

Fortsetzung Seite 2

Sofortiger Abzug der sowjetisch-vietnamesischen Invasionstruppen aus dem Demokratischen Kampuchea!



Genosse Pol Pot, Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kampuchea, Premierminister der Regierung des Demokratischen Kampuchea, sagte in einem Interview im April 1978: „Vietnam gibt seinen Plan einer ‚Indochina-Föderation' nicht auf. Seit 1930 hat es systematisch danach gestrebt, dieses Ziel zu erreichen ... als einen einzigen Staat, mit einer Partei, einem Volk, einer Armee und einem Land ... Das Volk und die Revolutionäre Armee von Kampuchea, zu einem Block vereint unter der korrekten Führung ihrer Kommunistischen Partei Kampuchea, haben entschieden ihren Kampf weitergeführt, entsprechend ihrem Recht auf Unabhängigkeit, Souveränität und Selbständigkeit, um Herr ihres eigenen Schicksals zu sein." (Bild: Die Revolutionäre Armee Kampucheas verteidigt im Januar 1978 ihr Land gegen die vietnamesische Aggression.)

Genosse Pol Pot, Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kampuchea, Premierminister der Regierung des Demokratischen Kampuchea, sagte in einem Interview im April 1978: „Vietnam gibt seinen Plan einer ‚Indochina-Föderation' nicht auf. Seit 1930 hat es systematisch danach gestrebt, dieses Ziel zu erreichen ... als einen einzigen Staat, mit einer Partei, einem Volk, einer Armee und einem Land ... Das Volk und die Revolutionäre Armee von Kampuchea, zu einem Block vereint unter der korrekten Führung ihrer Kommunistischen Partei Kampuchea, haben entschieden ihren Kampf weitergeführt, entsprechend ihrem Recht auf Unabhängigkeit, Souveränität und Selbständigkeit, um Herr ihres eigenen Schicksals zu sein." (Bild: Die Revolutionäre Armee Kampucheas verteidigt im Januar 1978 ihr Land gegen die vietnamesische Aggression.)

CDU/CSU auf Strategiesuche gegen die Arbeiter ...

z.maf. An wenigen Abstimmungsprozenten bammelte letzte Woche der Kopf des CDU-Vorsitzenden und CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Kohl. Voll Galle und Bitterkeit kann sich fast keine bürgerliche Zeitung das Wortspiel mit dem „Kopf" und dem „Kohl" verkneifen. So peinlich offensichtlich ist der Anlaß, daß „man" nicht davon spricht: Die CDU/CSU hat angesichts der Streikbewegung der Belegschaften der Stahlwerke versagt. Sie konnte ihren besonderen Beitrag zur Spaltung des Kampfes nicht anbringen. Die Last der Bremserei ging sozusagen gänzlich auf die SPD über, die dafür ideologisch auch bluten muß. Obgleich die Kapitalistenklasse zufrieden sein kann vom wirtschaftlichen Ergebnis her, werden die politischen Folgen dieses Versagens der Reaktion noch erheblich sein. Obwohl die „40-Stunden-Woche mit Recht auf Überstunden" gerettet wurde, obwohl mit 4%/15 Monaten die Strategie der dauernden Lohnsenkungen auch gerettet wurde: Mit den sechs Wochen Urlaub hat die Streikaktion einen mäßigen, aber für alle Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland und Westberlin wirksamen Erfolg erstritten. Noch einige zehntausend Stimmen mehr gegen das Ergebnis, und die Kapitalisten hätten auch beim Lohn was zulegen müssen. Aber schon so: die sechs Wochen Urlaub, die von der ganzen Arbeiterklasse für das ganze Land verbindlich gemacht werden können und müssen, sind ein selbständig errungener Kampferfolg der Arbeiterbewegung und werden ihr Selbstbewußtsein heben. Um so energischer wird sich die Arbeiterbewegung den verbliebenen, weit größeren Aufgaben stellen.

Ein ideologischer, ein politischer und selbstverständlich auch ein barer Geldverlust zeichnet sich für die Kapitalistenklasse ab. Dieser Hauch von einem Erfolg der Arbeiter hat der westdeutschen Bourgeoisie eine blutende Wunde geschlagen, die zwar klein ist, aber nicht heilen will. – Schuld daran ist nach Ansicht von Biedenkopf, der alles aus nächster Nähe mit ansehen mußte, die Parteiführung der CDU und die Bundestagsfraktionsführung der CDU/CSU. Die Stahlarbeiter haben ihre Streikbewegung nur durch Einriß des Gedankengefängnis der Konkurrenz entfalten können. Daß sowohl im Verkehr „der Völker" wie „der einzelnen" allgemeines Wohlsein durch „Wettbewerb" und „Leistung" entstünde, half nicht hin, die Kampffront zu unterminieren. Diese beiden großen Lügen der bürgerlichen Gesellschaft unter die Leute zu bringen, ist das Geschäft der CDU/CSU. Versagen in dieser Hinsicht wirft dann freilich das „Problem der Führungsqualitäten" auf.

Die CDU/CSU versuchte gar nicht, die Hetze der Kapitalistenklasse zu harmonisieren, die Parteiführung und die Bundestagsfraktion schwelgten in vornehmer Zurückhaltung und waren weit entfernt, der Bourgeoispresse Rückendeckung beim Schmutzwerfen zu geben. Lediglich Franz Josef Strauß, der Unermüdliche, gab der „Welt" ein Interview, das in der Verszeile „wilde Nacht, streikende Nacht" gipfelte. So konnten sich die bürgerlichen Blätter nicht gut hinter den Politikern verstecken, und das Vertrauen vom „Leser" zu „seiner Zeitung" ist auch gestört.

So blieb dann der SPD, geführt durch Schmidt, gar nichts übrig, als das Werk der Eindämmung der Aktion, der Schadenminderung für die Kapitalisten alleine zu tragen. Diese Aufgabe hat der als Laienschauspieler früher berühmte Schmidt mit der Unverfrorenheit eines Jahrmarktsgauklers erledigt. Es geschah an Silvester mit dem einfachen Satz, „wer hart arbeitet, soll auch gut verdienen". Das ist eine Weichenstellung für die Kapitalisten: Sie sollen etwas (nicht viel und nichts Wirkliches) in Sachen Lohn und Arbeitsbedingungen nachgeben und sich vor allem bemühen, die Arbeit „hart" zu machen. – Für die Arbeiter ist der Kampf gegen die Intensivierung der Arbeit, die schleichend vonstatten geht, schwer zu führen. Leicht und ein mehrfaches läßt sich durch „Verhärtung" der Arbeit, durch Beschleunigung, durch umgreifendere Einführung von Akkord, durch Schichtarbeit und Nachtarbeit herausholen, als man bei vorsichtigem Nachgeben zur „Beruhigung" der Belegschaften hinlegen muß. So weit die eine Seite von Schmidts Rat. Die andere Seite der Taktik betrifft Schmidts Vorhaben. Wer nicht „so hart" arbeitet, z.B. weil er gar nicht arbeiten kann, weil er keine Arbeit hat, muß ja dann auch nicht so „gut" verdienen. Das wird per Gesetz geregelt werden. Und hat die Regierung nicht mit der Steuerreform bereits bewiesen, daß sie gewillt ist, jenen, die „härter" arbeiten als andere (kenntlich daran, daß sie mehr verdienen), auch was Besonderes zuzuschieben? Und wäre es dann nicht angemessen, wenn die Kapitalisten ein paar Pfennige hinlegen würden, weil ja das ganze Volk zu „hart" arbeitet und die „westdeutsche Industrie" sich deswegen „im Weltvergleich durchaus sehen lassen" kann? – Damit Schmidt auf dieser Rolle den Menschen- & Arbeiterfreund mimen kann, braucht er einen Gegenpart, sonst bleibt das glanzlos.

War nicht die Taktik der SPD im Streik direkt auf die Provokation einer Streikbrecherbewegung hin gerichtet? War das nicht wie geschaffen, um den christlichen Gewerkschaften Spielraum für ihre Demagogie zu schaffen? War nicht die Verhandlungsführung der Kapitalisten auch geradewegs zugeschnitten auf Streikbruch und reaktionäre Organisationsbildung? Und immerhin: War es nicht ein Grund für viele, für diesen Abschluß zu stimmen, weil sie befürchteten, daß alsbald eine solche Spaltung auch einsetzen würde?

Die ideologische und politische Selbständigkeit und die in zäher politischer Auseinandersetzung angeschaffte Hornhaut der Arbeiterbewegung gegen den offen reaktionären Schmus führt jetzt dazu, daß die Pantoffeltierchen im Bonner Wassertropfen neuerlich wimmeln. Mehr wird zu mehr führen.

Das Ansehen des Demokratischen Kampuchea in der Dritten Welt und der Blockfreienbewegung ist groß

Fortsetzung von Seite 1

daß es ihnen nicht schwerfällt, sich bei ihren jeweiligen Verleumdungen auf die Verleumdungen des anderen zu stützen. Diese Verleumdungen sind durchsichtig: die US-Imperialisten haben 5 Jahre lang versucht, das kampucheanische Volk mit ihrer überlegenen Kriegsmaschinerie zu vernichten. Die sowjetisch-vietnamesischen Invasoren versuchen mit ihren Tanks, ihrer schweren Artillerie und ihren Flugzeugen und Dutzenden vietnamesischen Divisionen jetzt das Gleiche. Wenn die Imperialisten und Sozialimperialisten von Menschenrechten säuseln, dann sind sie stets gerade dabei, sich das Recht herauszunehmen, Menschen zu vernichten, die ihnen im Wege stehen. Das kampucheanische Volk stand den US-Imperialisten im Wege bei seinem Versuch, das Erbe der französischen Imperialisten anzutreten, und das kampucheanische Volk steht den Sozialimperialisten jetzt im Weg, wo diese das amerikanische Erbe antreten wollen. Die Kommunistische Partei Kampucheas und die Regierung des Demokratischen Kampuchea führen das kampucheanische Volk im Kampf für nationale Unabhängigkeit, für Souveränität und territoriale Integrität, die Voraussetzungen dafür sind, daß das kampucheanische Volk die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in seinem Land beseitigen kann. Es ist leicht durchschaubar, was die Berufung der Imperialisten und der Sozialimperialisten auf Menschenrechte gegenüber dem kampucheanischen Volk bedeuten: das Recht auf Vernichtung all dessen, was das kampucheanische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas und der Regierung des Demokratischen Kampuchea erobert und aufgebaut hat: Freiheit, Land, Reis, Kooperativen, unabhängige Wirtschaft und Sozialismus. Imperialisten und Sozialimperialisten stellen das Demokratische Kampuchea als Konzentrationslager dar. Konzentrationslager soll man vernichten. Also kann man das Demokratische Kampuchea vernichten. Die beiden Supermächte sind sich nur darüber nicht einig, wer das Demokratische Kampuchea vernichten darf. In Wahrheit stimmt im Demokratischen Kampuchea die Staatsmacht im Innern des Landes so sehr mit der Selbstorganisation des Volkes überein, daß sie gegenüber der Selbstorganisation des Volkes verschwindet. Die Armee stand vor der sowjetisch-vietnamesischen Invasion ausschließlich an den Grenzen. Das Regierungsgebäude in Phnom Penh war durch einen unbewaffneten Posten bewacht. In Kampuchea konnte man sich Kilometer um Kilometer bewegen, ohne einen einzigen Soldaten oder gar Polizisten zu sehen. Wo die Massen große Arbeitseinsätze machten beim Reisanbau, beim Bau von Bewässerungsanlagen und bei der Reisernte, konnte man keinen sehen, der dabei stand und aufpaßte. Alle arbeiteten und nach Arbeitsende bewegten sich die Massen völlig frei auf den Straßen und in den Dörfern. Die Bauern und Arbeiter hatten das Land in der Hand. Gut für die Massen, schlecht für die Imperialisten. Konzentrationslager? Das Gegenteil! Es gab schon lange keine Flüchtlinge mehr, sondern Flüchtlinge begannen zurückzukehren. So sah es in dem Demokratischen Kampuchea aus, bevor die sowjetisch-vietnamesischen Invasoren eindrangen, um dort die „Menschenrechte" wiederherzustellen, die auch dem US-Imperialismus und allen Imperialisten so sehr am Herzen liegen.

Die Welt sieht und wird im weiteren Verlauf des Volkskrieges gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression immer besser sehen, daß das Volk des Demokratischen Kampuchea Interessen und Rechte zu verteidigen hat und die sozialimperialistischen Menschenrechtler bis aufs Blut haßt. Das ist der Grund, warum Sihanouk trotz seiner Einwände gegen die Revolution und den Sozialismus sofort bereit war, auf Bitte Ministerpräsidenten Pol Pots die Regierung des Demokratischen Kampuchea vor der UNO zu vertreten.

Der sowjetisch-vietnamesische Blitzkrieg gegen das Demokratische Kampuchea sollte eine internationale Lage schaffen, in der der Vernichtungskrieg gegen das kampucheanische Volk als „innere Angelegenheit" Vietnams und der Sowjetunion stillschweigend erledigt werden kann. Diese Absicht ist bereits gescheitert. Sihanouk konnte vor der UNO die Interessen und Rechte des Demokratischen Kampuchea vertreten. Die Dritte Welt verurteilt die sowjetisch-vietnamesische Invasion. Die Blockfreienbewegung verurteilt die Invasion. Die Asean-Staaten fordern den Abzug der Invasionstruppen. Die VR China, die Volksdemokratische Republik Korea, die Volksrepubliken Rumänien und Jugoslawien unterstützen das Demokratische Kampuchea. Der sowjetisch-vietnamesische Blitzkrieg konnte keine internationale Stimmung für die Invasion schaffen. Die internationale Lage ist günstig für den Volkskrieg des Demokratischen Kampuchea, der bereits begonnen hat. Dieser Volkskrieg wird nicht von heute auf morgen mit spektakulären Erfolgen aufwarten können wie der Blitzkrieg Vietnams, des Warschauer Pakts und der Sowjetunion. Er wird aber unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas schließlich zum Sieg führen. Die Völker einschließlich des vietnamesischen Volkes werden diesen Sieg begrüßen, während die leicht errungenen Blitzsiege der sowjetisch-vietnamesischen Aggression wie die Blitzsiege Hitlers überall auf Ablehnung *und* Skepsis stoßen. Das zeigt sogar der bisherige Verlauf der Sicherheitsratssitzung.

Grußadresse an das ZK der Kommunistischen Partei Kampucheas

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Zentrales Komitee
Sekretär

Frankfurt, den 07.01.79

An den
Sekretär des Zentralen Komitee der
Kommunistischen Partei Kampucheas
Genossen Pol Pot

Werter Genosse Pol Pot,

im Namen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland senden wir dem Volk des Demokratischen Kampuchea, der Revolutionären Armee und der Kommunistischen Partei Kampucheas unsere revolutionären Kampfesgrüße. Wir verurteilen aufs Schärfste die sowjetisch-vietnamesische Invasion des Demokratischen Kampuchea und werden mit allen Kräften den revolutionären Volkskrieg unterstützen, den das Demokratische Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggressoren führt. Insbesondere verurteilen wir das schamlose Manöver der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren, ihre Invasion hinter einer angeblichen kampucheanischen Front der nationalen Rettung zu verbergen.

Das Volk von Kampuchea hat eine ruhmreiche Geschichte des Kampfes für nationale Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität. Unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas hat das Volk von Kampuchea nach dem Putsch der Lon Nol-Clique und dem Einfall der US-Imperialisten und ihrer vietnamesischen Marionettentruppen den Volkskrieg geführt, und den US-Imperialismus samt Marionetten geschlagen. Am 17. April 1975 hat das Volk von Kampuchea und seine revolutionäre Armee Phnom Penh und das gesamte Land befreit. Während die US-Imperialisten das Demokratische Kampuchea weiter bedrohten und zahlreiche Aggressionsakte begingen, gingen die sowjetischen Sozialimperialisten immer offener zum Angriff auf das Demokratische Kampuchea über. Dabei bedienten sie sich der revisionistischen Führungsclique in Hanoi, die nach dem Sieg über den US-Imperialismus das vietnamesische Volk nicht nur um die Früchte seines Sieges betrogen, sondern in einen Aggressionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea hineingezogen hat.

Trotz der Bedrohung durch den US-Imperialismus und der beginnenden sowjetisch-vietnamesischen Aggression hat das Volk von Kampuchea das Land erfolgreich verteidigt und mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen. Das tapfer kämpfende Volk von Kampuchea hat die Ernährungsfrage gelöst. Das Leben der Volksmassen hat sich gebessert. Trotz aller Subversions- und Interventionsversuche seitens seiner Feinde hat das Demokratische Kampuchea Ordnung und Stabilität des Landes gesichert. Heute steht das Volk von Kampuchea und das Demokratische Kampuchea in einem heftigen Kampf zur Verteidigung seiner nationalen Existenz, der Revolution und des Sozialismus. Die sowjetisch-vietnamesischen Invasoren haben ganz offen die Absicht, das Volk von Kampuchea zu versklaven, Kampuchea in eine Reiskammer für Vietnam zu verwandeln, das die sowjetischen Sozialimperialisten zu ihrem politischen und militärischen Stützpunkt in Südost-Asien ausbauen. Das Demokratische Kampuchea steht an einer entscheidenden Front im Kampf der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus.

Jetzt haben die Aggressoren erneut einen Blitzkrieg gegen das Demokratische Kampuchea unternommen und sie tun alles, um einen Blitzsieg vorzutäuschen. Wir sind vollständig sicher, daß der jetzige Blitzkrieg der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren nur die Niederlage der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren einleitet und daß das Volk von Kampuchea sich in seinem neuerlichen Volkskrieg erneut befreien wird.

Mit ganzem Herzen wünschen wir dem Volk von Kampuchea, der Revolutionären Armee, der Kommunistischen Partei Kampucheas, dem ZK und Ihnen, Genosse Pol Pot, Erfolg an diesem harten und langandauernden Kampf.

Mit allen Kräften werden wir diesen Kampf unterstützen.

Mit kommunistischen Grüßen
Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee des
Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Carter drängt auf Lohnsenkung
Die Arbeiter fordern – Lohn

z.gek. Die Inflation erfüllt die US-Bourgeoisie zur Zeit mit schmatzendem Behagen, ist sie doch in der Lage, auf die Preise für fast alle notwendigen Konsumgüter der Massen unangefochten 10%, 20% oder noch mehr aufzuschlagen und die größten Gewinne ihrer Geschichte einzukassen. Die US-Monopole können das, weil die Importwaren der auswärtigen Konkurrenz von vornherein durch die kalkulierte Dollar-Abwertung verteuert sind.

Die Volksmassen müssen sich weiter einschränken. Nach der Erhöhung der Gaspreise kann eine Arbeiterfamilie, die eins der kleinen, charakteristischen Holzhäuser bewohnt und beheizt, mit einer monatlichen Gasrechnung von 200 oder 300 Dollar rechnen, völlig unbezahlbar. Also wird nicht mehr ausreichend geheizt. Unter den Volksmassen existiert die feste Meinung, daß z.B. Rindfleisch (das in den USA noch billiger ist als bei uns und in größerer Menge in den Konsum der Massen eingeht) im nächsten Jahr doppelt so teuer, also unerschwinglich sein wird.

Die Bourgeoisie rechnet schon im

kratische Kampuchea steht an einer entscheidenden Front im Kampf der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus.

Jetzt haben die Aggressoren erneut einen Blitzkrieg gegen das Demokratische Kampuchea unternommen und sie tun alles, um einen Blitzsieg vorzutäuschen. Wir sind vollständig sicher, daß der jetzige Blitzkrieg der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren nur die Niederlage der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren einleitet und daß das Volk von Kampuchea sich in seinem neuerlichen Volkskrieg erneut befreien wird.

Mit ganzem Herzen wünschen wir dem Volk von Kampuchea, der Revolutionären Armee, der Kommunistischen Partei Kampucheas, dem ZK und Ihnen, Genosse Pol Pot, Erfolg an diesem harten und langandauernden Kampf.

Mit allen Kräften werden wir diesen Kampf unterstützen.

Mit kommunistischen Grüßen
Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee des
Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Carter drängt auf Lohnsenkung
Die Arbeiter fordern – Lohn

z.gek. Die Inflation erfüllt die US-Bourgeoisie zur Zeit mit schmatzendem Behagen, ist sie doch in der Lage, auf die Preise für fast alle notwendigen Konsumgüter der Massen unangefochten 10%, 20% oder noch mehr aufzuschlagen und die größten Gewinne ihrer Geschichte einzukassen. Die US-Monopole können das, weil die Importwaren der auswärtigen Konkurrenz von vornherein durch die kalkulierte Dollar-Abwertung verteuert sind.

Die Volksmassen müssen sich weiter einschränken. Nach der Erhöhung der Gaspreise kann eine Arbeiterfamilie, die eins der kleinen, charakteristischen Holzhäuser bewohnt und beheizt, mit einer monatlichen Gasrechnung von 200 oder 300 Dollar rechnen, völlig unbezahlbar. Also wird nicht mehr ausreichend geheizt. Unter den Volksmassen existiert die feste Meinung, daß z.B. Rindfleisch (das in den USA noch billiger ist als bei uns und in größerer Menge in den Konsum der Massen eingeht) im nächsten Jahr doppelt so teuer, also unerschwinglich sein wird.

Die Bourgeoisie rechnet schon im

Lauf dieses Jahres mit einem spürbaren Rückgang der zahlungsfähigen Nachfrage und daher des Absatzes. Sie wendet verstärkt den Blick auf den Weltmarkt. Die „Schlacht gegen die Inflation" ist jetzt, von der Carter-Regierung lauthals angestimmt, das Feldgeschrei, unter dem entsprechend der verkündeten 7%-Lohnbegrenzung ein Einbruch in den Lohnstandard erreicht und überhaupt die Lage im Innern bereinigt werden soll, damit der US-Imperialismus für neue Aktionen „übersee" gerüstet ist.

Die Carter-Regierung versucht bereits jetzt mit der Führung der Teamster-Gewerkschaft, für die etwa 300000 LKW- und Lagerarbeiter, deren Tarifverträge im April auslaufen, ein Vorabkommen zu schließen (*anstelle* der Kapitalisten!), wonach sich die Gewerkschaft auf einige dringliche Nebenforderungen verlegen und dafür die 7%-Grenze einhalten soll.

Gleichzeitig zielt Carter darauf ab, einzelnen Abteilungen der Arbeiterklasse *jetzt*, im Vorfeld der großen Tarifkämpfe des Jahres (nach den Teamstern folgen die Automobil-, die Gummi- und die Stahlarbeiter), Niederlagen beizubringen. In Briefen an die Holz- und Papierkapitalisten, deren Werke und Mühlen im Nordwesten der USA jetzt im 5. Monat von 28000 Arbeitern bestreikt werden, hat sie diesen „verboten", nachzugeben und mit gut 10% abzuschließen, wie es einzelne gegenüber der Streikfront ausgescherte Kapitalisten zuvor gemacht haben.

Dasselbe im Tarifkampf der Raffinerieindustrie. Die Carter-Regierung hat die Ölmonopole aufgefordert, auch einen längeren Streik in Kauf zu nehmen und hat ihnen wenig verhüllt die Organisierung des Streikbruchs angeboten! Die Gewerkschaft hat sich davon allerdings unbeeindruckt gezeigt und den für den 7. Januar angesetzten Streik der 60000 Raffineriearbeiter erst in letzter Minute ausgesetzt, nachdem Standard Oil mit einem Angebot von etwa 75 Cts. die Stunde herausgerückt ist, das eindeutig *über* der Carterschen Lohnleitlinie liegt. Angenommen hat die Gewerkschaft nicht. Sie fordert die Zahlung der Erhöhung auch an die Arbeiter in den Eingangslohngruppen, sowie eine Erhöhung der Beiträge der Kapitalisten zur Krankenversicherung.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231 Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 3: 32000

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Stab

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 80F

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 12 · A-1040 Wien ·

Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen



Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland

Bezirksausgabe: Westberlin (07)

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730241

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

Die beiden Supermächte schwingen die Weizen-, Soja- und Baumwollwaffe

z.hev. Weizen, das heißt Brot – Sojabohnen, das bedeutet Speisefett – Baumwolle, das ist Kleidung; grundlegende landwirtschaftliche Produkte, die über die Versorgung der Völker der Dritten Welt mit dem Allernotwendigsten entscheiden. Für die USA und die UdSSR aber entscheidet sich an der Weizen-, Speiseöl- und Baumwollfront, wer von ihnen die Völker der Dritten Welt in Abhängigkeit halten und den Aufbau einer Selbstversorgung verhindern kann. Seit Jahren liefern sich die beiden Supermächte unter argwöhnischer gegenseitiger Beobachtung bei der Baumwollerzeugung ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Trotz chronischer Mißernten mit nur gelegentlichen Aufheiterungen durch eine „Rekordernte" realisiert die Sowjetunion kräftige Spekulationsgewinne beim Weizen, indem sie auf dem Weltmarkt kauft, hortet und bei Gelegenheit wieder exportiert. Bei der Sojabohne beherrschen die USA den Welthandel zu ¾, ein Weltmonopol, das ihnen praktisch unbegrenzte Möglichkeiten läßt, die Preise nach ihrem Gutdünken zu steuern. Die USA haben ihre Lagerkapazitäten so weit ausgebaut, daß sie ohne Schwierigkeiten ganze Jahresernten in Silos verschwinden lassen und wieder auf den Markt schleudern können. So entsteht die Situation, daß Meldungen über Rekordernten in den USA und der Sowjetunion bei den Völkern der Dritten Welt nicht Freude über „Hilfe", sondern Beklemmungen hervorrufen. – Grundlage des Monopols ist die um ein Vielfaches höhere Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit, die von den USA zur systematischen Zerstörung des Aufbaus einer eigenständigen Landwirtschaft in den Ländern der Dritten Welt eingesetzt wird. Die UdSSR nutzt mit demselben Ziel ihr staatliches Außenhandelsmonopol. Die Länder der Dritten Welt unternehmen unsägliche Anstrengungen, um aus dieser Lage herauszukommen. Über die wirtschaftliche Forderung nach integrierten Rohstoffabkommen festigt sich ihr politischer Zusammenschluß. Im folgenden wird über die Lage bei Baumwolle, Weizen, und Soja berichtet.

Mio. t | Preis in UScents/pound | Baumwolle | Weltproduktion | Preis | USA + UdSSR | USA | UdSSR | 1961-65 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78

Baumwolle

Rund 45% der Weltbaumwollproduktion kommen aus den USA und der Sowjetunion. Ohne mit der Wimper zu zucken, kann die US-Regierung durch Verknappung des Angebots mittels eines „Brachlandprogramms" große Preisbewegungen weltweit auslösen. Die Sowjetunion konkurriert insbesondere auf den westeuropäischen Märkten mit der Baumwolle aus Afrika, Asien und Südamerika. Baumwollbörsianer von der New Yorker Börse reden z.Zt. eine „Verknappung des Angebots bei den höheren Qualitäten" herbei. Aus der Spekulantensprache übersetzt heißt das, daß die Baumwolle aus den Ländern der Dritten Welt keine Käufer mehr finden und im Preis gedrückt werden soll, während der „Qualitätsbaumwolle" aus den USA schwindelnde Preise garantiert werden. Dies wird die Lage für die Länder der Dritten Welt weiter verschärfen. Dies wird die Verwirklichung des 5-Jahres-Plans in Pakistan in Frage stellen, einem Land, das zu 60% Baumwolle und Baumwollprodukte exportiert. Es wird den Senegal auf die „traditionelle", aus der kolonialen Monokultur stammende Erdnuß zurückwerfen und den weiteren Ausbau der begonnenen Baumwollproduktion verhindern. Ähnliches wird in anderen baumwollproduzierenden Ländern eintreten. Eine Entwicklung, die von den Imperialisten hämisch registriert wird und kaltschnäuzig kalkuliert ist.

Weizen

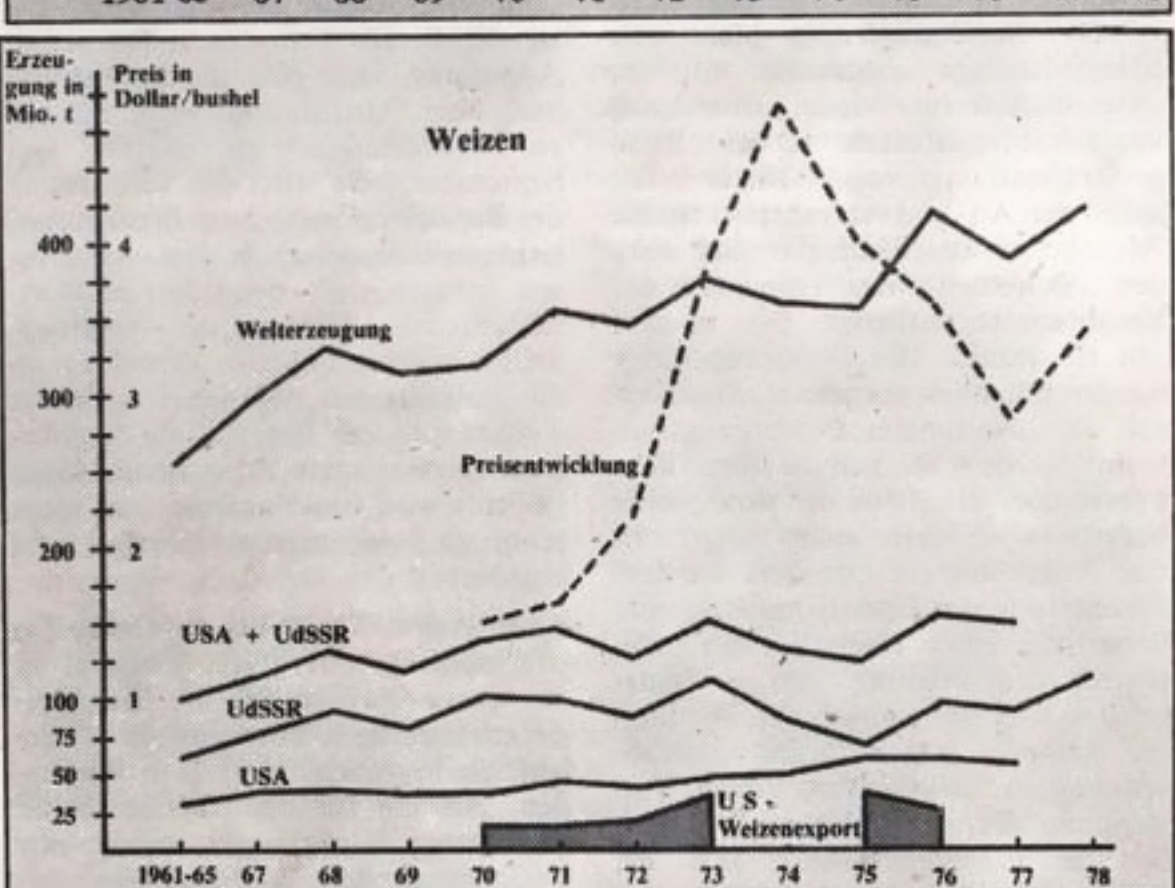
z.ham. Der Weizen ist die auf der Welt am weitesten verbreitete Brotgetreideart, aber auch hochwertiges Viehfutter. Die beiden Supermächte lassen gut ein Drittel der Welterzeugung in „ihren" Ländern anbauen. Die USA stellen vom Welthandelsvolumen gut ein Drittel im Durchschnitt der Jahre, die absolute Menge je Jahr lassen sie schwanken, über die Hälfte der Ernte wird exportiert. Über Satelliten spioniert das US-Landwirtschaftsministerium den Stand der Feldfrüchte auf dem ganzen Erdball für ihre Erntevorausschätzungen aus, d.h. um festzustellen, wo Mißernten sich anbahnen. Die sind der willkommene Anlaß für die US-Imperialisten, ihren Weizen als Weizenwaffe in Anschlag zu bekommen. Die weltgrößte Warenbörse – Chikago – ist auch die Zentralbörse für die Weizenkurse der Welt, hier wird der Weltmarktpreis festgesetzt. Hier setzen sie ihre Lagerhäuser ein. Prahlerisch nennen sie sich „Inhaber des Brotkorbes der Welt". 1976 hatten sie einen Vorrat von 30 Mio. t Weizen liegen, 1975 18 Mio. t. Die SU-Imperialisten sind ihnen bei den Doppelzentnern je Jahr voraus, wenn ihnen auch die Hektarerträge ihrer abgewirtschafteten Landwirtschaft (um 15 dz/Jahr) stark schwanken. 1972 sank die Jahresernte gleich um 20 Mio.t. Die haben sie sich bei den US-Imperialisten gekauft, die vermeldeten, daß nun der Weizen wirklich knapp sei, ein spekulativer Preisanstieg setzte ein. Breschnjew hatte vor der Preissteigerung den Kaufvertrag abgeschlossen, den wählten sie damals zum „Manager des Jahres". Der machte seinem Titel alle Ehre und verscherbelte ein Gutteil des eingekauften Weizens gleich weiter an seine befreundeten Länder – zu den hohen Preisen, versteht sich. 1974, im Jahr der höchsten Preise, verkauften die Sozialimperialisten 5,2 Mio. t, davon 3,68 in RGW-Staaten, 1,4 Mio. t in die Dritte Welt. Auswirkungen hatte das auch für die Bauern der 2. Welt, z.B. die Kraftfutterpreise z.B., die die westdeutschen Bauern an die Mühlenkapitalisten zahlen mußten, stiegen stark an.

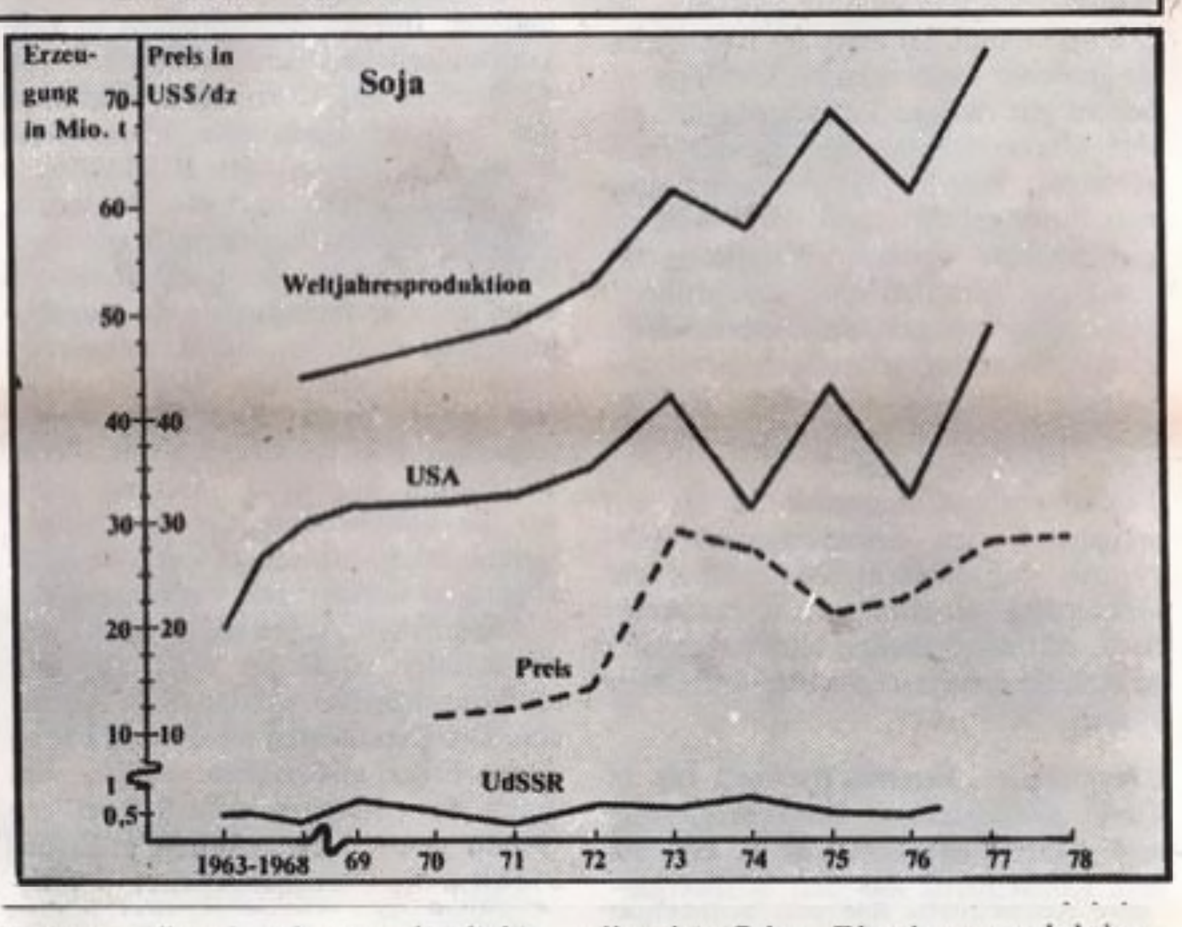
Die Gesamtwelterzeugung liegt jetzt bei 400 Mio. t jährlich. Der Bedarf ist noch stärker gestiegen. Die US-Imperialisten reden jetzt wieder von einem Weizenkartell, „wie die OPEC", schwebt es ihnen vor.

Pakistan hat von Indien, das erstmals selbst über größere Vorräte verfügt, Weizensaatgut bezogen, das nicht von Getreiderostkrankheit befallen wird (Resistenz). Das ist ein wichtiger Fortschritt, die Imperialisten bleiben auf ihren „Superweizenneuzüchtungen", die am besten im Gewächshaus wachsen, sitzen.

Soja

Die Sojabohne ist in Asien ein wichtiges Grundnahrungsmittel und ausgepreßt liefert sie pflanzliches Öl und ein eiweißreiches Viehfutter. Soja ist sehr gehaltvoll, u.a. ist das Eiweiß ähnlich hochwertig wie das tierische, das macht seine Bedeutung insbesondere in den Tropen für die menschliche Ernährung aus. In den USA ist über die Hälfte der jährlichen Welterzeugung konzentriert. Die Hälfte bis zwei Drittel der Jahresernte geht in den Export, das sind über 75% des Welthandelsvolumens. In den 60iger Jahren hatten die US-Imperialisten 90%igen Anteil. Die US-Imperialisten nennen Soja „die Königin der Pflanzen", weil sie ihnen königliche Extraprofite eingebracht hat. Als sie 1972 erkannten, daß die Nahrungsmittelknappheit, insbesondere in der Dritten Welt, sich verschärfen würde, setzten sie ihre Monopolstellung so ein: Präsident Nixon verfügte einen Exportstopp für Soja – bei gleichzeitiger Ausdehnung des Anbaus. – Der Preis stieg innerhalb von wenigen Monaten auf das Dreifache, er hatte Wirkung auf den Weltmarktpreis für Weizen.





Agrarreform! Die Bauern erheben sich gegen Schahregime

„Weiße Revolution" beschleunigte ihren Ruin / Niedergang der Landwirtschaft / Wachsende Agrarimporte

z.scc. „Agrarreform; Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Landes gründen sich darauf, daß es sich auf seine eigenen Kräfte stützt; Wiedergeburt der Landwirtschaft und gesunde Industrialisierung". (Aus: 17-Punkte-Erklärung des Organisationskomitees der Demonstration am 10.12. in Teheran, KVZ 52/78)

Die iranischen Arbeiter, die mit Macht an die Spitze des Kampfes zum Sturz des Schah-Regimes und zur Vertreibung der imperialistischen Ausbeuter getreten sind, sind vielfach noch selbst, oder ihre Väter, Bauern gewesen. Innerhalb von kaum mehr als zwei Jahrzehnten erlebte der Iran eine gewaltige, gewaltsame Umwälzung. Das imperialistische Kapital verlangte billige Arbeitskraft, die es ausbeuten und mit der es die großen Reichtümer des Landes plündern konnte – es bekam sie. Millionen Pächter und Bauern wurden vom Land vertrieben und strömten in die Städte. Anfang der 50er Jahre betrug der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen an der Gesamtzahl noch 75%, heute weniger als 40%. Teheran, einst Millionenstadt, hat heute vier Millionen Einwohner. Die Zahl der Erdölarbeiter stieg seit 1956 auf mehr als das Fünffache, die der übrigen Industriearbeiter aufs Dreifache. Heerscharen der entwurzelten Bauern fanden keinen Ausbeuter; sie bevölkern die Slums an den Rändern der großen Städte, nicht wissend, ob sie am nächsten Tag zu essen finden.

Vor der „Landreform" von 1962, auch „Weiße Revolution" genannt, bearbeiteten 95% der landwirtschaftlichen Produzenten als Pächter oder Halbpächter einen kleinen Fetzen Boden; ihre einzigen Betriebsmittel bestanden meistens aus einer Sense und einer Sichel; selbst den Ochsen mußten sie samt primitivem Holzrahmen zum Pflügen vom Großgrundbesitzer oder dem „Ochsenbauern" ausleihen. Die Feudallasten schnürten ihnen die Luft ab. Im Kronland von Banysar z.B. bebauten durchschnittlich drei Pächter ein „Pflugland" – eine Fläche, die von einem Ochsen mit Pflug gelockert werden kann – und ernteten dort 2t Getreide. 800kg davon mußten sie an die Krone abliefern, 150kg bekam der Ochsenbesitzer, ebensoviel der Ochsenführer, 80kg Schmied und Tischler, 20kg der Bürgermeister. Weitere 400kg für die nächste Aussaat abgezogen, blieben den drei Pächtern zusammen 400kg, Lohn eines ganzen Jahres härtester Arbeit.

Für das imperialistische Kapital, das sich die iranische Landwirtschaft zu unterwerfen trachtete, bildeten die feudalen Verhältnisse eine Fessel. Sie versperrten ihm den Export von landwirtschaftlichen Maschinen, Saatgut, Düngemitteln, versperrten ihm die profitable Anlage in der Landwirtschaft. Mit der „Landreform" 1962 fiel das Hindernis.

Der feudale Großgrundbesitz sollte gegen fürstliche Entschädigung auf 80–150ha beschränkt werden. Das Ergebnis: Die Großgrundbesitzer behielten das beste Land für sich und tauschten ihre Entschädigungszertifikate gegen Aktien, oft Beteiligungen an imperialistischen Konzernen.

Das ihnen abgekaufte Land sollte den ehemaligen Pächtern zugeteilt werden. Das Ergebnis: Abhängigkeit und Ausbeutung der landwirtschaftlichen Produzenten wuchsen. Land bekam der Pächter nur, wenn er es bei einer Anzahlung von 20% in 15 Jahresraten abzahlte, zuzüglich 10% „Administrationsgebühr". Bis 1972 waren es gut zwei Millionen, die sich für ein 2ha großes, unfruchtbares Stückchen Land auf Generationen verschuldeten. Gleichzeitig wurden sie gezwungen, in die neugegründeten „Genossenschaften" einzutreten. Brauchen die Bauern Saatgut oder Düngemittel, müssen sie dieses bei den „Genossenschaften" kaufen. Können sie es nicht kaufen, müssen sie es dennoch nehmen und sich dafür verschulden. Die „Genossenschaften" diktieren den Anbau. Sie kontrollieren den Aufkauf der Ernten ebenso wie den Verkauf von Lebensmitteln an die Bauern. Hatte der frühere Pächter nach Abzug aller Abgaben in der Regel wenigstens das Saatgut für das nächste Jahr und die Lebensmittel, um sich zu ernähren, so hat der iranische Bauer heute nichts mehr: von den umgerechnet knapp 1000DM, die er 1973 für seine Jahresarbeit bekam, mußte er sich Produktions- und Lebensmittel für das nächste Jahr erst neu kaufen. Seine Verschuldung stieg ins Uferlose. 1972/73 gaben die „Genossenschaften" mehr als eine Million Kredite über insgesamt ca. 400Mio. Mark; fast nie, wie propagiert, für die Anschaffung neuer Maschinen o.ä., sondern fast ausschließlich „zur Überbrückung von Notlagen". Neben dem „genossenschaftlichen" Kreditwesen existiert der private, von Geldverleihern und Großgrundbesitzern betriebene Wucher weiter.

1968 leitete der Schah die zweite und dritte Phase der „Weißen Revolution" ein. Zehntausende der Bauern, die gerade erst Land gekauft hatten, wurden enteignet, ihr Land zu „landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften", 1973 insgesamt 53 zu durchschnittlich 3700ha, zusammengefaßt. Die Bauern erhielten Aktien, von denen sie auch nicht leben konnten, und waren fortan gezwungen, ihre Arbeitskraft als Landarbeiter zu verkaufen oder in den städtischen Slums zu krepieren. Im Januar '73 kündigte der damalige Landwirtschaftsminister die Bildung von 500 großen und 1500 kleineren Aktiengesellschaften an.

Gleichzeitig erhielten die Imperialisten die lang geforderte Gelegenheit, sich Hunderttausende Hektar besten Bodens unter den Nagel zu reißen. Landwirtschaftliche Großbetriebe, „Agro-Business"-Farmen, entstanden weitgehend unter imperialistischer Kontrolle, die größte auf einem Gebiet von 53000ha in der Mughân-Ebene an der Grenze zur Sowjetunion, errichtet von einem US-Konzern.

In den „landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften" und Großfarmen werden moderne Produktionsmethoden angewandt. Im Zuge der zweiten und dritten Phase der „Landreform" verdoppelte sich die Zahl der Schlepper und anderer Maschinen, der Verbrauch von Kunstdünger in der iranischen Landwirtschaft. Die Imperialisten hatten den Aufbau iranischer Kunstdünger-, Maschinenbau- oder Fahrzeugfabriken weitgehend verhindern können. Bis zum Saatgut müssen die landwirtschaftlichen Produktions- und Hilfsmittel fast ausschließlich aus imperialistischen Ländern importiert werden.

Die fortschreitende Kapitalisierung der Landwirtschaft „befreit" mit wachsender Geschwindigkeit die Bauern von ihrem Eigentum und wirft sie auf den Arbeitsmarkt. Aber das ist nur die eine Seite. Die Agrarproduktion des Iran hat einst jahrhundertelang in hoher Blüte gestanden. Mit Hilfe eines klugen Bewässerungssystems, das das unterirdische Grundwasser ausnutzte, konnten große Landflächen der Steppe und Wüste entrissen und der Bebauung erschlossen werden. Bis zur Kolonialisierung des Iran durch die englische Krone und die alten Zaren konnten die iranischen Bauern die Bevölkerung des Landes mit ausreichenden Nahrungsmitteln versorgen. Und jetzt?

Die Imperialisten und ihre Kompradoren jagen nach Profit und haben kein Interesse, die landwirtschaftliche Produktion zu entfalten, ja nicht einmal zu erhalten. Die Kanate, die althergebrachten Bewässerungskanäle, verfallen. 30% sind seit der „Weißen Revolution" vertrocknet und zerstört. Die Fläche des bewässerten Landes nahm von 1960 bis 1967 um 32%, von 4,7 auf 3,2 Mio. ha ab, das kultivierbare, aber nicht genutzte Land um 11,5 Mio. ha zu. Mehr und mehr Agrarprodukte muß der Iran importieren. Obwohl 60% des Ackerlandes mit Weizen bebaut werden, stiegen die iranischen Weizenimporte zwischen '72 und '75 auf das doppelte an und machen inzwischen rund ein Viertel des Gesamtverbrauchs aus. Die Importe von Reis, Milch und Zucker haben sich verdreifacht, von Obst und Fleisch mehr als versechsfacht. Mengenmäßig. Denn das, was der Iran den Imperialisten dafür bezahlen mußte, ist noch weit mehr angestiegen.

Die „Weiße Revolution" hat die Widersprüche zwischen den Imperialisten und dem Schah-Regime auf der einen, den iranischen Volksmassen auf der anderen Seite enorm verschärft. Die Millionen Arbeiter und Bauern haben sich erhoben, um diese Widersprüche revolutionär zu lösen.

z.jöd. **Die ersten Probebohrungen in Gorleben sollen Ende Januar, Anfang Februar durchgeführt werden.** Dies ist zwischen der Bundesregierung und der Niedersächsischen Landesregierung festgelegt. Ernst Albrecht, Kekskönig aus Hannover, sieht den kommenden Aufgaben entgegen. ,,Eine nationale Aufgabe" sei die Durchführung der Probebohrungen und die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage. Lange hat sich der niedersächsische Ministerpräsident gewunden und sprach von ,,prüfen", ,,überdenken", ,,Bürgerinteresse" und noch von vielen anderen schleimigen und glatten Worten. Spannend wird also diesmal der Ausgang Albrechts ,,nationaler Tat." Die Volksmassen und die Bauern kennen den Ministerpräsidenten und seine Taktik. So hatten die Bauern bereits bei den ersten Gesprächen, zwischen Schmidt und Albrecht, Traktordemonstrationen in Gorleben durchgeführt. – Die Bundesregierung plant eine Mammutanlage zusammen mit der ,,Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen" (DWK). Riesige Straßentrassen von 30 Meter Breite sollen den An- und Abtransport für die Bauarbeiten beschleunigen und auch der ,,Sicherheit" des Transports der Kernbrennstoffe dienen. Dies ist aber nur ein Punkt. Die Transportstränge werden erheblich ausgebaut. Gorleben soll ein ,,Nationales Entsorgungszentrum" werden, wie sich die bürgerliche Presse über die Pläne der Bourgeoisie begeifert. Die Häfen sollen ausgebaut, das Autobahnnetz erweitert werden. Erweiterung des Eisenbahnnetzes und Schaffung eines Hubschrauberlandeplatzes ist in Planung. Riesige Wäldereien werden dann abgeholzt. Die Bauern kämpfen gegen Grundwasserabsenkung, radioaktive Emissionen, Versteppung der Landschaften, Ausbleiben des Fremdenverkehrs. D.h. die Bauern kämpfen um ihre Existenz. Damit überhaupt der erste Stich in die Erde gemacht werden kann, kündigte Albrecht ein riesiges Polizeiaufgebot an, mit Unterstützung des Bundesgrenzschutzes. Werden Großdemonstrationen durchgeführt, will die Landesregierung eine weitere Verstärkung der ständigen Einsatztruppe durchführen. Mit einer Propagandaoffensive will die Landesregierung jetzt über die eigene Unsicherheit hinwegtäuschen. Mit der Ankündigung der Probebohrungen verkündigte sie, daß sie gegen die 18 Demonstranten klagen werde, die sich weigerten, den Schadensersatzforderungen von 234000 DM wegen der Grohndedemonstration nachzukommen. Aktionseinheiten bilden sich jetzt gegen die Landesregierung und ihren Pläne.

Über die Installierung von Warnalarmanlagen werden Fernmeldesondernetze aufgebaut, Maßnahmen zur Sicherstellung des Güterumschlags in den Häfen werden getroffen, Großraumtransportflugzeuge des Typs Transall beschafft, Arzneimittelvorräte für die medizinische Versorgung einer großen Anzahl von Schwerverletzten für 3-4 Wochen angelegt. Gleichzeitig führt die Bundesregierung unter großem Aufwand, aber relativ erfolglos, die Kampagnen durch: ,,Ein kluger Mann baut vor" und ,,Denk dran, schaff Vorrat an". 1964/65 verabschiedet die Bundesregierung unter der Erhard-Regierung die ersten Schubladengesetze, die unter der Großen Koalition 1968 in den Notstandsgesetzen zusammengefaßt werden: Das Ernährungssicherstellungs-, Verkehrssicherstellungs-, Wirtschaftssicherstellungs- und das Wassersicherstellungsgesetz sowie verschiedene Gesetze über den zivilen Ersatzdienst als Teil des militärischen Apparates. Jetzt geht die Bourgeoisie dazu über, Ausführungsbestimmungen zu diesen Gesetzen zu schaffen. Seit September 1978 wird die Verordnung der Bundesregierung zum Ernährungssicherstellungsgesetz in den Ausschüssen beraten, mit dem die landwirtschaftlichen Erzeugnisse beschlagnahmt werden und die Verteilung an die Volksmassen staatlich kontrolliert werden soll. Zur Begründung der Notstandsgesetze sagte Ernst Benda 1966: ,,Nichts wird funktionieren, was nicht schon in Friedenszeiten überlegt und erprobt worden ist".

z.hat. **Am 4./5.1.79 hat die Große Tarifkommision der IG Chemie in Hannover-Garbsen für die Manteltarifverhandlungen Forderungen festgelegt.** Sie beginnen am 31.1. in Wiesbaden. Als die für die Chemiearbeiter wichtigsten Forderungen werden die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Beschäftigten in vollkontinuierlichen Schichtbetrieben von 42 Stunden auf 40 Stunden, Erhöhung der Schichtzulagen bei 2-Schichtbetrieb, Absicherung des Effektivlohns bei Umsetzungen und die Forderung nach 6 Wochen Grundurlaub erhoben. Am 11.12.78 hatte der Kapitalistenverband der Chemieindustrie ein Angebot unterbreitet. Er hat zur Arbeitzeitverkürzung und zur Urlaubsforderung einen langjährigen Stufenplan vorgeschlagen. Die IG Chemie hat diesen Stufenplan abgelehnt. Gerade jetzt, wo die Stahlarbeiter den 6-wöchigen Urlaub erkämpft haben, kann da nicht abgerückt werden. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden ist längst überfällig und muß durchgesetzt werden ohne Abstriche. Die Kapitalisten werden gerade an

Chemische Industrie in Niedersachsen

Zahlen aus der Industriestatistik

r.gör. Etwa 32000 Beschäftigte gibt es in der nds. Chemieindustrie, davon ⅔ Arbeiterinnen und Arbeiter. Ein erster Vergleich mit der gesamten chemischen Industrie im Gebiet der BRD (insgesamt 583000 Beschäftigte) zeigt schon, daß die chemische Industrie in Niedersachsen weit unter dem Durchschnitt vertreten ist: 5,4% der Beschäftigten, 5,5% des Umsatzes. 1966/67 ließ das nds. Wirtschaftsministerium vom Prognos-Institut Bedingungen für eine expansive Industriepolitik in Niedersachsen untersuchen. Im Ergebnis heißt es: ,,Die regionale Verteilung des Wohlstandes ist in Niedersachsen ungünstiger als in jedem anderen Bundesland. Die Wachstumspolitik hat deshalb auf regionalpolitische Nebenbedingungen Rücksicht zu nehmen. Dem dient jedoch nicht eine breite Streuung, sondern nur eine Konzentration der Kräfte in leistungsfähigen regionalen Zentren." Sodann wird für das weit unterdurchschnittliche Wachstum der Chemieindustrie definiert: ,,Die Ursachen... liegen in den unter-optimalen Betriebsgrößen (die kapital- und forschungsintensive Großchemie ist in Niedersachsen gar nicht vertreten), dem weniger wachstumsbegünstigten Produktionsprogramm (hohes Gewicht der Düngemittel) sowie ungünstigen Standortbedingungen (hohe Energiepreise usw.)." Schließlich wird ,,massive Steigerung" der Wirtschaftsförderung empfohlen.

Zweifellos hat die Bourgeoisie solche Politik betrieben. Seit 1970 hat die chemische Industrie in Niedersachsen das mit Abstand größte Wachstum. Während seit 1970 die Nettoproduktion insgesamt mit 13,7% Zunahme bis Ende 1977 fast stagnierte, dehnte sich die chemische Industrie um 121,3% aus. Aber die regional ungleichmäßige Entwicklung hat sich hierdurch vielmehr noch verschärft. Das gilt auch für die Entwicklung der Industrie insgesamt. Ganze Industriezweige sind geschrumpft, gelegentlich um 30-40% (z.B. Metallgießereien, Keramik, Schuhproduktion).

Insgesamt verzeichnet die Industriestatistik 369 Chemiebetriebe. Aber obwohl in den letzten Jahren bereits etwa ein Viertel der kleinen und mittleren Betriebe dem Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals zum Opfer gefallen ist, gibt es immer noch 164 dieser Betriebe, die unter 10 Beschäftigte haben. In diesen kleineren chemischen Fabriken ist zumeist die Herstellung von Erzeugnissen für die Landwirtschaft konzentriert.

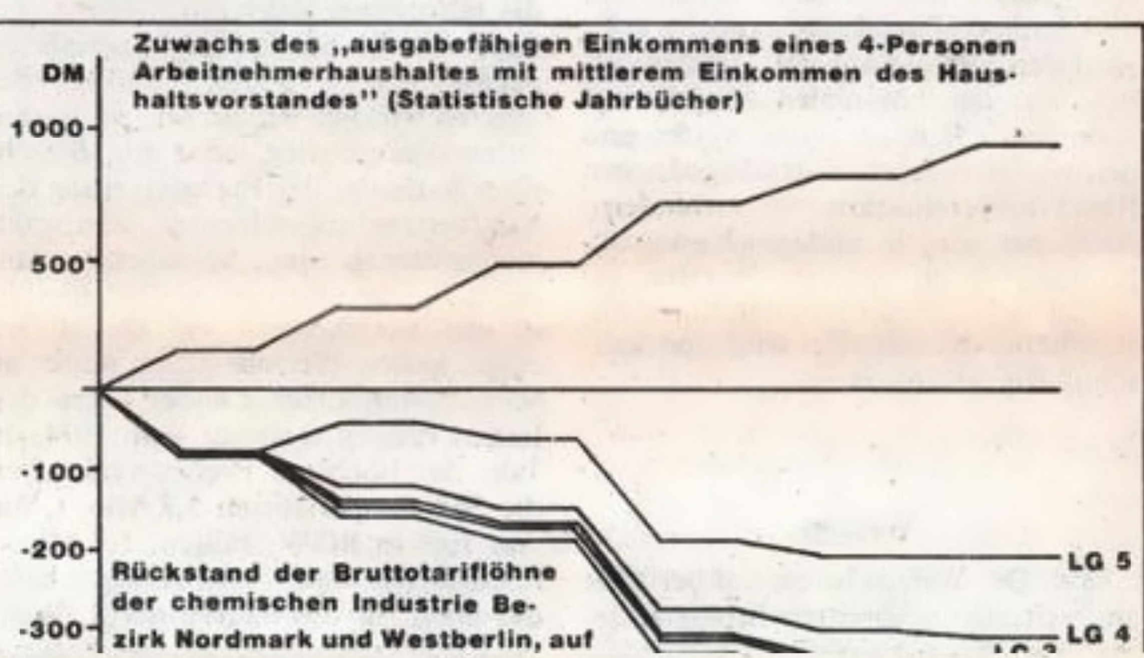
Nur 7 Unternehmen haben mehr als 1000 Beschäftigte, aber 39% aller Chemiearbeiter werden in diesen Unternehmen ausgebeutet. Von den 154 Kapitalgesellschaften in Niedersachsen, die ein Nominalkapital von 10 oder mehr Mio. DM haben, sind gerade 4 Chemieunternehmen: die Kali-Chemie AG, Hannover (55 Mio.), die Kali-Chemie Pharma GmbH, Hannover (30 Mio. DM), die Wolff AG, Walsrode-Bomlitz (32 Mio. DM) und die Dow Chemical GmbH, Stade (130 Mio. DM). Diese größeren Kapitale bestimmen bereits die regionale Konzentration der Chemieproduktion in Niedersachsen. Relative Konzentrationspunkte sind: Hannover, sodann Stade, Harburg, Holzminden. Insbesondere seit Ansiedlung der Dow Chemical liegt bei den Großbetrieben der Schwerpunkt bei der Erzeugung chemischer Grundstoffe; in diesem Zweig sind 47% aller Chemiearbeiter beschäftigt, er hat auch den Exportanteil am Umsatz auf 47% am meisten steigern können.

Rasches Wachstum und Konzentration des Chemiekapitals haben die zunehmend vorangetriebene Ausbeutung der Chemiearbeiter als Grundlage. Auch wenn die Industriestatistik hierüber kaum offenherzig ist, erkennt man doch, daß die Umsätze pro Beschäftigten dauernd und rasch gestiegen sind. Allein von Juni 1977 bis Juni 1978 um 11,4%! Die Wochenarbeitszeit in der Chemieindustrie liegt bei 42,7 Stunden, davon im Durchschnitt 2 Überstunden. Über Schichtarbeit gibt es keine regionale Statistik. In der westdeutschen Chemieindustrie arbeiten allein 115000 Arbeiter (= 20%) in Voll-Konti-Schicht. Der Lohnkampf wie der Kampf um die Durchsetzung der 40 Stunden-Woche, den die Chemiearbeiter jetzt führen, hat hierin drängende materielle Grundlagen.

Lohnkonto zeigt: Zwang zur Überarbeit wächst

Chemiearbeiter bereiten Lohnkampf vor

r.hat. Aus Anlaß des Streiks der Stahlarbeiter gegen die ständigen Lohnsenkungen und den zunehmenden Verschleiß ihrer Arbeitskraft durch Rationalisierungen hat IG Chemie-Vorsitzender Hauenschild ein mahnendes Wort an die Chemiearbeiter gerichtet. ,,Höchste Zeit zur Besinnung", schreibt er in der Januarausgabe der Gewerkschaftszeitung. ,,Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und unsere demokratische Gesellschaftsordnung" haben den Schaden, ,,wenn sich die sozialen Gegensätze weiter eskalieren." Seine Methode ist durchsichtig: War der Streik schon nicht zu verhindern, dann muß er mystifiziert werden.



steppung der Landschaften, Ausbleiben des Fremdenverkehrs. D.h. die Bauern kämpfen um ihre Existenz. Damit überhaupt der erste Stich in die Erde gemacht werden kann, kündigte Albrecht ein riesiges Polizeiaufgebot an, mit Unterstützung des Bundesgrenzschutzes. Werden Großdemonstrationen durchgeführt, will die Landesregierung eine weitere Verstärkung der ständigen Einsatztruppe durchführen. Mit einer Propagandaoffensive will die Landesregierung jetzt über die eigene Unsicherheit hinwegtäuschen. Mit der Ankündigung der Probebohrungen verkündigte sie, daß sie gegen die 18 Demonstranten klagen werde, die sich weigerten, den Schadensersatzforderungen von 234000 DM wegen der Grohndedemonstration nachzukommen. Aktionseinheiten bilden sich jetzt gegen die Landesregierung und ihren Pläne.

z.brp. **Eine ,,Eiserne Ration" für 14 Tage propagierten Bundesregierung und Verbraucherberatungen.** Das sei eine Konsequenz aus den Schneemassen, mit denen die Bourgeoisie eine Katastrophe schuf, um das Zusammenwirken der Verwaltungsebenen mit dem Militärapparat zu überprüfen sowie die ,,Verteidigungsbereitschaft" der Volksmassen zu mobilisieren. – Mit dem Wiedererstarken des BRD-Imperialismus auf der Grundlage der enormen Ausbeutung der Arbeiterklasse schafft sich das Finanzkapital die Grundlagen, an einer kriegerischen Neuaufteilung der Welt teilzunehmen: Bereits vor Errichtung der Bundeswehr 1956 bildet die westdeutsche Bourgeoisie paramilitärische Einheiten wie das Technische Hilfswerk und baut unter dem Deckmantel ,,Zivilschutz" Militäreinrichtungen, Bunker, Warnalarmanlagen usw. 1958, als die Bundesrepublik Brückenkopf für die US-imperialistische Intervention im Libanon war und die BRD-Imperialisten im Rahmen der NATO den militärischen Einfall des britischen Imperialismus in Jordanien unterstützten, strukturierte der damalige Verteidigungsminister Strauß das Bundesheer um: Divisionen, bestehend aus verschiedenen Waffengattungen in kleinen beweglichen Verbänden, wie sie die Bourgeoisie braucht, um einem Bürger- oder Guerillakrieg entgegentreten zu können, wurden gebildet. Parallel dazu wurde die Bundesoberbehörde ,,Ziviler Bevölkerungsschutz" aufgebaut; eine Stabsrahmenübung, an der der Innenminister Schröder teilnahm, erprobte das Zusammenwirken der Verwaltungseinheiten mit den militärischen Verbänden. Für die Volksmassen wurden Anweisungen für ,,Lebensmittelnotstandspakete" ausgegeben, und der Landwirtschaftsminister Lübke richtete staatliche Nahrungsmittelläger, vor allem Kartoffelläger, ein. Die Grundlagen, während eines Aggressionskrieges den Nachschub, die Verbindungen und die industrielle Produktion aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten, werden bis 1963 gelegt:

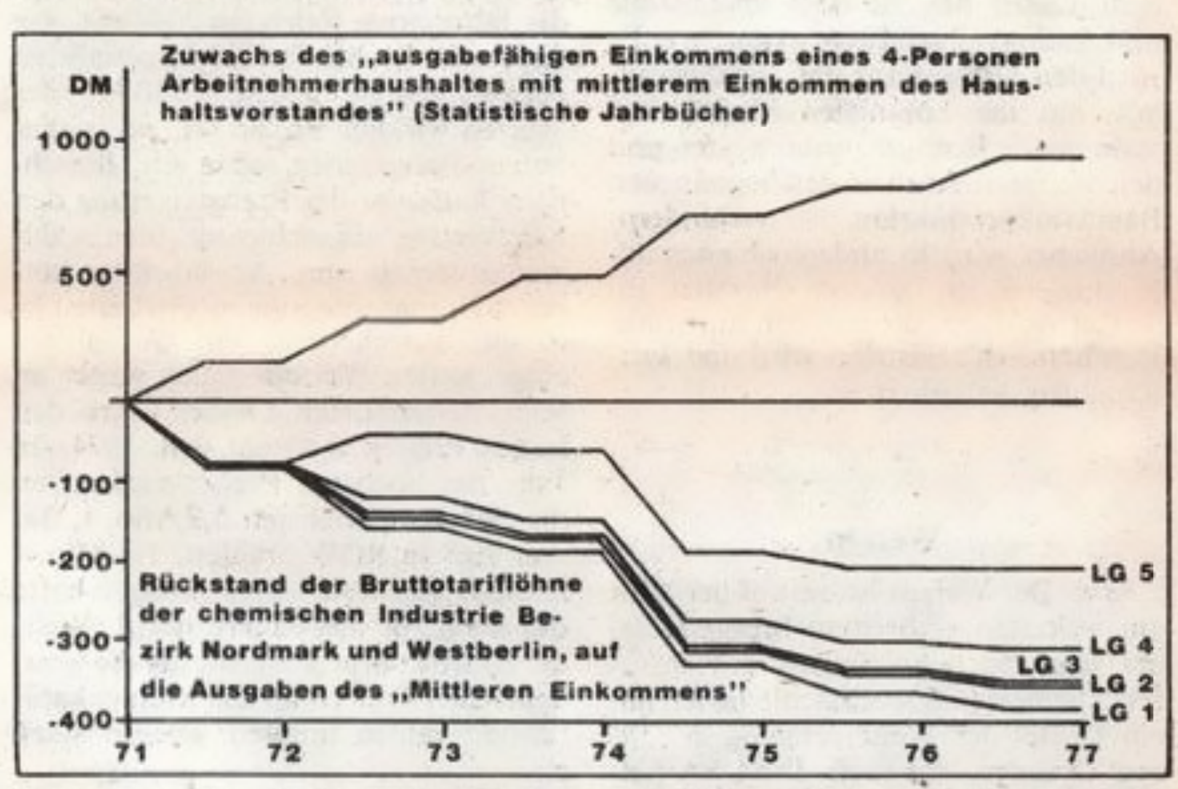
wichtigsten Forderungen werden die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Beschäftigten in vollkontinuierlichen Schichtbetrieben von 42 Stunden auf 40 Stunden, Erhöhung der Schichtzulagen bei 2-Schichtbetrieb, Absicherung des Effektivlohns bei Umsetzungen und die Forderung nach 6 Wochen Grundurlaub erhoben. Am 11.12.78 hatte der Kapitalistenverband der Chemieindustrie ein Angebot unterbreitet. Er hat zur Arbeitzeitverkürzung und zur Urlaubsforderung einen langjährigen Stufenplan vorgeschlagen. Die IG Chemie hat diesen Stufenplan abgelehnt. Gerade jetzt, wo die Stahlarbeiter den 6-wöchigen Urlaub erkämpft haben, kann da nicht abgerückt werden. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden ist längst überfällig und muß durchgesetzt werden ohne Abstriche. Die Kapitalisten werden gerade an
dieser Frage ausweichen wollen, weil ihnen ihr ,,Konti-Schicht-System" in Gefahr gerät. Darin besteht auch das Problem des Forderungspakets der Tarifkommission. Denn der Ruinierung der Arbeitskraft der Chemiearbeiter können nur Schranken gezogen werden, wenn die Einhaltung des Normalarbeitstages durchgesetzt wird. Die Konti-Schicht muß sofort verboten werden, soll verhindert werden, daß die Arbeiter, die unter diesen Bedingungen arbeiten, nicht vorzeitig ruiniert sind. Forderungen gegen die Nachtarbeit und gegen Überstunden werden nicht erhoben. Die Überlegung der Sozialdemokraten, Lohn mit Urlaub und Arbeitszeitverkürzung zusammen zu verhandeln und dabei das eine für das andere zu erreichen, ist faul. Verhandeln und erkämpfen kann man alles zusammen, nur nachgeben braucht man an keinem der drei Punkte, wenn die Kraft der Chemiearbeiter in die Schlacht geworfen wird.

DM plus 6,5% auf das Eckgehalt von jetzt 1000 DM, lautet die Forderung der 50000 Floristen in der BRD für den neuen zentralen Lohntarif. Der Tarif umfaßt fünf Lohngruppen mit je acht Altersstufen; für die unterste Lohngruppe, in die ungelernte Arbeiter eingestuft werden, bedeutet dies im ersten Einstellungsjahr die Erhöhung des Monatlohns von 750 DM um 75,35 DM. Ausgelernte Floristen, Lohngruppe A2, erhielten danach 85,12 DM mehr auf den bisherigen Monatslohn von 900 DM. Erhöhung der Lehrlingslöhne um 50 DM, Verdoppelung der vermögenswirksamen Leistungen auf 26 DM sind weitere Forderungen der Gewerkschaft Gartenbau-, Land- und Forstwirtschaft, die den zentralen Lohntarif zum 31.1.79 gekündigt hat. Die Gartenbau-Kapitalisten schweigen sich bisher zu den Forderungen aus und versuchen, den Abschluß eines neuen Vertrags in den Mai zu verschleppen. 1978 haben die Floristen durchgesetzt, daß der Lohntarif zum erstenmal bundeseinheitlich festgelegt wurde. Seitdem umfaßt der zentrale Tarif alle Gebiete außer Schleswig-Holstein/Hamburg und Rheinland-Pfalz.

Lohnkonto zeigt: Zwang zur Überarbeit wächst

Chemiearbeiter bereiten Lohnkampf vor

r.hat. Aus Anlaß des Streiks der Stahlarbeiter gegen die ständigen Lohnsenkungen und den zunehmenden Verschleiß ihrer Arbeitskraft durch Rationalisierungen hat IG Chemie-Vorsitzender Hauenschild ein mahnendes Wort an die Chemiearbeiter gerichtet. ,,Höchste Zeit zur Besinnung", schreibt er in der Januarausgabe der Gewerkschaftszeitung. ,,Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und unsere demokratische Gesellschaftsordnung" haben den Schaden, ,,wenn sich die sozialen Gegensätze weiter eskalieren." Seine Methode ist durchsichtig: War der Streik schon nicht zu verhindern, dann muß er mystifiziert werden.



Dieser Spaltungsversuch Hauenschilds mußte am festen Willen der Stahlarbeiter, sich gegen die Kapitalisten durchzusetzen und an der Unterstützung der Chemiearbeiter für diesen Kampf, scheitern. Den Kapitalisten ist es in den letzten Jahren gelungen, systematisch den Lohn zu senken und die Belegschaften zu spalten, um die Arbeiter schrankenloser Ausbeutung auszusetzen. Der 4,3% Abschluß des letzten Jahres, der mit zwei Tagen Urlaub verrechnet wurde, war Endpunkt dieser Politik. Die Kapitalisten konnten ihren Triumph nicht verbergen.

,,Hamburger Chemieunternehmen steuern Erfolgskurs" verkündete die ,,Welt" im November 1978. Das weitere Absinken des Lohnstandards hatte es den Kapitalisten leicht gemacht, die Arbeiter zu weiteren Überstunden zu zwingen und die Nacht- und Schichtarbeit auszudehnen. Das hat den Kapitalisten eine gewaltige Profitsteigerung eingebracht. Der Umsatz pro Beschäftigten in der Hamburger Chemieindustrie hat sich seit 1970 verdoppelt. Den Arbeitern hat es erhöhten Verschleiß ihrer Arbeitskraft eingebracht. Zwei Tage mehr Urlaub sind zu wenig, wenn gleichzeitig dafür mehr Überstunden gemacht oder die Reproduktion eingeschränkt werden müssen.

Unser Schaubild zeigt, wie scharf der Zwang zu Überarbeit bereits ist. Es zeigt den Vergleich zwischen dem von der Regierung angegebenen Wachstum der Ausgaben des offiziellen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen, wie er vom Statistischen Bundesamt geführt wird. Nach oben, als positiv, ist jeweils der Zuwachs der Vorjahre addiert. Negativ fällt der Vergleich der Zuwächse der Tariflöhne der Chemiearbeiter des Bezirks Nordmark und Westberlin aus. Den Betrag, der ihnen jährlich in dem angegebenen Zeitraum mehr fehlt gegenüber den offiziellen Ausgabenzuwächsen, haben wir also negativ aufgetragen. Das Loch in der Haushaltskasse vergrößert sich, durch ständige Prozentabschlüsse werden die Lohngruppen auseinandergerissen und die Lohngruppe 1 nach unten gedrückt.

Gegenwärtig beginnt die Auseinandersetzung um die Forderung für den Tarifkampf. Die Bedingungen, mit einem Festgeldbetrag die weitere Spaltung zu bekämpfen, sind gut. Schon ein Festbetrag von 110 DM bringt für *alle* Lohnempfänger soviel wie eine *durchgesetzte* 6% Forderung. Auf der Arbeitstagung der IG Chemie in München haben Arbeiter die Streichung der Lohngruppe 1 gefordert.

z.jon.Paris. **Die Brauerei Dumesnil in Ivry (Gervais-Danone-Konzern) wird seit dem 26.12.1978 von 159 Arbeitern besetzt gehalten,** um die für Anfang Januar geplante Schließung zu verhindern. Ein Teil der Belegschaft wurde bereits durch Lohnsenkungen von bis zu 1000 FF gezwungen, in anderen Werken des Konzerns, z.T. in Lyon, mehrere hundert Kilometer entfernt, zu arbeiten. Vor ihrer Betriebsbesetzung setzten die Dumesnil-Arbeiter die Vertrauensleute der Gewerkschaft CGT ab, die gemeinsame Sache mit den Kapitalisten machten, und führten Neuwahlen durch. Die Produktion von Ivry wird zum großen Teil in die SEB-Brauerei nach Melun verlagert. Dort ist seit mehreren Monaten die Arbeitswoche auf 60 Stunden ausgedehnt worden. Jetzt soll Dreischicht-Betrieb eingeführt werden. Die Betriebsorganisation der CGT hat in mehreren Versammlungen den Kampf gegen die Einführung des Schichtbetriebs aufgenommen. Zugleich fordert sie Lohnerhöhungen, um die Arbeiter vor dem Zwang zur Nacht- und Schichtarbeit zu schützen, sowie die Einführung der 35-Stunden-Woche. Delegationen der Belegschaften von Ivry und Melun haben sich getroffen, um sich gegenseitig zu unterstützen.

z.elb. **Am 2.1. traten die niederländischen Binnenschiffer in den Streik** für eine gesetzliche Regelung der Verteilung der Fracht, um zu verhindern, daß die privaten Frachtverteilungsgesellschaften direkt mit den Schiffern Verträge abschließen und die Preise drücken. Die belgischen, französischen und westdeutschen Schiffer unterstützten den Streik mit der Verweigerung aller internationalen Frachten. Am 9.1. wurde der Streik erfolgreich beendet: Die Frachten werden nur noch über die Börse öffentlich aufgerufen, und eine Überwachungskommission wird eingerichtet, in der die Schiffer und die Verteilungsgesellschaften gleiche Stimmenanzahl haben.

z.cld. **Eisenbahnergewerkschaft gegen Rationalisierung und den Einsatz von Bundeswehr und Strafgefangenen bei der Bahn.** In einer Presseerklärung hat die Ortsverwaltung der GdED Buch-



Sozialdemokraten haben Streikbruch abgesprochen

Französische Stahlmonopole haben westdeutscher Konkurrenz Aufträge abgejagt

z.jon.Paris. In einem Interview für KVZ Nr.2/79 sagte ein französischer Stahlarbeiter: „Die Gewerkschaftsführungen sprechen nicht davon. Es werden längst Aufträge aus Deutschland wegen des Streiks hier ausgeführt, und die französischen Arbeiter wissen nichts davon."

Die westdeutschen Monopole verteidigen im Kampf gegen den Stahlarbeiterstreik den Vorsprung, den sie bei der Ausbeutung und im Kampf um die Weltstahlmärkte gegenüber ihren westeuropäischen Konkurrenten erkämpft haben. Die französischen Stahlmonopole wollen mit ihrem im Dezember verkündeten Sanierungsplan und der Entlassung von über 27000 Stahlarbeitern die Voraussetzungen schaffen, um einen größeren Anteil an den europäischen Stahlmärkten zu erobern. Die Zeitung Le Monde schreibt dazu am 7.1. erfreut in einem Artikel über den westdeutschen Stahlarbeiterstreik: „Nebenwirkung: Die französische Stahlindustrie erhöht ihre Verkäufe nach Deutschland, vor allem bei dünnen Blechen."

Bei den Vorständen der Stahlmonopole waren keine genauen Angaben zu dieser Meldung zu erfahren. Der Vorstand des Metallverbandes der Gewerkschaft CGT, die von der revisionistischen KPF beherrscht wird, teilte auf Anfragen mit, es sei nichts über zusätzliche Aufträge aus Westdeutschland bekannt.

Hatte die CGT Pläne, Streikbrecherproduktion zu unterbinden, falls doch etwas bekannt würde?

„Wir sind nicht im gleichen internationalen Gewerkschaftsverband wie die IG Metall und haben deshalb leider nicht die Beziehungen zur IG Metall, die wir wünschen. Wir haben aber Solidaritätserklärungen zur Unterstützung des Stahlarbeiterstreiks in Westdeutschland abgegeben."

Ein leitender Funktionär der unter sozialdemokratischer Führung stehenden Gewerkschaft CFDT wußte von den vermehrten Aufträgen für die französischen Stahlmonopole. Er empörte sich darüber, daß die französischen Kapitalisten Aufträge für Träger und Baustahl, die vor allem in den von Stillegung bedrohten Werken produziert werden, abgelehnt hätten, während sie Aufträge für Stahlbleche, um deren Markt der schärfste Konkurrenzkampf tobt, angenommen hätten. Unter anderem seien in einem Werk des Konzerns Sollac in Lothringen drei Güterzüge mit zusammen 6000 t dünnem Blech für westdeutsche Automobilwerke fertiggemacht worden, in einem USINOR-Werk im Raum Paris vier Züge mit zusammen 8000 t.

Was hat die CFDT unternommen, um diese Streikbrecherproduktion zu unterbinden?

„Wir haben eine Absprache mit der IG Metall, daß wir die Produktion nicht stören, die nicht die Produktion der bestreikten Betriebe ersetzt. Wir kontrollieren deshalb genau, was wir produziert wird."

Und diese Aufträge für die westdeutsche Automobilindustrie ersetzen die Produktion in den bestreikten Betrieben nicht?

„Nein. Und jetzt ist der Streik in Westdeutschland sowieso vorbei."

Jeder weiß, daß die Unterbindung der Stahllieferungen für die Automobilindustrie einer der Punkte ist, an denen der Stahlarbeiterstreik die westdeutsche Kapitalistenklasse am schmerzhaftesten traf. Vollständig vom Interesse der Kapitalisten an Höchstprofit beseelt und um jeden Preis bemüht, den Klassenkampf der Stahlarbeiter abzustumpfen, wo sie ihn schon nicht verhindern kann, scheint die IG Metall-Führung ihre sozialdemokratischen Freunde im CFDT-Vorstand direkt *aufgefordert* zu haben, Streikbrecherproduktion in Frankreich *nicht* zu behindern.

Den reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführungen in Frankreich kommt dieser Appell gelegen. Die CFDT hat vor wenigen Tagen eine neue Kampagne für die „5. Schicht" bei vollkontinuierlichem Schichtbetrieb eingeleitet. Damit könnten Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitszeit könnte verkürzt werden. Tatsächlich würde die Ausweitung der Schichtarbeit die Möglichkeiten zur Intensivierung der Arbeit vergrößern. Die Revisionisten in der CGT-Führung versuchen, den Kampf der Stahlarbeiter in eine chauvinistische Kampagne für Frankreichs Größe umzumünzen: „Frankreich braucht Stahl.... Frankreich braucht eine moderne und starke Stahlindustrie.... Gerade die Arbeiter, die Kommunisten fordern seit vielen Jahren diese Investitionen und Modernisierungen." (L'Humanité, 12.12.78) Reformisten und Revisionisten unterdrücken die gegenseitige Unterstützung der französischen und der westdeutschen Stahlarbeiter, weil sie wissen, daß die Arbeiterklasse nur mithilfe des proletarischen Internationalismus den Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung und für die Abschaffung der Ausbeuterherrschaft führen kann.

Britische Stahlgewerkschaft lehnt 5% ab

z.hef.London. Die britische Stahlarbeitergewerkschaft Iron and Steel Trades Confederation hat ein 5%-Angebot des Staatskonzerns British Steel Corporation abgelehnt. Sie will sich aber an weiteren Verhandlungen beteiligen. Mit dem Angebot innerhalb der 5%-Lohnleitlinie der Regierung antworteten die Kapitalisten auf folgende Forderungen der ISTC: a) 8% Lohnerhöhung; b) 4,5% als Ausgleich für die Steigerung der Tonnageleistung pro Mann im letzten Jahr. Diese 4,5% sollen „für die Reduzierung der Arbeitszeit auf 35 Stunden genutzt werden." c) Mindestlohn von 60 Pfund in der Woche (2,5% der Arbeiter verdienen weniger); d) eine Klausel, nach der bei Steigen des Einzelhandels-Preisindexes über 8% neu verhandelt wird; e) verbesserte Urlaubsregelung; f) Fortsetzung der örtlich abgeschlossenen Produktivitätsabkommen für weitere 12 Monate. 80000 der 160000 Beschäftigten von British Steel im Eisen- und Stahlbereich sind Mitglieder der ISTC, die anderen verteilen sich hauptsächlich auf 4 weitere Gewerkschaften. Erstmals gelang es der ISTC, gemeinsame Forderungen für ihre drei Sektionen aufzustellen (60000 der Mitglieder sind Arbeiter, 20000 Angestellte und höhere Angestellte). Die in den Betrieben gewählten Mitglieder der drei Verhandlungskommissionen haben eine einheitliche Kommission gebildet.

Seit 4 Monaten im Streik gegen das Lohndiktat der US-Grubenherren

Breite Unterstützung für die Nickelgrubenarbeiter von Sudbury in Kanada

z.gek. Seit dem 15. September, vier Monate also, stehen die knapp 12000 Arbeiter der Nickelgruben und Hüttenwerke in Sudbury, Kanada im Streik gegen die International Nickel Co. (INCO), und sie rechnen in aller Gelassenheit damit, daß sie ihren Streik noch bis zum Frühjahr werden fortführen müssen, bis sie die mächtige Monopolgesellschaft zum Rückzug gezwungen haben. Die Kapitalisten haben bei Auslaufen des Tarifvertrags Mitte letzten Jahres Neuverhandlungen einfach abgelehnt und wollten ursprünglich einen einjährigen völligen Lohnstop durchsetzen. Selbst der im alten Tarifvertrag festgelegte Teuerungsausgleich, der den Arbeitern mit vierteljähriger Wirkung für jeden Prozentpunkt offizieller Lebenshaltungs-Teuerung etwa 3Cts. pro Stunde gebracht hatte, soll nicht weitergezahlt werden. Die Arbeiter fordern eine Verlängerung des alten Vertrages, sowie eine Erhöhung der Renten aus dem betrieblichen Pensionsfonds, die seit drei Jahren nicht mehr erhöht worden sind und mit 470 Dollar im Monat (nach 30 Jahren im Bergwerk) erheblich unter denen in der Stahlindustrie liegen.

Im vierten Streikmonat hat die Company jetzt ein Angebot von 10Cts. Erhöhung ab November rückwirkend, sowie Erhöhung der Beiträge zur Kranken- und Unfallversicherung machen müssen. Für die streikenden Arbeiter ist das unakzeptabel.

Die Nickelgruben in Sudbury, in der kanadischen Provinz Ontario, auf der anderen Seite der Großen Seen, gehören zu den Pfeilern der US-imperialistischen Weltmacht. Anfang des Jahrhunderts kauften sich Finanzkapitalisten aus New York in die Gruben ein, gründeten die International Nickel Company (INCO) und ließen sich von Generationen von Bergarbeitern, die sie aus der ganzen Welt zusammenrekrutierten, den Nickel in solchen Mengen und zu so günstigem Kostpreis aus der Erde graben, daß noch bis nach dem 2. Weltkrieg aus den Gruben in Sudbury 80–90% des Weltbedarfs an Nickel gedeckt werden konnte. Dies Weltmonopol hatte besondere Bedeutung in den imperialistischen Kriegen, da Nickel (in Legierung mit Stahl) zu den wichtigsten Rüstungs-Rohstoffen gehört. Inzwischen haben sich die US-Imperialisten ebenso wie die anderen Imperialisten neue Quellen, vor allem in Ländern der Dritten Welt, überwiegend noch immer in kolonial besetztem Gebiet, eröffnet: in Neu-Kaledonien, in Azania und Zimbabwe sowie in Australien liegen die wichtigsten Quellen der westlichen Imperialisten, Kuba wird zur großen Nickelgrube der Sozialimperialisten.



Demonstration der Frauen von Sudbury zur Unterstützung des Streiks

Für die Bergarbeiter in Sudbury hat diese Entwicklung einen ständig steigenden Grad der Ausbeutung mit sich gebracht, erst recht, seit mit dem neuerlichen Ausbruch der kapitalistischen Krise 1974 der Weltmarkt überfüllt ist und der Absatz stockt. Wie uns der stellvertretende Vorsitzende der streikenden Bezirksorganisation der Vereinigten Stahlarbeiter von Amerika in Sudbury auf telefonische Anfrage berichtet hat, ist die Belegschaft der Gruben und Hütten der INCO von über 18000 im Jahr 1971 auf 11700 zum jetzigen Zeitpunkt verringert worden, bei gestiegener Produktion. Allein im letzten Jahr sind 1600 Arbeiter hinausrationalisiert worden, über die 600 hinaus, die sich verrenten lassen mußten, weil ihre Arbeitskraft erschöpft war. Keiner der Entlassenen ist ersetzt worden, und Arbeitstempo und Arbeitsbedingungen sind jetzt so, daß 25% der Arbeiter das Rentenalter nicht mehr erreichen, sondern sich vorzeitig auf Invalidenrente setzen lassen müssen, „mit dem Staub, dem Schwefel und weiß der Teufel noch was in der Luft, du müßtest das gesehen haben, um es dir richtig vorzustellen", wie der alte Gewerkschafter am Telefon sagt.

Der Angriff der Grubenkapitalisten auf den Lohnstandard der Nickelarbeiter trifft auf den Widerstand der ganzen Arbeiterklasse Kanadas. „Wir werden von überall angerufen und die Leute fragen uns, ob sie etwas für uns tun können. Wir haben Weihnachten allein Lebensmittel und Spielzeug für die Kinder für über 200000 Dollar bekommen, und weitere 200000 Dollar für die Streikkasse. Andere Gewerkschaften zahlen für uns die Krankenversicherungsbeiträge weiter, solange wir im Streik sind. Unsere eigene Gewerkschaft, die USW-Zentrale in Toronto, unterstützt uns auch, wir kriegen 350000 Dollar pro Woche, das ist mehr, als sie uns nach Satzung zahlen müßten. Und wir sind ja nicht die einzigen Mitglieder der Stahlarbeiter-Gewerkschaft, die im Augenblick im Streik stehen. Sogar aus den USA haben wir von Mitgliedern der Gewerkschaft Geld bekommen. Deshalb ist unsere Moral hoch."

Japan: Stahlarbeiter kämpfen gegen Massenentlassungen

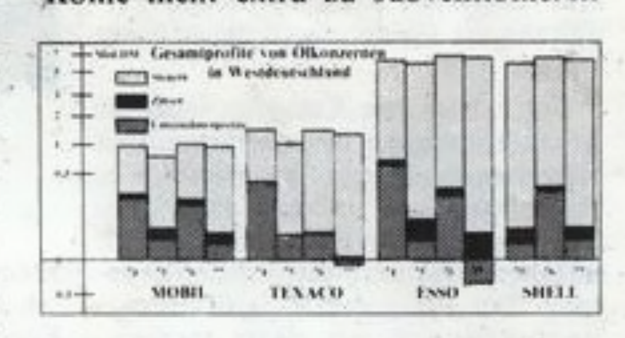
z.nop. Die japanischen Stahlarbeiter haben Anfang Januar in mehreren Städten gegen geplante Massenentlassungen demonstriert. Nippon Steel, größter Stahlproduzent der Welt und weitere Konzerne haben die Schließung ganzer Werke angekündigt, obwohl erst in den letzten Jahren für 45 Mrd. DM modernste Produktionseinheiten gebaut wurden, die für eine Kapazität von über 140 Mio. Tonnen ausgelegt sind. Damit könnte die japanische Bourgeoisie den Stahlbedarf der gesamten Dritten Welt alleine decken. Ihr Ziel ist die Eroberung der Monopolstellung auf diesen Märkten. Zur Zeit sind diese Kapazitäten jedoch nur zu 70% ausgelastet. Die sechs großen Hüttenwerke haben bereits 1978 ein Stillegungs- und Rationalisierungsprogramm eingeleitet, das darauf abzielt, einerseits die Preise zu halten oder zu erhöhen und andererseits die Lohnkosten entscheidend zu drücken. Bereits zum 30.9.1978 konnten die Stahlkonzerne einen Halbjahresgewinnzuwachs von durchschnittlich 48% verbuchen. Jetzt wollen Japans Stahlkapitalisten die sogenannten Stammarbeiter, die meist auf Lebenszeit angestellt sind, aus den momentan nicht voll genutzten Bereichen herausrationalisieren. Gelingt die Eroberung neuer Märkte und damit die erneute Ausweitung der Produktion, könnten sie leicht durch „Leiharbeiter" ersetzt werden, die durchschnittlich 20% weniger Lohn erhalten.

Österreich: von wegen 35-Stunden-Woche „nicht aktuell"

z.pek.Wien. Der über sechs Wochen lang entschlossen geführte Streik der westdeutschen Stahlarbeiter für Lohnerhöhung und 35-Stunden-Woche hat die österreichischen Stahlkapitalisten in Bedrängnis gebracht. Die 35-Stunden-Woche sei für Österreich „nicht aktuell", erklärte Kapitalistenverbandschef Igler mit Schweißperlen der Bestürzung auf der Stirn. Von wegen. Durch Ausdehnung der Schicht- und Akkordarbeit hat der staatliche Stahlkonzern VOEST in den letzten drei Jahren über 5000 Arbeiter „abgebaut" und gleichzeitig die Produktion beträchtlich gesteigert. Im VOEST-Werk Traisen wurde eine neue Formanlage für den Guß von Fittingen (Rohranschlußstücken) eingerichtet, an der nur noch acht Arbeiter arbeiten – anstelle von 19 an der früheren Anlage. Durch Akkordschinderei mit einer Taktzeit von 13,2 Sekunden haben die VOEST-Kapitalisten die Produktion in der Gußabteilung von 650 Tonnen pro Monat auf 780 Tonnen erhöht. Das haben sie dann als Vorwand genutzt, um in den nachgeordneten Abteilungen für die mechanische Bearbeitung der Fittinge das Dreischichtsystem durchzusetzen. Die österreichischen Arbeiter wissen, warum sie den Kampf der westdeutschen Stahlarbeiter für Lohnerhöhung und 35-Stunden-Woche in Resolutionen unterstützt haben.

holz die Rationalisierungspläne des Bundesbahnvorstandes angegriffen. In den letzten vier Jahren wurden über 72000 Eisenbahner wegrationalisiert und die Zahl der Ausbildungsplätze um 60% reduziert. Die weiteren Pläne des Vorstandes: Durch Streckenstillegung von über 6500 km und vollständige Privatisierung des Busbetriebes weitere 10000 Eisenbahner zu entlassen. Für die verbleibenden Eisenbahner bedeutet die Rationalisierung Mehrarbeit vor allem in Form von Überstunden. Die Ortsverwaltung hat den Einsatz von Bundeswehrsoldaten im Dienstbezirk Stuttgart und von Strafgefangenen im Gleisbahnhof Nürnberg scharf verurteilt. Am 12./13. März wird die Gewerkschaft in München einen ao. Kongreß gegen die Rationalisierungspläne der Bundesbahn abhalten. Die Eisenbahner an verschiedenen Orten haben gegen die Rationalisierungspläne mit Warnstreiks gedroht und eine Äußerung des ehemaligen BdI-Vorsitzenden Sohl zurückgewiesen, nach dem die Rationalisierung verschärft und die Löhne weiter gesenkt werden müßten.

z.mai. **Die Erhöhung des Kohlepfennigs seit 1.1.79 um weitere 6,5% sei „völlig überflüssig" (Zeit),** da Heizöl durch „kräftigen Preisauftrieb" dem Kohlepreis fast angeglichen und damit Kohle nicht extra zu subventionieren

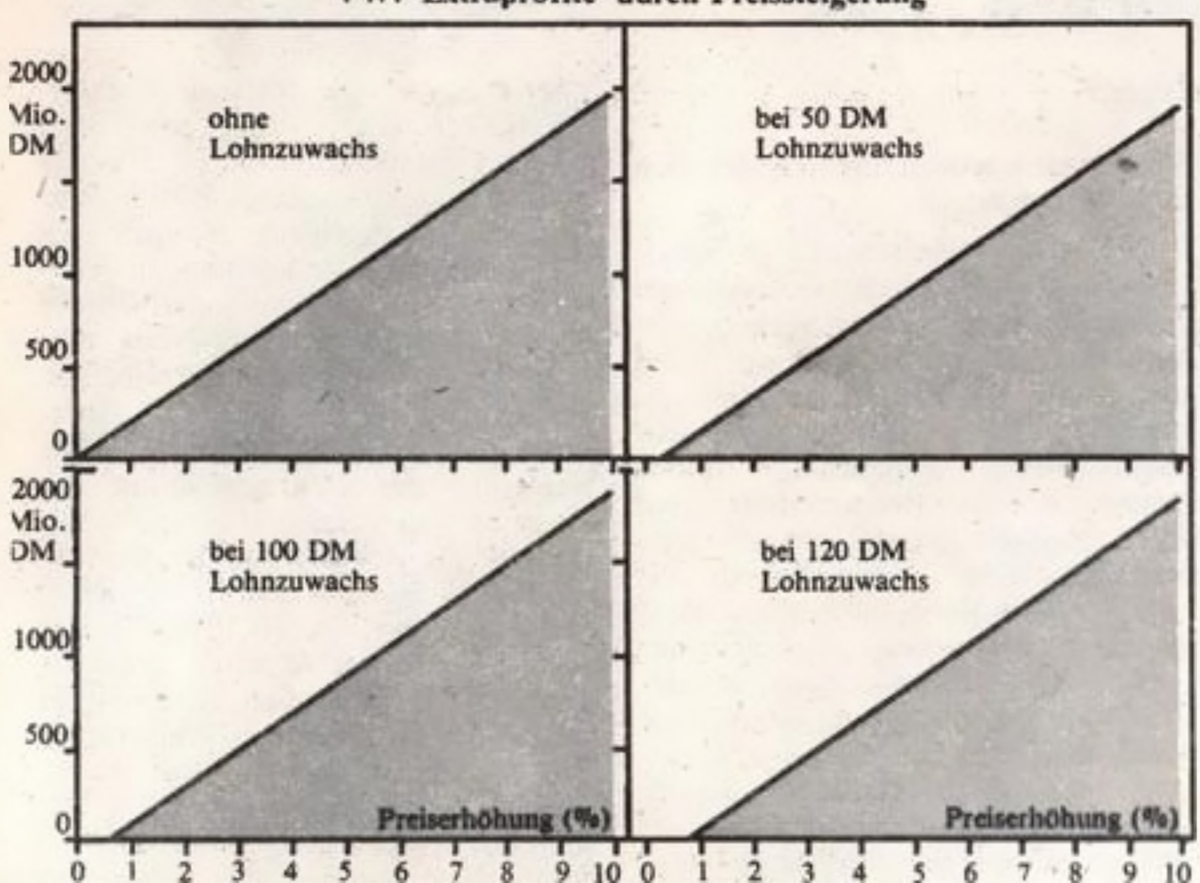


sei. – Die OPEC hat gegen die Dollaraggression und zum Schutz ihrer Ölreichtümer die Ölpreise erhöht. Die Kämpfe der Volksmassen im Iran lassen den Mineralölkonzernen Profitquellen versiegen. Diese „seien daher wahrscheinlich für einige Zeit in der Lage, die höheren ... Kosten an die Abnehmer ... weiterzureichen" (Blick durch die Wirtschaft, 30.12.). Die „Zeit" will davon ablenken, daß die Bourgeoisie beides vorhat: Die Erhöhung des Kohlepfennigs – um „den Einsatz der deutschen Steinkohle ... wettbewerbsfähig (zu) halten" – *und* des Strompreises. – Die Teilhabe des Bankkapitals und des imperialistischen Staatsapparates an der Ausbeutung der Arbeiter und der Plünderung der Volksmassen über Zinsen bzw. Steuern zeigt das Schaubild.

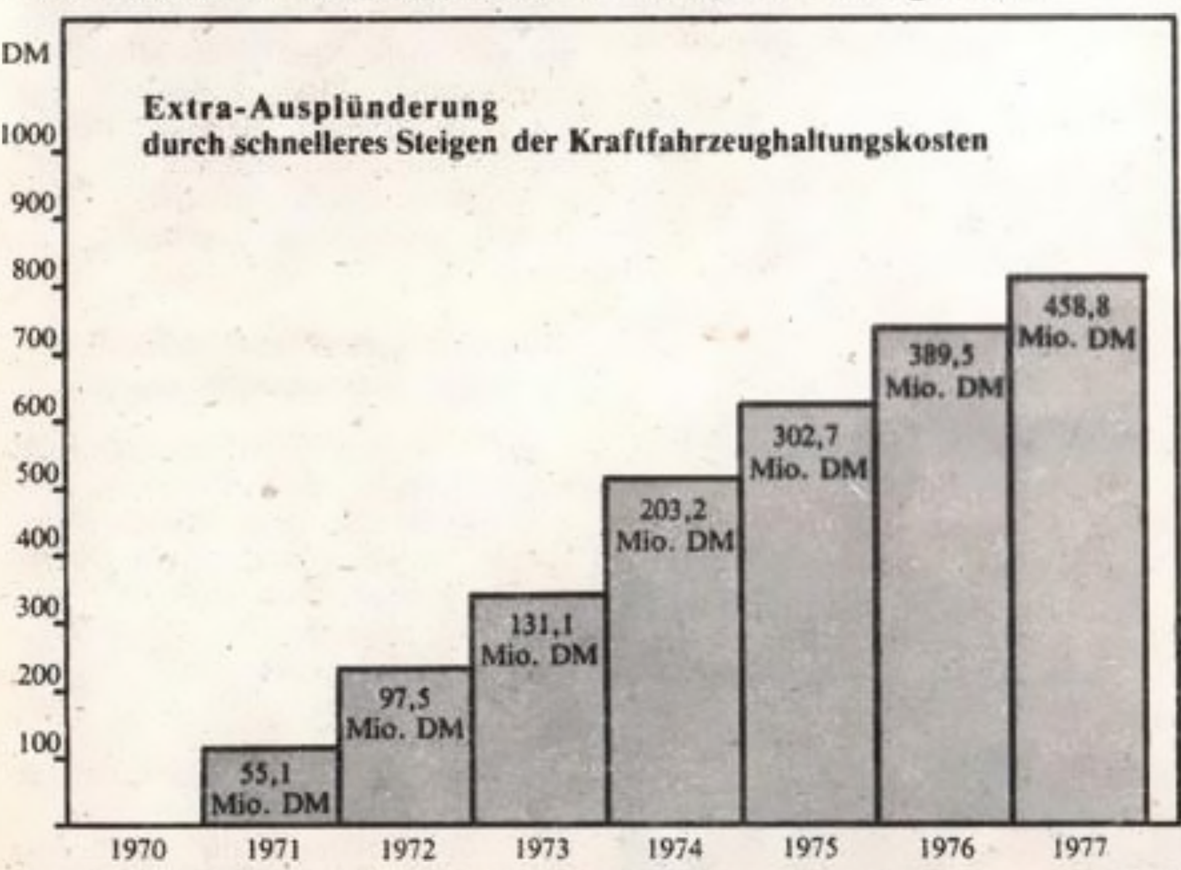
z.chk. **Am 1.3.1979 soll in NRW das Vorschaltverfahrensgesetz in Kraft treten.** Die weitere Einschränkung der Rechte der Gefangenen soll damit gesetzlich abgesichert werden. Laut Verordnung von 1976 kann kein Gefangener gerichtlich gegen die Gefängnisleitung vorgehen, ohne vorher bei derselben Beschwerde einlegen zu müssen. Der Anstaltsleiter hat dann 3 Wochen Zeit, die Gefangenen kleinzukriegen, bevor er die Klage weiterreichen muß. Mit Inkrafttreten des Gesetzes soll dieses Verfahren in NRW einheitlich durchgesetzt werden.

z.uhu. **6. Januar: Eine 250 qkm breite Gaswolke schwebt über Südbayern, verursacht von der Marathon Petroleum GmbH, Burghausen im Chemiedreieck, die vertuschen will.** „Mehr Offenheit über die bedauerlichen Einzelfälle – nur dann könne man das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen", fordert die Staatsregierung. *Skrupellos* ruinieren die Kapitalisten im Chemiedreieck die Lebensbedingungen des Profites wegen: Marathon jagt nachts planmäßig die Abgase in die Luft, Wacker-Chemie leitet Giftgas in die Wälder. Öl wird in die Salzach gepumpt; das Obst auf den Bäumen schrumpft.

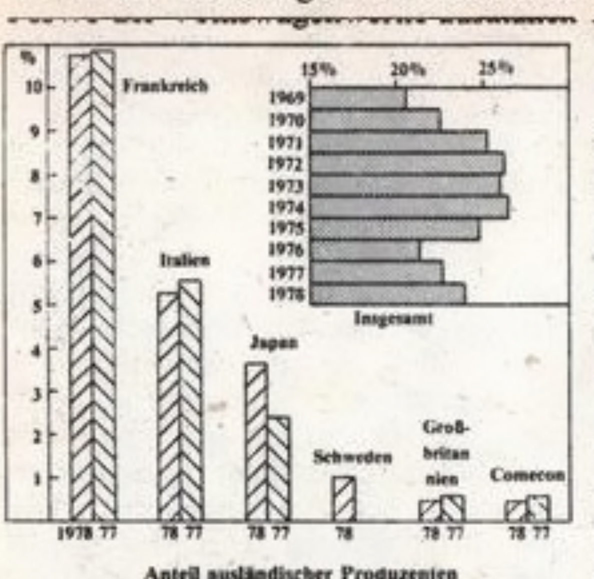
VW: Extraprofite durch Preissteigerung



Der VW-Vorstand hat Preiserhöhungen angekündigt. Es ist ein Grundsatz der bürgerlichen Ökonomie, die Preise so hoch zu schrauben, ,,wie der Markt zuläßt". Würden z.B. die VW-Kapitalisten die Preise um 2% erhöhen, so würden sie auch dann noch rund 250 Mio. DM Extraprofite machen, wenn die Löhne für alle Beschäftigten um 120 DM/Monat erhöht würden. (Dem Schaubild liegen die Daten des letzten Geschäftsberichtes der VW-AG für 1977 zugrunde.)



Das Schaubild zeigt, wieviel Geld allein deshalb von den Volksmassen jährlich mehr bezahlt werden mußte (kumuliert gegenüber 1970), weil die Preise für Kauf und Unterhaltung eines Autos noch *weit schneller* gestiegen sind als der Durchschnitt der Verbraucherpreise. Die Zahlen innerhalb der Säulen zeigen die Beträge, die die Kapitalisten auf diese Weise allein mit dem inländischen Absatz von PKWs der Volkswagenwerke zusätzlich eingestrichen haben.



BRD-Einfuhr und Ausfuhr von Straßenfahrzeugen in Mio. DM

Ausfuhr

Einfuhr

Während die westdeutschen Kfz-Kapitalisten hinnehmen müssen, daß sie Anteile des westdeutschen Kfz-Marktes an ausländische Konkurrenten abgeben – im Vormarsch sind die japanischen Imperialisten, sie konnten ihren Marktanteil um über 50% steigern – konnten sie ihre Exporte erhöhen. Der PKW-Export war 1978 der Hauptmotor für die westdeutschen Exportsteigerungen, gleichzeitig sank der Export von Nutzfahrzeugen Jan. – Nov. 78 gegenüber Jan. – Nov.77 um 11%. Der Hauptanteil der PKW-Exporte ging in die EG-Länder (77,41%), in die USA mit Kanada (18,4%) und in die Länder der 3. Welt (16,8%). Die BRD-Imperialisten wollen Marktanteile in der 3. Welt erobern, indem sie dort Produktions- oder Montagewerke errichten. VW Puebla in Mexiko plant Investitionen in Höhe von 66 Mio. $. VW will ein Montagewerk in Ecuador errichten, die förmliche Vereinbarung für die Lizenz wurde am 18.12.78 getroffen. Ein weiteres VW-Montagewerk für den Käfer und für Transporter soll in Ägypten entstehen.

Die Daimler Benz AG besitzt bzw. kontrolliert die Unternehmen:

Kfz-Industrie: Hanomag-Henschel GmbH (100%); Deutsche Automobil GmbH (50%); Reperaturwerk Böblingen GmbH (100%); KRAWA Kraftwagen GmbH (100%)
Maschinenbau: Motoren- und Turbinenunion Friedrichshafen GmbH (83%); Motoren- und Turbinenunion München GmbH (83,8%); Entwicklungsgesellschaft für Turbomotoren mbH München (50%)
Energiewirtschaft: Heizkraftwerk Stuttgart GmbH (33,3%)
Holzverarbeitung: Holzindustrie Bruchsal GmbH (100%)
Groß- und Außenhandel: Industriehandels- und Industrieausrüstungsgesellschaft mbH Ffm. (100%)
Grundstücks- und Wohnungswesen: Kontrolle über 22 Grundstücks- und Wohnungsbaugesellschaften in Stuttgart, Esslingen, Friedrichshafen u.a. Städten.

Die Deutsche Bank kontrolliert Aktienanteile von mehr als 25%

Kfz-Industrie: Daimler Benz
Maschinenbau: Pittler Maschinenfabrik AG
Elektrotechnik: Bergmann Elektrizitätswerke AG; Leonische Drahtwerke AG
Gummi: Continental Gummiwerke AG*; Phoenix Gummiwerke AG*
Energiewirtschaft: Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG*
Keramik: Hutschenreuther AG*; Didier Werke AG*
Schiffahrt: Hapag Lloyd AG
Nahrungsmittel: Süddeutsche Zucker AG
Bau: Philipp Holzmann AG
Groß- und Einzelhandel: Karstadt AG; Horten AG*; Metall Gesellschaft AG*

Zum Konzern der Deutschen Bank gehören außerdem 18 weitere Banken bzw. Geld- und Kreditinstitute.

* über Vorschaltgesellschaften

Daimler Benz als Beispiel für die Verflechtungen der Kfz-Industrie mit dem Finanzkapital. Daimler-Benz gehört zu 28,5% der Deutschen Bank, zu 25,2 % der Mercedes Automobil Holding AG, die von der DB kontrolliert wird.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Hrsg.: KBW, Zentrales Komitee Frankfurt, Mainzer Landstr. 147

Eilnachricht 12.1.1979

Verbreitung: Metallverarbeitende Industrie, Stahlindustrie. Auflage: 123500



120000 demonstrieren vor dem Streik gegen die Politik der Stahlmonopole.



Mit energischer Gelassenheit sind die Belegschaften in Streik getreten.



Auf die Aussperrung folgt eine zu geringe Ausweitung des Streiks.

Stahl: Mäßiger Erfolg in einer Sache, Niederlage bei zwei anderen. Weitere Kämpfe unvermeidlich!

Legenden und rührende Geschichten über die Streikaktion der Belegschaften der Stahlwerke braucht man nicht spinnen. Die Tatsachen sind gut genug und für die Stahlarbeiter rühmlich. Sie haben den Kapitalisten Parole geboten und gekämpft um drei Sachen, die für die ganze Arbeiterbewegung wichtig waren: Gegen die dauernden Lohnsenkungen. Gegen die Intensivierung der Arbeit für Arbeitszeitverkürzung. Für eine Urlaubsregelung, die eine gewisse Erholung ermöglicht. Im letzten Punkt haben die Belegschaften der Stahlwerke eine Marke gesetzt, die für die ganze Arbeiterbewegung einen klaren Zielpunkt gibt, der erreicht werden muß und erreicht werden wird. In bezug auf die dauernden Lohnsenkungen und in bezug auf die erforderliche Verkürzung der Arbeitszeit war die Lage von Anfang an schwierig und ein Erfolg *kaum* möglich, ohne *Änderung* der zu Anfang beschlossenen Forderungen. Niemand soll so tun, als ob das jetzige Urabstimmungsergebnis an einzelnen taktischen Fehlern oder gar an einzelnen Belegschaften gelegen hätte. Da die Kraft nicht da war, die schlechten Ausgangsforderungen zu *ändern*, konnte auch die Entschlossenheit nicht da sein, einheitlich weiter zu fechten. Allenfalls die Erkenntnis, daß ein Abschluß, wie er angeboten war, *unvermeidlich* und in relativ kurzer Zeit zu einem neuen Kampfe zwingen wird, und daß es dann vielleicht besser ist, gleich weiterzumachen, konnte dazu bewegen, mit Nein zu stimmen. 60000 haben mit Nein gestimmt. Das sind 60000 Männer und Frauen, die *wissen*, daß dieser Kampf eine Eröffnungsschlacht war, die nicht nur fortgesetzt werden muß, sondern dann auch besser vorbereitet sein muß, als das diesmal der Fall gewesen ist.

Politisch war die Aktion hundsmiserabel vorbereitet

So fest die Belegschaften der Stahlwerke in dieser Aktion auf beiden Beinen standen, die Forderungen, unter denen sie antreten *mußten*, verschafften ihrer Bewegung gleich zwei schwache Fersen. Die von den unteren Funktionärsebenen vertretenen Prozentforderungen und die von der Großen Tarifkommission dann unseelig beschlossenen 5% mußten den Kapitalisten einen völlig falschen Eindruck davon geben, was die Belegschaften der Stahlwerke zu schlucken bereit wären. Nämlich so gut wie alles, und so ging es dann ja auch an. Eine Forderung, die die unteren Lohngruppen derart benachteiligt, muß die Kampffront spalten. Die jetzt verhandelten 4%/15 Monate sind ungefähr mit 3.75% per Jahr zu verrechnen. Bis 2666 DM, ohne Schichtzulagen und sonstige Zulagen wohlgemerkt, sind die 100 DM mindestens, die die Seehafenarbeiter, die im vorigen Jahr 7% durchgesetzt haben, dies Jahr erreicht haben, besser.

Durch diese 5%-Forderung verlangte gerade von den unteren Lohngruppen, die meist auch noch weniger Gewerkschaftsbeitrag zahlen können, einen unerhörten Opfermut, und das hätte nicht müssen sein, diese Energie wäre einer besseren Sache wert gewesen. Gewisse Leute, die für Prozentforderungen sich eingesetzt haben, werden bestimmt blaken, man würde ja am Urabstimmungsergebnis sehen usw. Sie sollten sich lieber damit beschäftigen, wie sie für diese schlechte Prozentforderung eintreten konnten und sich genau überlegen, ob sie so einen Blödsinn nochmals machen wollen. Die Arbeiter und Angestellten in den unteren Lohngruppen jedenfalls haben sich wacker und vorbildlich geschlagen, obwohl die Last des Kampfes weitgehend auf ihre Kosten ging. –

Die zweite schwache Ferse bestand in einer weit verbreiteten Illusion. Eine Illusion ist der Glaube, man könne eine Arbeitszeitverkürzung durchsetzen, ohne gleichzeitig den Kampf gegen die Arbeit bei Nacht und in Schichten, insbesondere gegen die Kontischicht, zu eröffnen. Warum ist das eine Illusion? Weil die intensive Last, die Arbeit bei Nacht und in Schichten, insbesondere aber in der Kontischicht, für den menschlichen Arbeiter bedeutet, so hoch ist. Man kann bestimmt behaupten, daß z.B. 5 oder 6 Stunden, geleistet in Kontischicht, d.h. eine 25- bis 30-Stundenwoche, genauso anstrengend ist wie die vollen 40 Stunden bei Normalzeit. – Prompt haben die Kapitalisten das ausgenutzt, und die besondere Belastung der Schichtarbeiter, die eine Tatsache ist, ausgenutzt zur Spaltung. Jetzt ist für die Schichtarbeiter nichts Ernsthaftes gewonnen (denn ein ernsthafter Gewinn wäre bloß das Verbot wenigstens der Kontischichten) und für die Verkürzung der Normalarbeitszeit ist auch nichts gewonnen.

Die Lohnbewegung in der metallverarbeitenden Industrie kann trotzdem sehr gut weitermachen:

In den meisten Tarifbezirken der IG Metall, Metallverarbeitung, stehen Mindestforderungen. Zwischen 86 und 100 DM. Auch wird die Streichung der untersten Lohngruppen gefordert. Das heißt: In der metallverarbeitenden Industrie *stehen* Forderungen, wie sie im Herbst (allerdings höher) in der Stahlindustrie aufgestellt werden müssen. Genauso wie die Belegschaften in der metallverarbeitenden Industrie sich jetzt stützen können auf den relativen Erfolg in Sachen Urlaub und die vernünftige Verpflichtung haben, dies schwer erkämpfte Ergebnis für die ganze Abteilung der metallverarbeitenden Proletarier auch gültig zu machen, genauso haben die Belegschaften in der Stahlindustrie ein Interesse, daß die Metallverarbeitung dies Jahr Mindestforderungen durchsetzt. Das wird die Sache mit den dauernden Lohnsenkungen immer mehr zum Spiel mit dem Feuer machen für die Kapitalisten.

Wenn die Belegschaften in der metallverarbeitenden Industrie jetzt mit aller Kraft Abschlüsse erzwingen, Urlaub wie bei Stahl und 86 DM bis 100 DM mindestens, so wäre im ganzen schon eine gewisse Bereinigung der Lage da. Allerdings, in einigen Tarifbezirken gibt es genauso ein Problem wie bei Stahl. Westberlin und Bayern z.B. müßten bei laufenden Verhandlungen die Forderung in Richtung Mindestforderung ändern. Ganz unmöglich ist das nicht. Wenn in Hessen, in Niedersachsen, im Nordverbund, wo überall Mindestforderungen aufgestellt werden, auch solche durchgesetzt werden, dann geht auch das. Wenn Mindestforderungen durchgesetzt werden, so ist das für die unvermeidlich kommende Lohnbewegung Stahl sehr gut.

Das Hauptergebnis dieses großen und lehrreichen Kampfes ist aber: Ohne politische Forderungen kann die Arbeiterbewegung nicht weiterkommen. Die Arbeiterklasse kann nicht zusehen, wie ihre einzelnen Mitglieder durch persönliche Notlage zu den Überstunden und in den Akkord und in die Schichten getrieben werden. Diese Arten von Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft müssen den Kapitalisten verboten werden. Die Arbeiterklasse kann nicht zusehen, daß sie wie mit dem Seziermesser in Schichten zerlegt wird, wie jetzt mit der Steuerreform, wo in diesem Januar bei der Lohnsteuer den etwas besser Verdienenden mehr gegeben wird und bei der Mehrwertsteuererhöhung im Sommer den weniger Verdienenden mehr genommen wird. Diese Art von Spalterei muß durch Forderung nach Steuerfreibetrag und Abschaffung der Mehrwertsteuer beseitigt werden. Die Arbeiterklasse kann nicht hinnehmen, wie ihre einzelnen Mitglieder ihrer momentanen Lage als Arbeitslose, Kranke, Rentner usw. entsprechend gegeneinander aufgebracht werden, indem den Arbeitern, die arbeiten, Geld unter Berufung auf die Bedürfnisse jener alle Gelder weggezogen werden, die hernach diese nicht erhalten. Bezahlung der Versicherungskosten der Arbeitskraft durch die Kapitalisten und Verwaltung der Gelder durch die Arbeiter selber.

Unter schweren Kämpfen muß die Arbeiterbewegung ihren selbständigen Interessenstandpunkt gegenüber der Kapitalistenklasse und allen Propagandisten der Klassenversöhnung politisch entfalten. Das muß die Arbeiterbewegung. Der Gang der Ereignisse zeigt: Sie muß das nicht nur, sie tut das auch.



Solidarität aus allen Teilen der Werktätigen wächst und ist durch keine Pressehetze kaputtzubekommen.



Nachdem die IGM 33 Kundgebungen durchgeführt hat am 12.12. wird der Streik beharrlich fortgesetzt.



Klöckner, Krupp, Thyssen Krefeld treten in Streik. Keine Woche hätten die Kapitalisten mehr ausgehalten.



Kommunistischer Bund Westdeutschland

Mehrwertauspressung 77/78: Höheres Bruttosozialprodukt – Lohnanteil weiter gesenkt

z.alb. Daß sich die Lohnforderung an der Steigerung der Produktivität ausrichten müsse, ist ein gängiges sozialdemokratisches Argument. Schon der einfache Vergleich der Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Nettolohn-und Gehaltssumme (erstes Schaubild) deckt auf, für wessen Interessen solche Argumente sprechen. Immer weiter klafft auseinander, was die Arbeiterklasse der Bourgeoisie jährlich an Werten schafft und was sie für ihre eigene Reproduktion davon in Form des Lohnes zurückerhält. Die steil abfallende graue Kurve stellt dieses Verhältnis in Prozentzahlen dar. Die Krise 1966/67 markiert den Wendepunkt; die Steilheit des Abfalles seit 1970 zeigt den Erfolg der Bourgeoisie in der Steigerung der Mehrwertauspressung seit dieser Zeit.

Umwälzung der Produktion, Überflüssigmachung eines wachsenden Teils der Arbeiter, Einsatz der so geschaffenen Reservearmee als Druckmittel gegen die in Arbeit Stehenden, um Mehrarbeit und Lohnsenkung durchzusetzen – wie sich diese Methoden der Steigerung der Ausbeutung in einem Betrieb und für den einzelnen Arbeiter auswirken, haben wir am Beispiel AUDI NSU untersucht. Von 1973-1975 haben die Kapitalisten dort 10600 Arbeiter und Angestellte entlassen. 1975 haben sie unter diesem Druck die AUDI-Arbeiter zu ungeheurer Überarbeit pressen können – der Umsatz stieg um 366 Mio. DM, geschaffen von 5000 Arbeitern weniger. Das heißt Überstunden, Sonderschichten, schnellerer Akkord.

Um den Anteil des von den Kapitalisten dabei eingesackten Mehrwerts am von den Arbeitern geschaffenen Neuwert auszurechnen, haben wir vom Umsatz je Arbeiterstunde die Teile abgezogen, deren Wert auf das geschaffene Produkt durch Arbeit nur übertragen wird, weil bereits vorher und von anderen Teilen der Arbeiterklasse geschaffen. Die Bilanz weist diesen Teil als „Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren" aus. Weiter haben wir den Durchschnitt des Anteils errechnet, der durch Abnutzung der Maschinerie wertmäßig auf das einzelne Produkt übertragen wird. Dabei sind die Zahlen über „Abschreibungen auf Sachanlagen" und „Abschreibungen auf Umlaufvermögen und anderes" zugrundegelegt und großzügig aufgerundet auf 5%. Den daraus errechneten Neuwert haben wir auf Normalarbeitszeit, 173 Stunden in 12 Monaten im Jahr, bezogen.

Die AUDI-Belegschaft setzt sich aus ca. 80% Arbeitern und 20% Angestellten zusammen. Da uns eine Lohnverteilung nicht vorlag, haben wir der Netto-Lohn-und Gehaltssumme die Lohnverteilung von Siemens unterlegt und dabei die niedrigeren Prozentanteile bei den Arbeitern durch die unteren Angestelltengehaltsgruppen aufgefüllt. Das überraschende Ergebnis war, daß – 20% der Angestellten von den Höchstverdienenden bei Siemens gekappt – die Höchstlöhne und -gehälter bei der 80%-Restbelegschaft auf fast gleichem Niveau liegen. Diese 80% der Belegschaft erhielten 59,7% der Gesamtlohnsumme – die 20% der Angestellten dagegen 40,3%. Der bei entsprechender Lohnverteilung für AUDI-NSU errechnete Nettostundenlohn bezieht sich ebenfalls auf Normalarbeitszeit, enthält also anteilsmäßig die im Jahr geleisteten Überstunden, Sonderschichten, die intensivere Akkordarbeit. Im um 1/3 gesteigerten Nettostundenlohn 1975 drückt sich so das Ausmaß der Überarbeit dieses Jahres aus – die tarifliche Lohnerhöhung lag bei ca. 8%.

In der letzten Zeile haben wir den Anteil pro Stunde, den die Kapitalisten als Mehrwert dem Kapital einverleiben konnten, in Minuten ausgedrückt, die der Arbeiter pro Stunde jeweils nur für den Profit geschafft hat. Er ist 1975 gesunken, aber um Bruchteile einer Minute – Beweis dafür, daß der Mehrwertanteil durch Zuschläge etc. kaum gemindert wird, während jede Überstunde, jedes Prozent mehr Akkord die Mehrwertmasse und damit das Kapital, das die Arbeiter ausbeutet, zusätzlich vermehrt. Ein starkes Argument mehr für das Verbot der Akkord-, Schicht- und Überstundenarbeit!

1975 war nur der Auftakt, die Kapitalisten mußten noch, wenn auch wenig, zahlen. Dagegen 1977: der Neuwert pro Arbeitsstunde ist gestiegen, der Nettostundenlohn liegt blank und bloß bei der tariflichen Steigerung des Jahres. Das heißt: Lohnsenkung in großem Ausmaß im Verhältnis zur geleisteten Arbeit; mit auf 72,66% gestiegenem Anteil Kapitalvermehrung und um 5,4% auf 27,44% gesenktem Anteil für die eigene Reproduktion. Für Kompromisse und Versöhnung mit den Metallkapitalisten im Tarifkampf gibt es keine Grundlage.

Mrd. DM – Bruttosozialprodukt in Preisen von 1970 – %

Prozentanteil Netto-Lohn- und Gehaltssumme an Bruttosozialprodukt des Jahres

Netto-Lohn- und Gehaltssumme in Preisen von 1970

100 – 200 – 300 – 400 – 500 – 600 – 700 – 800 (Mrd. DM); 28 – 29 – 30 – 31 – 32 – 33 – 34 – 35 – 36 – 37 – 38 – 40 – 42 (%)

60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78*

	1974	1975	1976	1977
Umsatz Audi/NSU-Konzern (Tsd. DM)	3063277	3429175	3030000	4230000
Arbeiter	23583	18595	20638	23473
ergibt: Umsatz je Arbeiterstunde (DM)	62,57	88,83	70,72	86,80
abzüglich Materialanteil (DM)	38,56	56,96	44,70	53,49
abzüglich Abschreibungen (DM)	3,13	4,44	3,54	4,34
ergibt: Neuwert je Arbeiterstunde (DM)	*20,88*	*27,43*	*22,48*	*28,97*
Gesamtlohn- u. Gehaltssumme (Tsd. DM)	718813	755816	738000	914000
abzüglich: durchschnittl. Jahresabzüge (%)	26,59	26,51	28,27	28,96
ergibt: Gesamtnettolohn- und Gehaltssumme (Tsd DM)	527681	555449	529367	649306
Nettolohn pro Arbeiterstunde (DM)*	6,43	8,59	7,38	7,95
ergibt: Anteil des Nettolohns am Neuwert je Arbeiterstunde (%)	30,8	31,32	32,83	27,44
pro Stunde für den Profit gearbeitete Arbeitszeit in Minuten	41,62	41,21	40,30	43,53

* bei 59,7% Anteil von der Gesamtlohn- und Gehaltssumme

Die Nacht- und Schichtarbeit muß verboten werden“

* bei 59,7% Anteil von der Gesamtlohn- und Gehaltssumme

„Die Nacht- und Schichtarbeit muß verboten werden“

Interview mit einem Arbeiter aus der Maschinenabteilung im Rundfunkwerk

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Herausgeber: Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Betriebszelle Nordmende
Nr. 10
15. Januar 1979

„Für unsere Kollegen, die durch die Schichtarbeit besonderen Belastungen ausgesetzt sind, die Arbeitszeit verkürzen, das ist unser vordringliches Ziel und das werden auch alle anderen Kollegen, die jetzt nicht unmittelbar von dem Abschluß profitieren, gern einsehen!“ So und ähnlich haben die Sozialdemokraten in den letzten Wochen den Kampf für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit für alle Arbeiter in eine Forderung für die Milderung der Schinderei durch die Schichtarbeit umgewandelt und damit gleichzeitig die Schichtarbeit als notwendig anerkannt. Den Stahlkapitalisten haben die Sozialdemokraten sogar vorgeschlagen, eine vierte Schicht einzuführen. Dabei verhält es sich so:

Keine Verkürzung der Wochenarbeitszeit kann der Vernutzung der Arbeitskraft durch die Schichtarbeit und der Verwandlung der Lebenszeit des Arbeiters in Lebensarbeitszeit Einhalt gebieten. Die Kapitalisten gehen auf Ausweitung der Schichtarbeit. Die Lohnsenkungen der letzten Jahre schaffen den Zwang dafür.

Bei Nordmende arbeiten etwa dreihundert Arbeiter in Schicht, davon gut 60 im Drei-Schichtbetrieb. Betroffen sind alle „Maschinenabteilungen“, das heißt sämtliche Arbeiten an Bohr-, Fräs-, Spritzguß-, Lackier-, Stanz- und Druckmaschinen. Sämtliche Montagearbeiten, wie Stecken, Löten, Prüfen und Zusammenbau wurden bislang in Normalschicht gemacht. Für einen Teil der Steckarbeit sind Steckautomaten vor genau einem Jahr angeschafft worden, an denen im Zweischichtbetrieb gearbeitet wird. Ein Interview mit einem Arbeiter aus der Spritzgießerei zeigt, wie die Kapitalisten die Vernutzung der Arbeitskraft durch die Schichtarbeit vervielfachen.

„Frage: wie sind Eure Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen?

Antwort: Wir arbeiten im Wechsel von Früh-, Spät- und Nachtschicht. Die Frühschicht fängt um 6 Uhr an und endet um 14 Uhr. Die Spätschicht geht bis 22 Uhr, die Nachtschicht bis 6 Uhr.

In unserer Abteilung stellen wir an Spritzgußmaschinen sämtliche Plastikteile der Gehäuse für Fernseher, Cassettenrecorder etc. her. Das Plastikmaterial, das wir verarbeiten, wird in der Maschine durch Erhitzen flüssig gemacht und dann in Formen gespritzt. Dabei treten Dämpfe auf. In der Frühschicht ist das einigermaßen erträglich, weil dann die Tür auf ist und wir wenigstens etwas Lüftung haben. Nachts ist es dazu zu kalt, dann bekomme ich regelmäßig Kopfschmerzen und Übelkeit.

Frage: Die Kapitalisten behaupten immer, der Produktionsablauf wäre ohne Schichtarbeit nicht sichergestellt. Trifft das bei Euch zu?

Antwort: Einige Maschinen sind neu und bestimmt teuer gewesen. Je länger sie am Tag laufen, je schneller überträgt sich ihr Wert auf die Produkte. Würden wir nicht in Schicht arbeiten, dann müßte Mende dreimal soviele Maschinen und Hallen zur Verfügung stellen, um das gleiche Produktionsergebnis zu haben. Außerdem muß die Maschine vor dem ersten Guß eine halbe Stunde warmlaufen, bevor man mit ihr arbeiten kann. Ohne die Schichtarbeit würde die Vorwärmzeit jeden Tag anfallen – so nur am Montag morgen nach dem Wochenende. Ein weiterer Vorteil ist für den Kapitalisten die geringe Ausschußquote. Der erste Guß ist immer Schrott, weil immer noch Plastik in der Maschine ist, was schon einmal aufgewärmt wurde und was beim zweiten Mal an Qualität verliert. Der Schrott muß gemahlen und mit neuem Plastik vermischt werden. In der Nacht schaffen wir in der Regel die gleichen Stückzahlen wie am Tag.

Frage: Die Schichtzulage soll den höheren Verschleiß und die damit höheren Reproduktionskosten ausgleichen. Wie hoch sind Eure Löhne?

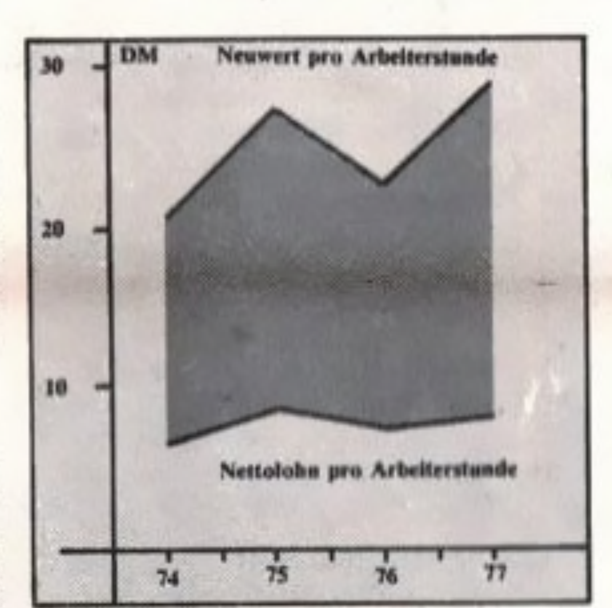
Antwort: Die meisten von uns kriegen Lohngruppe 4 bis 6. In Lohngruppe 4 sind das 7,13 DM reiner Tariflohn, dazu kann man bis zu einer Mark Leistungszulage und Prämie rechnen. Das sind insgesamt gut 8 DM in der Stunde und 1400 DM in Monat. Wer neu angefangen hat, bekommt oft weniger Zulage. Für regelmäßige Nachtarbeit gibt es laut Tarifvertrag 15% Zulage ab 20 Uhr. Alle drei Monate fallen zwei Nachtschichten und eine Spätschicht in den Monat. Dann komme ich auf maximal 80 Stunden, die mit Mehrarbeitszuschlägen bezahlt werden müssen, das sind höchstens 130,- DM im Monat.

Auf meinem Lohnzettel war aber noch nie soviel ausgewiesen. Genau nachrechnen ist schwer. Netto habe ich weniger als tausend Mark. Davon kann man gerade Wohnung, das Essen und die Kleidung bezahlen. Anschaffungen liegen nicht drin: Weder Telephon noch Auto noch sonst irgendetwas.

Ich esse wesentlich mehr Fleisch, Milch und Obst brauche ich in doppelten Mengen, um halbwegs fit zu sein. Ich gebe gut dreihundert Mark im Monat für Essen aus. Die Schichtzulage kann das nicht ausgleichen, was man mehr braucht. Dazu kommt, daß man körperlich kaputt geht. Während der Nachtschicht schlafe ich höchstens 6 Stunden, manchmal überhaupt nicht. Seitdem ich in Schicht arbeite, habe ich Magenbeschwerden. Das alles spricht für die Abschaffung der Schichtarbeit.“

Mit Ausnahme der Facharbeiter verdienen die Frauen in Schicht bei Mende Lohngruppe 2 bis 4 und die Männer 4 bis 6. Bei Früh- und Spätschicht macht die Schichtzulage knapp 30 bis 50 DM im Monat aus. Schon der Wechsel von Früh- und Spätschicht reißt die Arbeiter nicht nur eine Woche aus jedem gesellschaftlichen Leben, sondern dauernd. Einmal, weil abends gearbeitet wird, die andere Woche, weil man zwischen 8 und 9 Uhr abends ins Bett gehen muß, um morgens schon um 4 oder halb 5 aufzustehen. Ein Auto zu besitzen ist für Schichtarbeiter zwingend notwendig, von den 800 bis 1000 DM, die sie bei Nordmende netto verdienen, ist das zumindestens für die Alleinstehenden nicht möglich. Sie sind auf die Busse und Bahnen angewiesen, die sowohl spät als auch früh nur selten fahren. So wohnen sie entweder in Wohngemeinschaften, zu Hause oder in möblierten Zimmern. Manche Ehepaare arbeiten genau gegeneinander in Schicht, so daß sie abwechselnd die Kinder versorgen und sich nur am Wochenende sehen. Der Lohn zwingt sowohl die Frauen zur Arbeit, als auch zur Schichtarbeit. In verschiedenen Tarifbezirken sind jetzt Mindestforderungen und die Forderung nach Abschaffung der Leichtlohngruppen aufgestellt.

Wird bei 4 oder 5 Prozent ohne Mindestbetrag abgeschlossen, so sind das für die untersten Lohngruppen zwischen 40 und 60 Mark brutto. Die 86,50 Mindestbetrag durchgesetzt, bedeutet zumindestens für die Lohngruppe 2 Ausgleich für die Schichtzulage.



Autos pro Arbeiter

	1976	1977
Audi NSU Ingolstadt		
Anzahl Arbeiter	14739	16486
davon in Akkord	8743	9938
Ges. Autoproduktion	213516	259969
Autos pro Arbeiter	14,49	15,77
Audi NSU Neckarsulm		
Anzahl Arbeiter	5949	6987
davon in Akkord	3313	4211
Ges. Autoproduktion	46501	79914
Autos pro Arbeiter	7,81	11,43

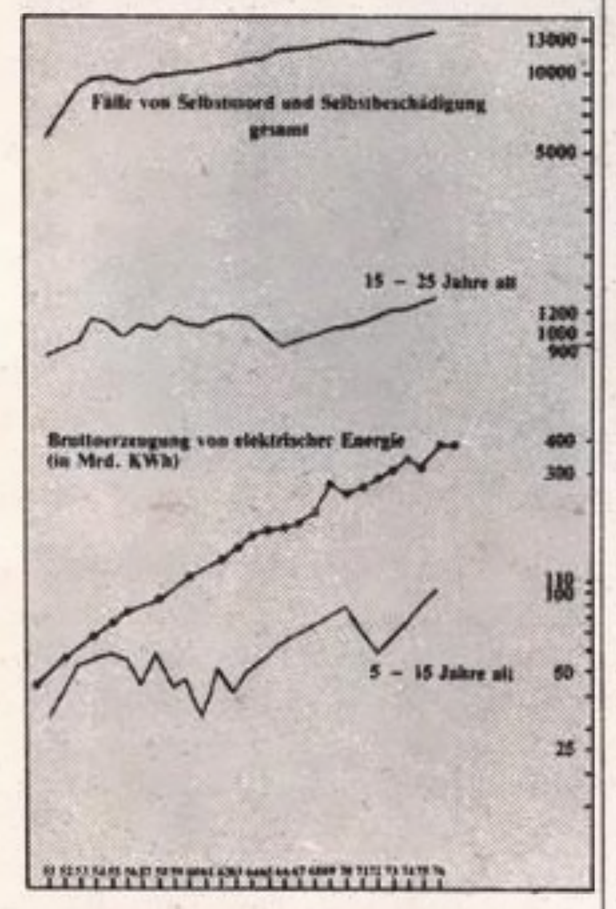




z.mai. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie unterstützte 1977 den Bau eines 600-Millionen-Geschirrspülwerks der Bosch-Siemens-Hausgeräte GmbH im Rahmen des Schwerpunktprogramms ‚Humanisierung der Arbeitswelt'. Mit Errichtung des neuen Werks in Dillingen wurden die Taktzeiten um 0,5 Minuten erhöht, die Frauen in Lohngruppe 2, die Arbeiter in LG 4 eingestuft, der Lärmpegel am Band (Bild links) als „Humanisierung“ etwas gesenkt. Senkung der Löhne, Akkordverschärfung, Entlassung von Facharbeitern, Einstellung von Hilfsarbeitern, v.a. von Frauen, heißt das Programm der westdeutschen Elektrokapitalisten zur Erzielung von Höchstprofiten. Von 1966 bis '77 stieg in der Elektroindustrie der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der lohnabhängig Beschäftigten von 37,08 auf 40,6%. Das gesamte Lohnniveau soll durch die Auffüllung der unteren Lohngruppen gesenkt, dies mittels Spaltung durchgesetzt werden. Betrug 1971 noch die Differenz des Bruttostundenverdienstes zwischen ungelernten und Facharbeiterinnen 8,6%, betrug sie 1977 bereits 15,4%. Die Differenz des Bruttostundenverdienstes zwischen ungelernten Arbeitern und Arbeiterinnen stieg von 1971-77 um 38% an. Bei Siemens in Westberlin ist 1977 bei 27000 Beschäftigten der Anteil der Frauen von 1971 41% auf 44% gestiegen. 88% der Frauen sind in den Lohngruppen 1 und 2, d.h. 6,77 DM und 7,45 DM; der Durchschnittslohn der untersten Leistungsgruppe in der gesamten Elektroindustrie betrug für Frauen 1977 8,78 DM. Die Ausdehnung der Heimarbeit (für 1974 von den Heimarbeitsausschüssen mit Förderung des Arbeitsministeriums auf 2,50 DM Mindeststundenlohn festgelegt) und der Druck einer riesigen Reservearmee soll ein übriges tun. Von 1975-77 stieg die Zahl der Heimarbeiter von 17731 auf 19522 an, 94% der Heimarbeiter sind Frauen. Die Zahl der arbeitslosen Frauen in der Elektroindustrie stieg von September '74 auf September '77 von 16120 auf 24266 an (Bild: Lötarbeiten in einem Elektrobetrieb).

Selbstentleibung beweist Fäulnis des Imperialismus

z.mif. Je mehr Stromverbrauch der Kapitalisten, desto mehr Selbstentleibung Jugendlicher: Die kapitalistische Rationalisierung untergräbt die Freude am Leben und treibt nihilistische Strömungen hervor. Herders „Lexikon der Pädagogik" empfiehlt unter „Schülerselbstmord": „Bereitstellung der relig.-sittl. Gegenvorstellungen, wie sie ... immer die wirksamsten, auch statistisch nachweisbaren Hemmungen bei S.gedanken sind."



Die absolute Verelendung bei Beziehern von Sozialrente

z.bil. Ihre Statistik sagt, daß es sich bei den Sozialhilfeempfängern zu einem großen Teil „um ältere Menschen handelt". Sie müssen zugeben: All diesen älteren Arbeitern und Arbeiterinnen wird *keine* Rente gezahlt, so niedrig die auch immer ist. An den „Sozialleistungen" und ihrer *Höhe* hat der Arbeiter keinen Anspruch. „Im Vergleich zu 1976 ist ein leichter Ausgabenrückgang bei den Leistungen der Krankenversicherung ... und bei Weihnachtsbeihilfen zu verzeichnen", vermeldet die Statistik nicht zufrieden, aber doch auch nicht unzufrieden. Es muß halt *noch mehr* an notwendigen Lebensmitteln und Pflege entzogen werden. 970 DM betrug die Altenhilfe im ganzen Jahr 1976. Die Krankenhilfe und vorbeugende Gesundheitshilfe haben 33000 im Jahr 1976 gar nicht mehr erhalten. Die Ausgaben für vorbeugende Gesundheitshilfe sind von 114 Mill. DM 1975 auf 109 Mill. DM 1976 bis 104 Mill. DM 1977 gekürzt. Je 100000 Einwohner sind 1976 1123 im Alter von 65 Jahren und mehr an Tuberkulose gestorben. „Krankheit der Elendsviertel" nennen sie die Bourgeois. Die Todesfälle von infektiösen und parasitären Krankheiten haben im selben Alter die Häufigkeit von rund 1000 je 100000 Einwohner. 936 sterben an Anämie. Bluthochdruck, rheumatische Erkrankungen und ischämische Herzkrankheiten verzeichnet die bürgerliche Statistik als häufigste Todesursache der älteren Arbeiter.

Sozialhilfe: weniger Unterstützung – mehr Anspruchsberechtigte

z.gab. 10,5 Mrd. DM betrug der Sozialhilfeaufwand 1977. Den höchsten Betrag, den er seit Bestehen des Sozialhilfegesetzes (1.6.62) je erreicht hat, veröffentlicht das Statistische Bundesamt das Ergebnis der Sozialhilfestatistik 1978. Rund 34,5% davon wurde gezahlt als „Hilfe zum Lebensunterhalt" – als Zuschuß also zu den weit unter die offizielle Armutsgrenze gedrückten Löhne und Renten der Arbeiterhaushalte. 64,5% für „Hilfen in besonderen Lebenslagen", vor allem für die in die „Rehabilitations- und Wiedereingliederungsanstalten" gepreßten arbeitslosen Lohnabhängigen und die in der kapitalistischen Produktion frühzeitig verschlissenen Arbeiter. Die Zahl der anspruchsberechtigten Sozialhilfeempfänger stieg von 1,7 Mio. 1973 auf über 2,1 Mio. 1976 und wird für 1977 auf rund 2,7 Mio. geschätzt. Die „Sozialrenten" sind bald höher als die „normalen Renten", drängt CDU-Sozialexperte Geißler zur Senkung der Sozialhilfesätze. Im Sozialbericht '78 kündigte Ehrenberg die nächste Änderung des Sozialhilferechts an: „... Die Gewährleistung aller an der Würde des Menschen orientierten fürsorgerischen Hilfen darf nach Auffassung der Bundesregierung auch in Krisenzeiten nicht in Frage gestellt werden. Das schließt Korrekturen des geltenden Rechts nicht aus, wo sie von der Sache her geboten sind." (S. 38)

„Die Möglichkeiten privatrechtlicher Entgelte sind auszuschöpfen"

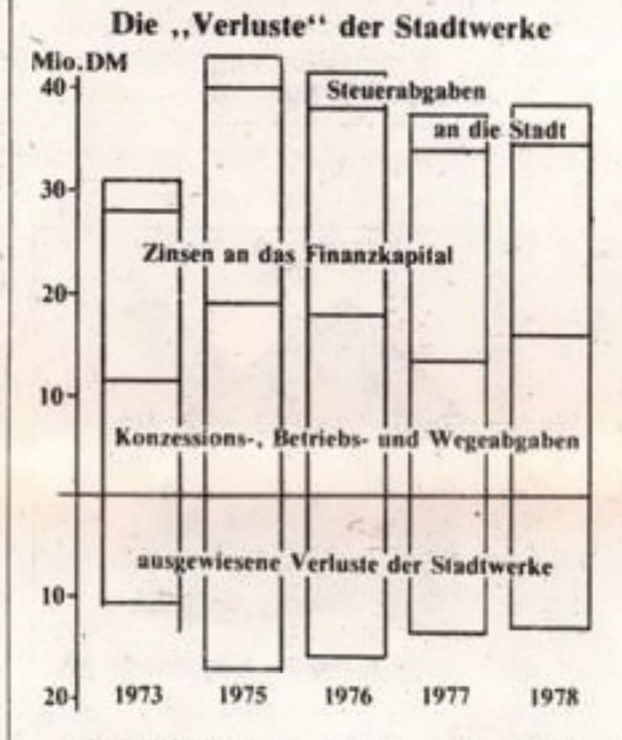
Der Plünderungsfeldzug des Braunschweiger Stadtrates und seiner Versorgungsbetriebe

r.kug. 9,5 Millionen Mark Mehreinnahme erwarten die Braunschweiger Verkehrs- und Versorgungsbetriebe aus den Gebührenerhöhungen vom 1. September 1978 für dieses Jahr, so verkünden sie es stolz im Wirtschaftsplan 1979. 237 Mio. DM Umsatz machten diese Versorgungsbetriebe, die zu 100% im Besitz der Stadt Braunschweig sind, im letzten Jahr. 1962 betrug der Umsatzerlös noch ein Drittel weniger, 75,9 Mio. DM.

Die Gemeinden „haben die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Einnahmen 1. soweit vertretbar und geboten aus speziellen Entgelten für die von ihnen erbrachten Leistungen, 2. im übrigen aus Steuern zu beschaffen, soweit die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen." (§ 83 der „Niedersächsischen Gemeindeordnung" (NGO) über die „Grundsätze der Einnahmebeschaffung") Die Ausführungsbestimmungen runden die Ausplünderungsvorschrift noch ab: „Die Möglichkeiten, privatrechtliche Entgelte in der erforderlichen Höhe zu erheben, sind auszuschöpfen, wo das bisher nicht geschehen ist..."

57 Braunschweiger Ratsherren haben begriffen, was unter Ausschöpfen zu verstehen ist. Die Versorgungsbetriebe sind als profitträchtige Unternehmen zu führen. Allerhand Winkelzüge haben sie sich einfallen lassen, um diesen Tatbestand zu verhüllen. Die Bilanzen dieser Betriebe weisen offiziell Verluste aus. 1978 sollen es 14,4 Millionen gewesen sein. Mit dem Hinweis auf diese Defizite werden dann neue Gebührenerhöhungen begründet.

Die „Verluste" der Stadtwerke



Das Schaubild zeigt, wie diese „Defizite" im Vergleich zu den Ausgaben der Stadtwerke stehen, Ausgaben, die nichts anderes sind, als die Umverteilung des Profits an die verschiedenen Teile der Bourgeoisie und ihren

Steuern und Gebühren der Volksmassen (in 10000 DM)

Art	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Grundsteuer A	25909	25380	2800	28700	29400	30100
Gemeindeanteil Einkommensteuer	85659	89400	99700	97620	110300	122600
Sonstige Steuern und Gebühren	138288	145058	154602	161640	169414	
Gesamt	294856	259838	279561	280992	301340	322114
Steuern der Kapitalisten						
Gesamt	119518	119706	115306	114876	127066	127469
Gesamteinnahmen aus Steuern u.Gebühren	369374	379544	394867	395798	428406	449610
Anteil der Steuern u. Gebühren der Massen (%)	67,64	68,46	70,80	70,98	70,34	71,60

Staatsapparat. Konzessions-, Betriebs- und Wegeabgaben werden an die Stadt gezahlt, sozusagen als Gebühr dafür, daß die Stadt sich selbst erlaubt, auf ihrem Gelände ihre Busse und Straßenbahnen fahren lassen zu dürfen.

Grundsteuer, Gewerbekapitalsteuer und Lohnsummensteuer (noch bis 1980) sind die hier ausgewiesenen Steuerarten, sie werden ausschließlich auch an die Stadt gezahlt und werden im Haushaltsplan unter Einnahmen verbucht. Die Zinsen, das sind die Pfründe der Bankkapitalisten, die sich somit ihren Teil an den geplünderten Geldern der Volksmassen sichern und zielgerichtet in den Vorstandstagungen der Stadtwerke Entscheidungen zum Wohle des eigenen Geldbeutels durchsetzen können. 1977 hatten die Stadtwerke „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einer Laufzeit von 4 Jahren" in Höhe von 110,2 Mio. DM. Das bedeutet, daß das Anlagevermögen von 391,1 Mio. DM zu einem Drittel bei den Finanzkapitalisten verschuldet ist.

Allerdings nicht nur diese Abteilungen der herrschenden Klasse profitieren aus den Verkehrs- und Versorgungsbetrieben. Wenn es z.B. um die Versorgung der kapitalistischen Betriebe mit Strom geht, gibt es Sonderverträge. Nach dem Wirtschaftsförderungsplan 1972 der Stadt Braunschweig kostet die kWh bei 6300 Benutzungsstunden 7,71 Pf/kWh. In damaligen Preisen haben die Haushalte 21 Pf gezahlt, heute zahlen sie 28 Pf für die Kilowattstunde. Was die Kapitalisten weniger zahlen, sollen die Volksmassen mehr ausgeben.

In den Kassen des Stadthaushaltes sind diese Gelder wieder verwendungsfähig, dem Kapital förderlich zur Verfügung gestellt zu werden. Von 1972 bis 78 hat der Braunschweiger Stadtrat einen Investitionshaushalt von 555 Mio. DM gehabt, wovon 48% direkt für profitable Erschließung von Grundstücken, weitere 10% für den Ankauf von Industriegelände verwendet wurden. Die Zufahrtsstraße zum Werk Telefunken in der Sandwüste für 1,8 Mio. DM wurde von der Stadt finanziert. 25% Wirtschaftsförderung verspricht die Stadt den Kapitalisten, zuzüglich der an die 100 Möglichkeiten, weitere Förderung durch die Landes- oder Bundesregierung zu bekommen. Auf 10% ist jüngst die Zonenrandförderung für Investitionen erhöht worden. Davon haben sich z.B. die Olympia-Kapitalisten 50 Mio. zwischen 74 und 76 geholt, „um die Arbeitswelt zu humanisieren". Nach Empfang wurden die Frauen an den vollautomatischen Prüfstraßen für Rechner um 2 Lohngruppen runtergestuft, die Stückzahl pro Tag von 200 auf 600 heraufgesetzt. Jetzt wollen die Olympia-Kapitalisten das Werk schließen und die Arbeiter entlassen. Zukunftsweisend hat der Stadtrat mit dem Haushaltsplan 1979 eine Planung bis 1982 vorgelegt. Danach soll der Anteil an Steuern und Gebühren, über den die Volksmassen den Haushalt finanzieren, von 68,5% 1978 auf 71,6% im Jahr 1982 steigen. Weitere Millionen, auf deren Zugriff die Kapitalistenmeute giert.

Bundesregierung setzt mit Steuerpolitik Gemeinden zur verschärften Ausplünderung ein

z.bag. Die Einnahmen des Staatsapparats aus Steuern haben sich in den letzten Jahren folgendermaßen entwickelt:

Jahr	Bund	Länder	Gemeinden	
1970	84,4	52,3	16,7	Mrd. DM
1978	151,9	114,1	39,2	Mrd. DM
Steigerung	79	118	135	%

Absolut gesehen haben die Gemeinden die geringsten Steuereinnahmen, prozentual aber wiesen sie die stärkste Steigerung auf. Die reinen Gemeindesteuern setzen sich aus Gewerbesteuer, Grundsteuer und Lohnsummensteuer zusammen – größtenteils Steuern aus Einnahmen und Grundbesitz der Kapitalisten, an deren Erhöhung die Bourgeoisie kein Interesse hat. Die Steigerung wurde im wesentlichen mit der Gemeindefinanzreform erreicht, durch die die Gemeinden im Austausch gegen eine Beteiligung der Bundesregierung an den Gewerbesteuern vom Bund 14% der Lohn- und Einkommensteuer zugeteilt bekamen.

Die Bundesregierung verstärkt ihr Bestreben, einerseits das Steueraufkommen in ihrer Regie zu zentralisieren, andererseits Ausgaben auf Länder und Gemeinden abzuwälzen. Bereits 1961-1974 nahm der Bundesanteil an den Nettoausgaben der öffentlichen Hand um 6,2% ab, während der Gemeindeanteil um 3,6% stieg. Der den Gemeinden seit 1969 zur Verfügung gestellte Anteil an der Lohnsteuer wird momentan zugunsten der Bundesregierung wieder verringert (Planung laut Finanzbericht 1979). 1976 konnten die Gemeinden nur noch über 6% der Zuweisungen aus Bundesmitteln selbst entscheiden, alles andere war „zweckgebunden" vergeben. Das „Programm für Zukunftsinvestitionen" vom März 1977 sieht mehrjährige Ausgaben von insgesamt 16 Mrd. DM vor, wobei die Bundesregierung 8,2, die Länder 3,5 und die Gemeinden 2,2 Mrd. DM tragen sollen. Über die Zentralisierung bei der Bundesregierung werden die Gemeinden gezwungen, Unternehmen Bauland zur Verfügung zu stellen und die Erschließung der dazugehörigen Verkehrswege zu finanzieren, z.B. beim Ausbau des Fernwärmesystems oder beim Projekt Dollart-Hafen in Emden.

1956-1975 stieg die Schuldendienstquote der Gemeinden aufgrund dieser Finanzpolitik von 3,9 auf 8,8. Stärker als beim Bund (1975: 7,8) und bei den Ländern (1975: 5,4). 1980-82 werden die Gemeinden weitere 9,2 Mrd. DM durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer zur Förderung der Kapitalisten verlieren. Wie dieses Loch gefüllt werden soll, ist durch die bisherige Entwicklung vorgezeichnet: durch die verschärfte Ausplünderung der Volksmassen über Gebühren für öffentliche Einrichtungen: 1970 bis 1977 stiegen diese Gebühren bereits von 9,3 auf 21,5 Mrd. DM.

Verschärfung des Abtreibungsverbots in den Niederlanden

Die Bourgeoisie in Westdeutschland will die „Dunkelziffer eindämmen"

z.mkr. „Das europäische Einigungswerk rückt in greifbare Nähe", so „Der Spiegel" 1/79. Einen Beitrag dazu leistet die niederländische Regierung mit der Verschärfung des Abtreibungsverbots. Nach ihrem Gesetzentwurf, der im Februar verabschiedet werden soll, ist im Rahmen der Fristenregelung die soziale und medizinische Beratung bei einem dafür anerkannten Arzt erforderlich, der „fünf Tage Bedenkzeit" folgen müssen. Abtreibungen dürfen künftig nur noch in dafür zugelassenen Kliniken vorgenommen werden. Zwar besteht in den Paragraphen 285-289 ein strenges Abtreibungsverbot, das sogar medizinische Indikationen nur in besonderen Ausnahmefällen zuläßt und Gefängnisstrafen von 3 bis zu 15 Jahren vorsieht, jedoch ist nach einer Entscheidung des Justizministeriums der Arzt straffrei. Diese Rechts-„unsicherheit" wie auch die Volksbewegung gegen das Abtreibungsverbot hat faktisch zur Außerkraftsetzung des Strafparagraphen geführt. Das soll sich jetzt ändern, und nicht nur für die Arbeiterklasse und die Volksmassen in den Niederlanden.

54309 Schwangerschaftsabbrüche wurden 1977 registriert. 1978 sind es nach dem 3. Vierteljahr bereits 53719. Ausdruck sowohl der enormen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen wie auch des Bemühens der Bourgeoisie, die Zwangsberatung auszudehnen. Zehntausende entgehen aber noch immer der fürsorglichen Registrierung unter Strafandrohung, beklagt sich das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, 40000 bis 60000 würden jährlich über die Grenze nach Holland fahren.

„Der Stern" 50/78 propagiert die Abtreibungskontrollzentren, die unter der Schirmherrschaft der Arbeiterwohlfahrt in Nordrhein-Westfalen errichtet werden. In Hessen sollen sie laut Fred Zander, Parlamentarischer Staatssekretär (SPD), von der Landesregierung finanziert werden, um einem „erneuten Aufschwung der Kurpfuscherei" vorzubeugen, und Amendt von der Pro Familia in Bremen betont, die Sache sei „bundesweit von großer Bedeutung", um den weiteren „Boykott des Gesetzes zu verhindern" (Hessischer Rundfunk, 4.1.79).

Die Anwendung des Strafparagraphen 218 funktioniert nicht so recht. Nebenstehende Tabelle zeigt von 1975, dem Jahr des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, bis 1977 nach einem ersten Anstieg der Strafverfolgungswelle ein Sinken der „bekanntgewordenen Fälle" um mehr als 50%. Wie hartnäckig die Bourgeoisie jedoch an der Anwendung der Strafparagraphen 218-219 festhält, zeigt sich an der steigenden Zahl der Verurteilungen trotz sinkender Ermittlungsquote.

Erschwert die Verschärfung des Abtreibungsverbots in den Niederlanden den Massen hier wohl die Möglichkeit, notwendige Abtreibungen vornehmen zu lassen, so wird der Reaktion in beiden Ländern eine Steigerung ihrer Ermittlungsquoten erleichtert durch die Zwangsregistrierung bei den holländischen Ärzten. Die Strafverfolgung ist bereits gesichert. Besteht doch zwischen der BRD und den Niederlanden ein „Auslieferungsvertrag", der aus dem Jahr 1896 datiert und 1956 erneuert wurde. Art. 1.3 umfaßt: „Vorsätzliche Abtreibung der Leibesfrucht." In Punkt 6 heißt es: „Die Behörden der Vertragsparteien übergeben einander außerhalb eines Auslieferungsverfahrens auf Ersuchen Gegenstände, die als Beweismittel in einem Strafverfahren dienen können."

Punkt 2 des Auslieferungsgesetzes vom 3.9.69 lautet: „Als Rechtshilfeersuchen kommen in Frage Ersuchen um Vornahme von Untersuchungshandlungen oder Mithilfe dabei, um Übersendung von Unterlagen, Akten oder Beweisstücken oder um Erteilung von Auskünften ..."

An der Medizinischen Hochschule Hannover wurde im letzten Jahr ein Projekt durchgeführt, in dessen Rahmen bei holländischen Abtreibungskliniken nachgefragt wurde, wer dort abgetrieben habe. Die Adressen kamen postwendend, damit die Studenten „Befragungen" durchführen sollten. Die Reform des niederländischen Abtreibungsgesetzes wird solche Möglichkeiten inter-europäischer Bespitzelung zweifelsohne verbessern.

6000 haben Anfang Dezember in Amsterdam gegen den Gesetzentwurf demonstriert. In Westberlin haben Ende letzten Jahres auf der Bereichsversammlung des Bezirksamtes Zehlendorf die Beschäftigten sich in einer Entschließung dagegen ausgesprochen, bei der Zwangsberatung als Hilfsposten eingesetzt zu werden.

Verurteilungen aufgrund § 218

	1965	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Bekanntgewordene Abtreibungsfälle	2165	771	584	476	497	411	639	308	279
Aufgeklärte Abtreibungsfälle	1948	718	538	453	472	376	626	297	268
Polizeilich ermittelte Tatverdächtige	2435	882	681	590	607	501	480	409	334
Rechtskräftig Abgeurteilte (Angeklagte)	1137	432	248	206	202	133	116	164	?
Rechtskräftig Verurteilte	946	319	184	154	153	95	87	90	?
Verurteilte Frauen wegen Selbstabtreibung	382	119	68	75	74	42	50	60	?
Aufklärungsquote gesamt	90,0	93,1	92,1	95,2	95,0	91,5	98,0	96,4	96,1

Quelle: Statistisches Bundesamt VII D, Bundeskriminalamt

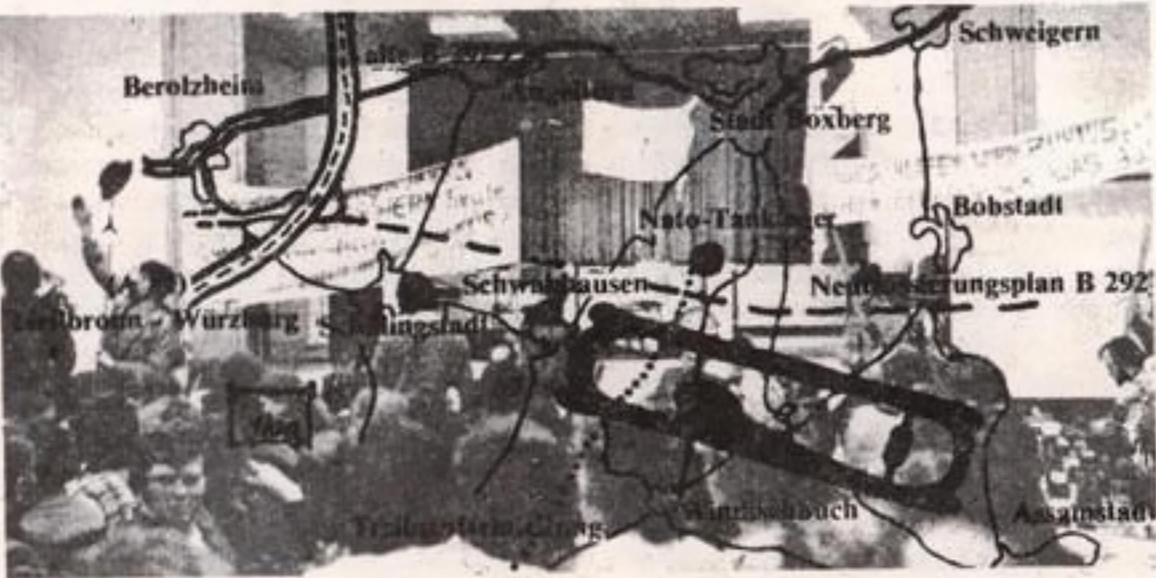
Benz-Kapital und Landesregierung können die Boxberger Bauern nicht bezwingen

z.haj. „Es bleibt uns also nichts anderes übrig", erklärt der zum Vorsitzenden der Bundschuh-Genossenschaft gewählte Bauer nach der Wahl, „als in Selbsthilfe und mit guten Anwälten gegen dieses Projekt (die von Daimler geplante Teststrecke) anzukämpfen und den Bau zu verhindern. Denn es geht ja nicht um die Rennstrecke allein, sondern um die vielen zusätzlichen Zufahrts- und Umgehungsstraßen, die auch eine Unmenge von Gelände in Anspruch nehmen. Um dies alles durchführen zu können brauchen wir natürlich viele Mitglieder..."

Der Bauer Hettinger erklärt auf der Pressekonferenz: „Es wird so sein, daß in Schwabhausen, wenn die Sache zustande kommt, überhaupt keine landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe mehr bestehen können, weil dafür die Fläche fehlt".

Tatsache ist, daß der Widerstand der Bauern bisher verhindert hat, daß die Daimler-Kapitalisten auf dem *Gebiet* der Teststrecke über Zusagen für den dortigen Fürstenbesitz Seehof sowie Gemeindeländereien wesentlich hinausgekommen sind.

Die Benz-Kapitalisten bieten deshalb u.a. den drei Aussiedler-Höfen im Gebiet der Teststrecke bis zu 100 000 DM Schmiergeld für den Verkauf an und versuchen vor allem zwischen den gelegten Bauern der Umgebung, die jetzt Arbeiter sind und den Rest ihrer Länder von 4 oder 6 Hektar verpachtet haben, und den Vollerwerbsbauern, deren Wirtschaftsfläche von meist 15 bis 25 Hektar im Durchschnitt zur Hälfte aus zugepachtetem Land besteht, zu spalten.



Der Lehrer Rukaber, ebenfalls im Vorstand der Interessengemeinschaft, berichtet: „Wir haben inzwischen erfahren, daß es einige Verkaufswillige gibt, die bereits unterschrieben haben... Aber die kriegen ja von Daimler erst 80 oder später dieses Geld zur Verfügung (nämlich nur, wenn bis dahin der Bau begonnen hat!). Die Sparkassen und Banken sind daraufhin eingestiegen und haben den Leuten Kredite angeboten. Sie stehen jetzt unter einem Zwang: sie haben Kredite und wünschen sich, hoffentlich kommt Daimler, damit wir das Geld kriegen. Sonst müssen wir ja weiß der Kuckuck wie, die Kredite finanzieren. Wie kann man diesen Leuten helfen?... Wir gründen jetzt einen wirtschaftlichen Verein, und dieser wirtschaftliche Verein soll dann Landstücke ankaufen und sie wieder verpachten..."

Die Bauern wissen, daß die Landesregierung das Werkzeug ihres Gegners ist und daß die Benz-Kapitalisten darauf rechnen, daß sie den Ankauf von verstreutem Land in der Umgebung dieses einzutauschen mittels Flurbereinigung gegen die Wirtschaftsfläche der geplanten Teststrecke.

Natürlich hoffen die Benz-Kapitalisten, auch innerhalb der Interessengemeinschaft spalten und den klipp und klaren Interessenstandpunkt der Bauern zurückdrängen und isolieren zu können. Nicht umsonst stürzte sich die bürgerliche Presse auf den Freiburger Anwalt de Witt, der die „Zweigleisigkeit" des Kampfes propagierte: den Rechtsweg und „andere Kandidaten für die nächsten Gemeinderatswahlen, denn das ist ja doch der normale Hebel, mit dem man Politiker in Bewegung bringt". Die Bauern aus Schwabhausen wissen, warum sie ihrer Genossenschaft den Namen „Bundschuh" gegeben haben. Im Kampf um das Land, das sie bebauen, stellen sie sich bewußt in die Tradition der revolutionären Bauernkämpfe. Bereits jetzt hat die Absicht, auf diesem genossenschaftlichen Wege der Spaltung zu begegnen und sich für die Sicherung der Grundlage der Existenz, des Landes, zusammenzuschließen, große Unterstützung gefunden. Und schließlich gibt es keinen Grund, der die Bauern aufhalten könnte, diese Genossenschaft über die Sicherung des Landes, ihrer Existenzgrundlage, hinaus, für die organisierte Verteidigung all ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen gegen die Politik von Finanzkapital und Großgrundbesitz einzusetzen.

Der Kampf am Boxberg entscheidet sich letzten Endes in der Frage, ob sich die Benzkapitalisten mit Baukolonnen und Polizeibegleitung dorthin trauen können und ob sie sich dort halten können. Er enthält bereits jetzt Möglichkeiten, dem Finanzkapital mehr als eine Niederlage in einem bestimmten Angriff auf die Existenz der Bauern zu verpassen. Das macht die Bauern stark.

Bundschuh

Land- und forstwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft eG
6973 Schwabhausen (Franken)

Auszug aus der Satzung

§ 2 Gegenstand der Genossenschaft
Gegenstand der Genossenschaft ist der Erwerb von Grundstücken, dinglichen Rechten an Grundstücken und Rechten auf Nutzung von Grundstücken zur land- und forstwirtschaftlichen Nutzung durch Eigenbewirtschaftung oder Verpachtung und Verwertung der hierbei gewonnenen Produkte.

§ 3 Ziele der Genossenschaft
(1) Die Genossenschaft erstrebt durch ihre Tätigkeit die Erhaltung der landwirtschaftlichen Struktur in den Gemarkungen der Stadt Boxberg und der Gemeinde Assamstadt und die Verhinderung der Umweltzerstörung in diesem Gebiet.
(2) Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit setzt sich die Genossenschaft für eine sinnvolle Weiterentwicklung der gewachsenen Struktur des ländlichen Raums, die landgerechte Förderung des Fremdenverkehrs, des Handwerks und der Kleinindustrie, die Anwendung menschengemäßer Techniken und Anbaumethoden und die Lösung der Probleme des ländlichen Arbeitsmarkts, insbesondere des Problems der Jugendarbeitslosigkeit ein.
(3) Die Genossenschaft wahrt ihre Unabhängigkeit von Behörden, politischen Organisationen und Wirtschaftsunternehmen.
(4) Beim Abschluß von Pacht-, Ausstellungs-, Werk- und ähnlichen Verträgen sind Genossen bevorzugt zu berücksichtigen, insbesondere solche, deren landwirtschaftliche Existenz gefährdet ist.(...)

§ 6 Geschäftsanteile
(1) Der Geschäftsanteil beträgt einhundert DM.(...)

§20 Reservefonds
Zur Bildung eines Reservefonds wird der jährliche Reingewinn so lange zurückgestellt, bis der Reservefonds die Summen der Geschäftsanteile erreicht hat.(...)"
(Aus der beschlossenen Satzung)

Deichbau und Küstenschutz in Schleswig-Holstein

Die Bourgeoisie verhindert die Beherrschung der Natur, Deichbau nur, wenn der Profit stimmt

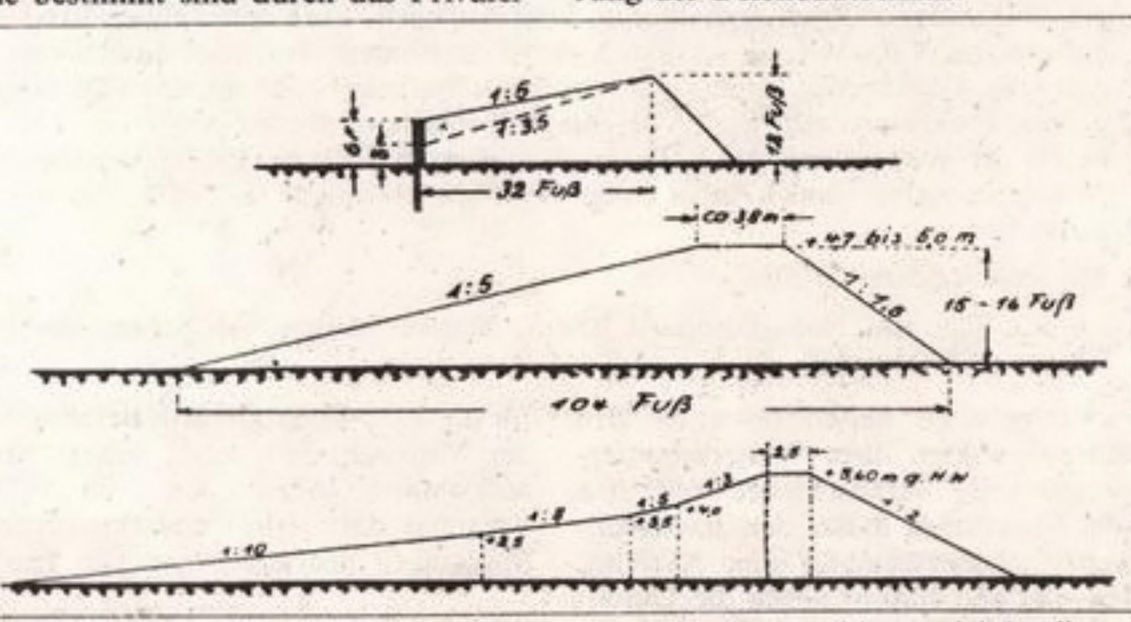
r.pel. Trauerfeiern nutzt die Bourgeoisie zur Verbreitung ihrer Philosophie. Einer ihrer Theologen, der Professor Thielicke, sprach zu den Volksmassen über ihre Ohnmacht und Unfähigkeit zur Beherrschung der Natur. Der Untergang des Frachters „München" war der willkommene Anlaß. „... haben wir alle eine Erfahrung gemacht, ...: wie nämlich der Stolz auf die allmächtige Technik zuschanden wurde und wie auch der Fortschrittsglaube an die Machbarkeit menschlichen Könnens scheiterte an der Übermacht der Elemente und die Hand des Menschen erwies sich in ihrer Ohnmacht." (ZDF 3.1.)

Schleswig-Holstein erstickte im Schnee, Deiche waren gebrochen, Überschwemmung drohte, die Bourgeoisie inszenierte ihre Kriegsmanöver. Da war die Pfaffenideologie willkommen für die Zersetzung der Wut der Volksmassen und die Vertuschung der Verantwortlichkeiten für die „Katastrophe". Es sei die größte seit den Sturmfluten von 1962 und 1976, zog Stoltenberg die Parallele. Nach der ersten hatte die schleswig-holsteinische Landesregierung den Generalplan „Deichverstärkung, Deichverkürzung und Küstenschutz" kreiert, nach der zweiten wurde er fortgeschrieben. Genützt hat er den Massen nichts. Das war auch nicht die Absicht. In der Erläuterung des Plans prognostiziert der Ministerialrat Scherenberg im Oktober 78: „Ähnliches bzw. noch schwerere Sturmfluten können sich jederzeit wiederholen. In einem solchen Fall wären die Schäden bei der heutigen Belastung der Küstenschutzanlagen... sicher höher als 1872." (Wasser und Boden 10/78) Dennoch: „In vielen Städten und Gemeinden sind die überflutungsgefährdeten Gebiete nur klein und schmal, so daß Schutzmaßnahmen unwirtschaftlich sind. Der Schutz der Menschen muß durch Katastrophenschutzmaßnahmen gewährleistet sein." „Wirtschaftlich" sind neue Deiche vor „Kiel-Friedrichsort, Dahme, Kellenhusen, Grömitz und den Badeorten der Lübecker Bucht." Was geschützt wird, mißt sich ganz allein am Profit, ansonsten sind die Arbeiter und Bauern Manövriermasse für die Kriegsübungen; auf dieser Linie ist auch während der Schneestürme operiert worden.

Die Gesetze und Verordnungen tragen dem Rechnung. Wird der „Bemessungswasserstand" (Grundlage für die Bestimmung der Deichhöhe) nach „dem *wirtschaftlich* vertretbaren Risiko" (Generalplan) bestimmt, so verpflichtet das Niedersächsische Deichgesetz „die Eigentümer aller im Schutz der Deiche gelegenen Grundstücke zur gemeinschaftlichen Deicherhaltung" (§6). Gemeinschaftlich dabei ist, daß alle *zahlen* müssen. Eine *kollektive* Bewältigung des Kampfes mit der Natur kann nicht im Interesse der bürgerlichen Klasse sein, müßte das doch die herrschenden Produktionsverhältnisse, die bestimmt sind durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln, sprengen.

Die Bauern Frieslands und Dithmarschens führen den Kampf gegen die Sturmfluten und Überschwemmungen und für die Urbarmachung fruchtbaren Marschlandes seit gut einem Jahrtausend. Der Aufschüttung von Erdhügeln, den Warften, von mehreren Hektar Ausdehnung, auf welchen die Häuser errichtet wurden, folgt die Verbindung der einzelnen Warften durch Deiche in gleichzeitiger, gemeinsamer Anstrengung der verschiedenen Geschlechtergemeinschaften. Der gemeinschaftlichen Gewinnung von Neuland entspricht kollektive Nutzung dieser Ländereien. Rechtlich bildet sich das System der Kommuniondeichung heraus, das jeden einzelnen zur gemeinschaftlichen Erhaltung des Deiches und jederzeitigen Unterstützung der Nachbarn bei Strafe des Verlustes seines Landes verpflichtet. Schwungvoll entwickeln die Bauern die Verbesserung der Deichbautechnik.

Mit der Unterwerfung der freien Bauern unter Lehnsherren bzw. mit dem Eindringen von Handelskapital aus Holland wird die gemeinsame Produktionsweise zersetzt und führt die Verpflichtung zur Deichreparatur für viele Bauern nach Sturmfluten zum Ruin und zur Vertreibung vom Land.



Die Erfahrungen der Kämpfe zur Beherrschung der Natur schlagen sich in diesen drei Profilen von Deichen aus den Jahren 1600, 1650 und 1926 nieder. Das Bollwerk aus Pfählen, das bei Sturmflut leicht unterspült wurde wird beseitigt und ersetzt durch eine flache Außenböschung mit Rasenbelag, teilweise Schotter, an der sich die Wellen brechen. Insgesamt wird der Deich erhöht und mit Kleierde bedeckt.

Pfaffenklage

„Wir sind durch die großen Deichreparaturen so arm gemacht, daß viele darüber ihre von den Eltern geerbten Kapitalien wie auch güldne und silberne Gedächtnispfennige, womit man noch vermeinte, seine heranwachsenden Kinder zu erfreuen, haben einbüßen müssen, um den hart drohenden Exekutor zu stillen... Es finden sich auch viele unter uns, die wegen Armut fast nicht so viel Kredit haben, daß sie einen geringen Priesterrock, ja gar kein Brot können zu borgen bekommen. Ach daß es Gott erbarm! Wieviel unter uns sind wohl, wenn sie von ihrer sauren Kanzelarbeit nach Hause kommen, die wohl gerne einen Trunk Bier verlangeten, ihre matten Glieder und Durst damit zu stillen, die nicht allein im Sommer, sondern auch im Winter mit einer wässerigen Buttermilch sich müssen begnügen... Unser Elend ist so groß, daß, wenn man meint, des Sonnabends mit Ruhe in seiner Studierstube zu sein, etwas Erbauliches zu meditieren, sobald nur die Hunde anfangen zu bellen, muß einen Zittern und Entsetzen ankommen; man muß besorgt sein, daß der Teichexekutor mit seinem Pochen und Schnarchen vorhanden, um uns unserer Armseligkeiten zu berauben."

Die Behauptung der Unfähigkeit der Volksmassen zur Beherrschung der Natur ist Bourgeoispropaganda. Es ist nicht die fehlende Technik, die den Fortschritt verhindert, es ist die Bourgeoisie.

Vielleicht geht es über die Hungerhilfe?

z.dab. Obwohl Sri Lanka zu den wenig entwickelten Ländern gehört, kann es bis 1981 zum Selbstversorger bei Nahrungsmitteln werden. 1977 steigerte es die landwirtschaftliche Produktion um über 9%. 500000 t Reis wurden über den Bedarf von jährlich 1,1 Mio. Tonnen erzielt. Die industrielle Produktion erhöhte sich bei Zement um 85% und bei Textilien um 15%. Dennoch: Sri Lanka ist mit 10828 Mio. Rupien hoch verschuldet und dank imperialistischer Ausplünderung ein Land mit Monokultur: es wird hauptsächlich Tee, Kautschuk und Kokosnüsse angebaut. Die westdeutschen Imperialisten wittern ihre Chance. „Grundbedürfnisse als Mobilisierung zur Selbsthilfe" ist die neue Formel, um den Aufbau einer Selbständigen Wirtschaft in der Dritten Welt zu verhindern. „Engster Verbündeter" ist laut Offergeld die „deutsche Welthungerhilfe". In dem Vorstand des „unabhängigen Trägervereins" sitzen unter anderem: ein Minister a.D., ein Pfaffe, der Generalbevollmächtigte der Deutschen Bank, ein Aufsichtsratsvorsitzender der Getreide Importgesellschaft. Mit ergaunerten Spendengeldern unterstützt die Hungerhilfe „sorgfältig dosiert" z.B. Projekte für „arbeitswillige Jugendliche" oder „entwicklungswillige Dorfbewohner" in Sri Lanka. – Der Entwicklungshilfefonds wird nicht voll ausgeschöpft, ärgert sich Offergeld.

Landabgaberente – Vernichtung landwirtschaftlichen Bodens

z.cht. Die Landabgaberente ist ab 1.1.79 zusammen mit der „Altershilfe für Landwirte" erhöht worden: 591 DM für Verheiratete bzw. 392 DM für Ledige. Hat der Bauer Anspruch auf Unfall-, Alters- oder sonstige Rente, wird diese Rente von der Landabgaberente abgezogen. Diese Hungerrente soll dafür sorgen, daß die Bauern, die ihren Hof aufgeben müssen, ihr Land an Großbauern, an Kapitalisten oder staatliche Stellen verkaufen. Ein Vollerwerbsbauer, der seinen Hof aufgibt, erhält nur unter bestimmten Bedingungen die Landabgaberente: a) Er muß mindestens 60 Jahre sein, ist er jünger, muß er sich einen Ausbeuter suchen. b) Er muß mindestens 85% seines Landes „zum Zwecke der Strukturverbesserung" abgeben, d.h. er muß einen Käufer finden, der nach den EG-Richtlinien zur Vergrößerung seines Hofes gefördert wird; oder aber der Käufer muß den Boden der „landwirtschaftlichen Nutzung entziehen", der Erwerb soll der „Verbesserung der Infra- oder Wirtschaftsstruktur" dienen. Dem Bauern wird dadurch die Möglichkeit genommen, sein Land, wenn er es schon verkaufen muß, zu für ihn günstigen Bedingungen an die ihm benachbarten Bauern zu verkaufen. Das Gesetz sorgt dafür, daß das Land billig an Großbauern und Kapitalisten geht. Bis 1977 waren 43860 Bauern gezwungen, unter diesen Bedingungen ihr Land aufzugeben und Landabgaberente zu beziehen.

Manöverentschädigungsanträge erst zu 35% bearbeitet

z.scd. Aufgrund einer Anfrage im Niedersächsischen Landtag, „ob Klagen von Land- und Forstwirten berechtigt seien", wurde bekannt, daß erst 35% der vorliegenden Anträge auf Entschädigung aufgrund der Herbstmanöver 1978 bearbeitet wurden. 45 Großübungen mit mindestens 2000 Soldaten und angemeldete Gefechts- und Stabsrahmenübungen von „mehreren Hundert" wurden in Niedersachsen 1978 registriert. Für die Bauern bedeuten die Verzögerungen nicht nur Ausfall der Instandsetzungskosten, sondern auch ein Produktionsausfall auf den beschädigten Gebieten, da die Fläche unberührt liegen bleiben muß bis zur Genehmigung des Antrages. Der Ausfall der Produktion wird nur erstattet, wenn dies extra beantragt wurde. Hat ein Bauer aufgrund der groß angekündigten „zügigen Bearbeitung" darauf gesetzt, das Land Ende des Jahres noch bearbeiten zu können, sieht er keinen Pfennig. Finanzminister Kiep dazu im Landtag: Stellen genehmigen, um den Klagen über die lange Dauer der Schadensregulierung zu begegnen. Daß mit Aufrechterhaltung und Ausweitung der Manöver in Zukunft zu rechnen ist, erklärte der Verteidigungsminister Apel auf die Forderung des Bauernverbandes nach Einschränkung der Manöver, nämlich „daß eine generelle Beschränkung der NATO-Manöver auf die ständigen Übungsplätze auch in Zukunft nicht möglich sein werde."

Hamburger Gewerkschaftsjugend unterstützt die Forderungen der Berufsschüler

z.uwz. Der Kreisjugendausschuß des DGB-Hamburg ruft unter den Forderungen, die während des Streiks von 3000 Lehrlingen aufgestellt wurden, zur II. Gesamtschülerkonferenz am 20. Januar auf:

Sofortige Rücknahme des Beschlusses zur Einführung des Wahlpflichtbereiches und der Stundentafeländerung! Weg mit dem Kurssystem! Keiner darf durchfallen! Keine Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge! Übernahme aller in die II. Stufe! Einstellung aller Lehrer!

Seit den Demonstrationen und Streiks, Märschen zur Schulbehörde von tausenden Berufsschülern im September gibt es Kampf um die Durchsetzung dieser Forderungen. „Die Gewerkschaften sollen die Forderungen der Berufsschüler unterstützen und die Unterstützung in den Betrieben organisieren“ forderte die Streikversammlung der G10/G16 einstimmig.

Die Kreisjugendkonferenz im letzten Jahr verabschiedete eine Solidaritätserklärung mit den Forderungen. Auch die Delegiertenversammlung der IG Druck faßte mit überwältigender Mehrheit einen solchen Beschluß.

Aber diese vollständig gerechten Forderungen werden durch SPD- und DKP-Funktionäre sabotiert. So „verschwand“ ein Flugblatt des Kreisjugendausschusses in der DGB-Druckerei.

Der DGB-Kreisvorstand begrüßte den Plan des SPD Schulsenators Grolle und die Einführung des Kurssystems *„vorbehaltlos“*, da chancengleich. Dieser ließ dann auch keine Gelegenheit aus zu betonen: *„Ich habe die Unterstützung der Gewerkschaften“.* Die Lehrlinge organisieren sich gewerkschaftlich, um den Kampf gegen die Absichten der Kapitalisten, die Ausbildung zu verkürzen, um die Jugend als billige Arbeitskraft so früh wie möglich in die Lohnarbeit zu zwingen, mit der Gewerkschaft zu führen. Die Sozialdemokraten konnten auf der Kreisdelegiertenkonferenz einen Antrag für das Kurssystem schon nicht mehr befassen. Auch Birgit von Randow, Vorsitzende des Kreisjugendausschusses und Bundesvorstandmitglied der DKP, läßt Papiere fürs Kurssystem nur noch unter der Hand kursieren. Die Forderungen der Berufsschüler seien „undifferenziert“. Doch die Arbeiterjugend kämpft um die Durchsetzung ihrer Interessen. Die „Graphische Jugend“ der IG Druck und Papier fordert mit den Schülerräten G10/G16, G5 zum Boykott der Kurse in einem Flugblatt auf.

NRW-Schuljugend bereitet landesweiten Streik vor

z.löh. „Natürlich habe ich die Allgemeine Schulordnung als Rechtsverordnung gegen den Widerstand der Schüler erlassen, das muß ja auch so sein. Die Allgemeine Schulordnung ist den korrekten Weg gegangen und die Verbände sind angehört worden, ich betone angehört worden. Die Schüler können auf jede rechtmäßige Weise gegen



die Schulordnung protestieren. Aber ein Unterrichtsboykott ist keinesfalls zulässig. Dagegen werden wir vorgehen“. Das Zitat stammt vom nordrhein-westfälischen Kultusminister Girgensohn, der sich zu solch offenen Äußerungen hat hinreißen lassen vergangene Woche auf einer Veranstaltung in Düsseldorf, wo er von rund 200 Arbeitern, Angestellten, Schülern und Lehrern zur Rede gestellt wurde.

Die „Allgemeine Schulordnung“ hat zum Inhalt das Verbot und die entsprechenden Unterdrückungsmittel gegen eine politische Bewegung unter der Schuljugend, was soweit geht, daß die Schülerzeitungen der Zensur des Rektors unterliegen sollen. Gegen dieses Gesetz und gegen die „Rechtsverordnung“, die den Prüfungsterror auf drei Jahre vor dem Abitur an den Oberschulen ausdehnen soll, richtet sich der Kampf der Schuljugend in NRW. 15000 waren es vor den Ferien, die dagegen demonstriert haben.

An den Schulen werden jetzt neue

Kampf der Schuljugend in NRW. 15000 waren es vor den Ferien, die dagegen demonstriert haben.

An den Schulen werden jetzt neue

Aktionen vorbereitet. Der Beschluß der Oberstufenjahrgänge der Kothen und Carl-Duisberg Schule in Wuppertal, am 18.1. die Schule zu bestreiken und dies mit einer Plakataktion zu verbinden, steht stellvertretend für zahlreiche andere Beschlüsse und Pläne, die an den Schulen gemacht werden. Am 25.1. hat die Landesschülervertretung zu einem zentralen Aktionstag für NRW aufgerufen. An diesem Tag soll in keiner Schule Unterricht stattfinden. Für den 30.1. ist eine zentrale Demonstration in Köln geplant. Der Landesschülervertreter will sie um 15 Uhr durchführen. Die große Mehrheit der Schuljugend vormittags, damit ein weiterer Tag hinzukommt, an dem die Schulen in NRW bestreikt werden, denn es liegt klar auf der Hand, daß ohne Streik die beiden Gesetze nicht zu Fall gebracht werden können. Der entscheidende Schritt im Verlauf des weiteren Kampfes wird sein, eine Front für landesweiten Streik zu errichten und diesen durchzuführen.

„Erste deutschorientierte Universität im Ausland“ am Kampf des iranischen Volkes gescheitert

z.adg. 5000 Studenten sollten einmal an der „ersten deutschorientierten Universität im Ausland“ studieren, so war es im Abkommen über Gründung und Aufbau der deutsch-iranischen Universität von Gilan in Rasht/Iran, geplant. Der Vertrag zwischen der Bundesregierung und der iranischen Regierung vom 3.November 1975 sah vor, daß das iranische Kaiserreich die Kosten für Errichtung, Entwicklung und Betrieb der Universiät übernimmt, während die Bundesrepublik für Planung, Lehrpläne und Forschung verantwortlich ist. Mit deutschen Unterrichtsbüchern, deutschen Wissenschaftlern wollten sich die BRD-Imperialisten die nötigen Experten heranziehen, um den Kapital- und Warenexport in den Iran noch stärker als bisher betreiben zu können.

Baden-Württemberg übernahm für das Projekt eine sogenannte Vorortfunktion. D.h. fünf der sieben deutschen Gründungsausschußmitglieder, darunter Prof. Draheim (Rektor Uni Karlsruhe), Prof. Leussink (Exbundesminister), Prof. Linde (Stuttgart) und die meisten deutschen Wissenschaftler und Techniker, darunter Prof. Lamm (Institut für Verkehrswissenschaften und Dekan der Ingenieurwissenschaftlichen Fakultät in Rasht) kamen aus Baden-Württemberg.



Professor Lamm, Dekan der Ingenieurwissenschaftlichen Fakultät der Uni Gilan, blieb als einziger von 100 Deutschen im Iran zurück.

Im Bericht des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst an den Landtag heißt es dazu: „Die Landesregierung ist der Auffassung, daß es sich um eine sinnvolle Zukunftsinvestition handelt, da sie sich... von der erfolgreichen Durchführung dieses Projekts langfristig gesehen eine Förderung der Exportwirtschaft des Landes verspricht.“

Aufgrund der Kämpfe des iranischen Volkes gegen die Imperialisten ist die Universität jetzt geschlossen.

Neue Bundesärzteordnung im Bundestag

Zwei Jahre Praktisches Jahr / Die Bourgeoisie spekuliert auf 300 Millionen

z.dow. „Wir müssen erkennen, daß da Gefahren auf die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung zukommen, wenn wir jetzt nicht schnell handeln... Innerhalb der praktischen Ausbildung zum Arzt muß daher erheblich mehr Gewicht auf den eigenständigen Erwerb praktischer Erfahrungen und Fähigkeiten sowie auf die eigene Übung problembewußten ärztlichen Verhaltens gelegt werden.“

Diese hinterhältigen Worte stammen von der CDU-Abgeordneten Neumeister aus der Bundestagsdebatte vom 14.12. über den Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Änderung der Bundesärzteordnung. Die Medizinstudenten will sie als Gefahr für die kranken Lohnabhängigen hinstellen und mittels des Praktischen Jahres das Ehrenbergsche Mordprogramm durchsetzen. Mehr kostenlose Zwangsarbeit der Studenten an den Kliniken ist ihr Konzept und darin stimmen ihr alle Bundestagsfraktionen zu.

Waren es 1978 ca. 5 000 Studenten, die an den Kliniken das Praktische Jahr absolvieren mußten, so sind es 1982 bereits 10 000. Werden diese 10 000 auf 2 Jahre verpflichtet, so sind es ca. 300 Millionen DM jährlich, die die Bourgeoisie an Lohngeldern kassiert (berechnet sind für die PJ-Studenten MA-Gehälter).

Der Gesetzentwurf der CDU/CSU deckt sich mit den Vorschlägen der „Konzertierten Aktion Gesundheitswesen“ unter der Federführung des Ministers Ehrenberg. Mit zur Zwangsarbeit verpflichteten Medizinstudenten, gestreut auf alle Krankenhäuser in der BRD, will die Bourgeoisie überall die kapitalistische Rationalisierung gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchsetzen. In dem Gesetzentwurf heißt es dann auch: „... nach einem Studium der Medizin von mindestens 6 Jahren, von denen bis zu 24

gen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchsetzen. In dem Gesetzentwurf heißt es dann auch: „... nach einem Studium der Medizin von mindestens 6 Jahren, von denen bis zu 24

Monate auf eine praktische Ausbildung in Krankenanstalten und Praxen niedergelassener Ärzte entfallen müssen...“ und weiter: „Es ist vorzusehen, daß die Prüfungen so gestaltet werden, daß durch vorwiegend mündliche praktische Prüfungsabschnitte die Fähigkeit, theoretisches Wissen in ärztliches Denken und Handeln umzusetzen, und die Eignung zur Ausübung des ärztlichen Berufs festgestellt werden können.“

Also Verdopplung des Praktischen Jahres und verschärfte Ausrichtung durch zusätzliche mündliche Prüfungen in jedem Studienabschnitt.

Mit den mündlichen Prüfungen will die Regierung den Druck auf die Medizinstudenten verschärfen, daß das „theoretische Wissen“, also die theoretische Ausrichtung auf das Ehrenberg-Programm, wie sie es in den Gegenstandskatalogen festgelegt und in den zahlreichen Fragen in den zentralen Prüfungen bereits abgefragt hat, auch in der Praxis umgesetzt wird. Rentenpreller, Kurenstreicher, Halsabschneider, kurz: Vollstrecker des Ehrenbergschen Mordprogramms sollen die Studenten werden, um „die Eignung für die Ausübung des ärztlichen Berufs“ nachzuweisen.

„Ziel unserer ihnen vorliegenden Initiative ist daher, durch eine solche Änderung der Bundesärzteordnung den notwendigen Anstoß zu einer durchgreifenden Novellierung der Approbationsordnung für Ärzte durch das zuständige Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit zu geben,“ führte Hanna Neumeister im Bundestag weiter aus, um zu begründen, warum in dem Gesetzentwurf jetzt nichts steht über die Zulassung zum Studium, für das ein sogenanntes Eignungsjahr, also ein Jahr Arbeitsdienst im Krankenhaus, zur Voraussetzung gemacht werden soll. Auf dem Verordnungswege sollen dann alle

zum Studium, für das ein sogenanntes Eignungsjahr, also ein Jahr Arbeitsdienst im Krankenhaus, zur Voraussetzung gemacht werden soll. Auf dem Verordnungswege sollen dann alle

Vorschläge der „Konzertierten Aktion Gesundheitswesen“ zur Ausdehnung des Praktischen Jahres und zur Verschärfung der Prüfungen durchgesetzt werden. Die Regierung rechnet dabei mit dem Kampf der Medizinstudenten, die sich an den Kliniken verbinden mit den Lohnabhängigen im Kampf gegen die Maßnahmen der Regierung.

Wehner, den die bürgerliche Presse immer ob seiner treffenden Zwischenrufe lobt, rief im Bundestag auf die Frage, ob der Gesetzentwurf „der Stein der Weisen“ sei: „Hoffentlich wird es kein Gallenstein.“

Die Regierung hat der Fachtagung jetzt mitteilen müssen, daß sie drei Fachschaftsvertreter kooptiert in die kleine Kommission des Bundestages, wo die Gesetz weiter beraten werden soll. Der Ausschuß der Fachtagung hat sie benannt und festgelegt auf die Forderungen nach Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr und nach Abschaffung der zentralen Prüfungen und daß geprüft nur wird, was gelehrt wird. Die Vertreter werden alle Dokumente des Ausschusses sofort veröffentlichen.

Die von der Fachtagung beschlossenen Vollversammlungen und Aktionstage in dieser Woche müssen dazu genutzt werden, die Kämpfe im Praktischen Jahr zu unterstützen und Streikaktionen im PJ zu organisieren zur Durchsetzung der 40-Stunden-Woche, und Kampfaktionen gegen die zentralen Prüfungen im Februar vorzubereiten mit dem Ziel, sie im August bundesweit zu boykottieren, um ihre Abschaffung durchzusetzen. Wird der Bourgeoisie so ihr zentraler Hebel zur Ausrichtung und Unterdrückung aus der Hand geschlagen und der Kampf gegen das Praktische Jahr geführt, wird sie große Schwierigkeiten haben mit ihren „Gallensteinen“.

Ausrichtung und Unterdrückung aus der Hand geschlagen und der Kampf gegen das Praktische Jahr geführt, wird sie große Schwierigkeiten haben mit ihren „Gallensteinen“.

VDS-Vorstandsfraktionen einmütig gegen Demonstration im Januar in Bonn

z.anl. Auf die vielfach erhobene Forderung der besitzlosen Studenten nach einer zentralen Demonstration im Januar in Bonn gegen das BAFöG-Angebot der Regierung hat der VDS-Vorstand, von dem zu Recht verlangt worden ist, zu dieser Demonstration aufzurufen und sie zu leiten, geantwortet. Oder vielmehr nicht der Vorstand, sondern die Häupter aller fünf Fraktionen, in denen er west, haben diesmal einmütig erklärt, sie könnten beim besten Willen nichts Falsches an der Forderung finden, die Adresse sei richtig, sie seien auch nicht unwillig, sie seien bloß völlig unfähig.

Betr.: BAFöG-Aktion

20.12.1978

Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen,

Zuerst einmal bedanken wir uns recht herzlich für Euer Schreiben, indem Ihr uns auffordert, im Januar eine zentrale Demonstration zur sozialen Lage der Studenten zu organisieren. Wir haben diese Vorschläge gewissenhaft geprüft und sind zu dem Entschluß gekommen, daß Euer Anliegen berechtigt ist. Allerdings stimmen wir mit Euch nicht überein in der Frage des konkreten Aktionsvorschlages und der vorgeschlagenen Terminierung.

Die VDS ist im WS durch Beschluß aller Franktionen bereits mehrere Male für die sozialen Belange der Studenten aktiv geworden. Wir verweisen auf den offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten und auch auf die gemeinsame Aktion des VDS mit dem Bundesring der Studierenden des zweiten Bildungsweges. Gewiß ist das nicht ausreichend. Auch wenn von seiten der angesprochenen (Bundestag, BMBW) erste differenziert positiv zu bewertende Stellungnahmen vorliegen, so müssen wir weiterkämpfen. Eine Demonstration im Januar wäre aus organisatorischen und politischen Gründen nicht sinnvoll. Organisatorisch könnte wegen einer Vielzahl von Aktivitäten des VDS-Vorstandes in anderen Bereichen der konkreten Interessenvertretung der Studenten eine umfassende Planung und Durchführung einer derartigen Demonstration nicht gewährleistet werden. Politisch liegen für das Ende des WS die Schwerpunkte der Arbeit der VDS in den Bereichen Studienreform, Internationales, Repression, HRG-Novellierung. Eine Demonstration allein zur sozialen Lage der Studenten würde einen Abbruch der Aktivitäten in diesen Feldern der Politik bedeuten, womit Ihr sicherlich auch nicht einverstanden wäret. Wir schlagen Euch deshalb vor, Euer Anliegen, Eure berechtigten Erwägungen, zur VDS-MV, die ab dem 3. April stattfinden wird, noch einmal vorzutragen. Gleichzeitig fordern wir von dieser Stelle aus auch die den VDS tragenden Fraktionen auf, Eure Vorschläge ebenfalls zu prüfen und in ihre Pläne für die Weiterarbeit der VDS im SS und im WS 79/80 miteinzubeziehen. Nochmals vielen Dank! Anbei einige neuere Erklärungen der VDS zum Sozialkampf.

Mit solidarischen Grüßen

Lorenz Schultes, Hans-Bernhard Rhein, Martin Böttger, Ali Schmeissner, Christoph Ostheimer.

Versprochen haben sie unter den Schwerpunkten ihres Wintersemesterprogramms, verabschiedet von den vier Fraktionen außer den Basisgruppen, „Unterstützung aller Aktivitäten, die den Kampf gegen die Durchsetzung der kapitalistischen Hochschulreform zum Ziel haben ... z.B. durch eine Materialreihe „Hochschulreform“. Erschienen ist nichts. Wovon soll die Reihe auch produziert werden, wenn das Geld schon nicht mehr reicht für die VDS-Infos, die laut Beschluß in der Vorlesungszeit jeden Monat herauskommen sollen? Jeder im VDS-Vorstand darf seine unverbindlichen Meinungen gedruckt unter die Leute bringen. Das ist im Arbeitsprogramm für das WS 78/79“ festgelegt: „Jede im VDS vertretene Fraktion hat somit das Recht, ihre abweichende Meinung mit den Mitteln des Verbandes (Rundbrief, Presseerklärung) als VDS-Fraktion darzustellen.“ Die planmäßige Vermeidung des ideologischen Kampfes kommt die Studenten teuer, und Beschlüsse gibt es fast nie. Erscheinen zu den Vorstandsitzungen kommt diesem Geschmeiß schon überflüssig vor. Letzte Woche konnte es nicht zusammentreten. Ein Teil hatte sich einschneien lassen, nicht in Schleswig-Holstein, sondern in Finnland.

Demokratie und Zentralisierung zum Aufbau einer schlagkräftigen Interessenvertretung dürfen die Studenten davon nicht erwarten. Das Ziel, mit dem die VDS-Vorstandsfraktionen den Kampf gegen die Hochschulgesetze führen wollen, lohnt der Mühe nicht; „Ziel aller VDS-Aktivitäten in diesem Bereich ist die grundlegende Neufassung des HRG auf Grundlage der studentischen und gewerkschaftlichen Forderungen...“ Der VDS-Vorstand setzt die reformistische Strömung in der Studentenbewegung fort, die schon vor Schaffung der Hochschulgesetze vor 10 Jahren auf Verbesserung statt auf Beseitigung ging. 1968 beantragte der AStA Heidelberg auf der Landeskonferenz Baden-Württemberg des VDS zum Hochschulgesamtplan u.a.: „Die Mitbestimmung der durch diesen Plan hauptsächlich Betroffenen, der Studenten, wird überhaupt nicht erwähnt. Auch von den Rechten des Mittelbaus ist kaum die Rede.“ „Der Numerus Clausus verstößt gegen das Grundgesetz, weil er die Freiheit der Berufswahl erheblich beeinträchtigt.“ „Die Idee einer ‚Differenzierten Gesamthochschule‘ als organisatorische Einheit wäre im Sinne gleitender Übergänge und damit als Ermöglichung optimaler Durchlässigkeit und Selbstverwirklichung des Bildungssubjektes sehr zu begrüßen.“

Wenn nicht der Kampf auf Beseitigung der Hochschulgesetzte statt auf verschärfte Neuauflage und gegen die „nach wie vor geübte Berufsverbotspraxis, die im Widerspruch zu zentralen Prinzipien der Verfassung der BRD steht“ geht, ist auch der Kampf gegen das Ordnungsrecht aussichtslos. Die VDS-Vorstandsfraktionen können sich das „Feld der Politik“, das sie vorziehen, den Projektbereich „Politische Repression / Justiz“ an den Hut stecken.

„Gepanzerter Samariter“ als Katastrophenhilfe

z.hob. 97 Bergepanzer (Gesamtbestand der Bundeswehr: 544), 58 Schützenpanzer, 17 Kampfpanzer, 41 Hubschrauber der Bundeswehr, 10 Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes waren an schwerem Gerät bei dem „Sechs-Tage-Krieg gegen den Schnee“ (Stern, 11.1.79) im Einsatz. Techniker der schleswig-holsteinischen Elektrizitätsgesellschaft „Schleswag“ fuhren auf Bergepanzern mit – durch meterhohe Schneewehen – und reparierten eine Reihe von gebrochenen Leitungen, wird in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (2.1.79) berichtet. Im gleichen Artikel wird festgestellt, daß es nicht einmal Panzern gelungen ist, nach Wees, einer Ortschaft in Nordfriesland, durchzukommen. Dort waren in einem Altersheim 40 Rentner seit vier Tagen ohne Heizung und ohne warmes Essen.

An der militär-strategischen Bedeutung der Stromversorgung für den „Krisenstab“ hat es gelegen, daß die Panzer zwar Leitungsmasten, die meist nicht direkt über Straßen zugänglich sind, sofort erreicht haben, Orte mit wenigen Einwohnern aber nicht. Die Gemeinden Oster-Ohrstedt, Silberstedt und Ostenfeld im Kreis Nordfriesland bekamen weder Räumfahrzeuge noch irgendwelche andere Unterstützung bei der Räumung der Schneemassen. Gleichzeitig standen im Wehrmachtsdepot laut Berichten der Bauern 30 bis 40 Räumfahrzeuge. Sie wurden für die anliegenden Gemeinden nicht freigegeben, so daß die Bevölkerung mit der Hand anfing, die wichtigsten Verkehrswege freizuschaufeln. Eingesetzt wurden dieselben Räumfahrzeuge zusammen mit einigen Panzern am Donnerstag von der Bundeswehr zur schnellstmöglichen Räumung des Militärflugplatzes Schwesing in der Nähe. Dabei schütteten die Panzer die vorher freigeschaufelten Wege teilweise wieder zu. Sicherung der Versorgung der Truppe, möglichst freie Beweglichkeit der Truppe unter schwierigen äußeren Bedingungen („sibirische Kälte“) – das zu proben, darauf ist es dem „Krisenstab“ unter Leitung von Ministerpräsident Stoltenberg, Konteradmiral Benzino, dem Vorsitzenden des Territorialkommandos Schleswig-Holstein und Innenminister Titzck (Schleswig-Holstein) angekommen. Ein Bewohner einer seit vier Tagen eingeschlossenen Ortschaft erklärte in einem Rundfunkinterview auf die Frage "Wie hat die Versorgung geklappt?": Gar nicht. Die Bundeswehr sei zwar nach drei Tagen mit Panzern gekommen, hatte aber weder Versorgungsgüter noch Gerät dabei und ist, nachdem die Straße bis zum Ort notdürftig freigemacht wurde, sofort wieder weggefahren.

Oberst Hentschel, Kommandeur der Panzerbrigade 18, Neumünster, beklagte den zu späten Einsatz der Bundeswehr. Das sei auch der Grund dafür, daß sein Panzerkonvoi gleich am ersten Tag nach dem Ausrücken in den Hüttener Bergen „im Schnee stecken“ blieb. Also am zu späten Einsatz lag es oder an den Panzern? Aus Munkbrarup, Kreis Schleswig-Flensburg, wird gemeldet: „Anstatt über die Kreisstraße kommen die Panzer über die Koppeln, ebenso Bundeswehr-LKWs mit Trupps zum Schneeschaufeln. Die Straße an unserem Hof wird gar nicht geräumt; nachdem ein Panzer mit Schneeschild nicht weiter kommt, fährt er über die Felder zurück... Die Soldaten berichten, daß sie schon über 24 Stunden im Einsatz sind. Zuerst waren die Bauern froh über die Hilfe der Bundeswehr. Inzwischen ist das nicht mehr so. Oft ist der Schaden durch das Überfahren der Felder größer als der Nutzen“ (z.B. wenn sie Futter bringen).

Versorgung und Nachschub aufrechterhalten und sichern, Dörfer aushungern oder vernichten, diese Strategie der westdeutschen Imperialisten für den Panzerkrieg im östlichen Teil Europas, war – bis auf das Durchkommen der Panzer – an verschiedenen Punkten unbefriedigend für die Bourgeoisie. Ein Offizier formulierte, nachdem die Panzer mit vielen „liegengebliebenen“ PKWs zu kämpfen hatten: „Wenn die Landratsämter gleich am Freitag ein allgemeines Fahrverbot ausgesprochen hätten, wäre uns viel Arbeit erspart geblieben.“ Es kam durch die im Schnee steckengebliebenen Autos auf den Autobahnen zu Sperren, die ein rasches Räumen und Vorrücken von Militärkolonnen verhindert haben.

Zweierlei hat der Einsatz der Panzer bewiesen: Erstens. Sie kommen auch unter widrigsten Wetterverhältnissen durch. Zweitens. Sie haben kein Essen gebracht, haben Felder zerstört. Die Soldaten haben sich mit den Bauern und der Landbevölkerung bei verschiedenen Gelegenheiten verständigt. Der gesamte bürgerliche Blätterwald dagegen müht sich, den Einsatz der Bundeswehr zu rühmen. „Gepanzerter Samariter“ (Stern, 11.1.79) wird der Bergepanzer bezeichnet. Ein Panzer (ein Ding) als selbstloser Helfer. Werbung für imperialistisches Kriegsgerät. Soldaten wie Landbevölkerung haben aber auch erfahren können, daß diese Dinger schon zu einigem nutze sind. Es kommt auf die Interessen derer an, die sie befehligen und fahren.

Apel bringt seinen Guderian in Position

r.hoh. Im kommenden Herbst soll der gegenwärtige Kommandeur des I. Korps (Münster) Generalleutnant F.v.Senger und Etterlin, die Nachfolge des Generals Schulze als Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa-Mitte antreten.

V.Senger und Etterlin ging mit 17 Jahren zur Kavallerie; während des faschistischen Raub- und Mordzuges gegen die Sowjetunion brachte er es bis zum Kompaniechef mit anschließender Verwendung (1944) im Oberkommando des Hitler-Heeres beim damaligen Inspekteur der Panzertruppen. Solcher Eifer hat ihm das „Deutsche Kreuz in Gold und die Nahkampfspange in Silber‘ eingetragen. 1952 hat er sich für Unterdrückungszwecke qualifiziert und eine Doktorarbeit „über die verfassungsrechtliche Stellung der Parteien“ abgeliefert. Dafür hat ihn die Bourgeoisie mit einem ‚höheren Dienst‘ im Bundesinnenministerium belohnt, von dem aus er dann 1956 in den Führungsstab der Bundeswehr wechselte.

In den vergangenen 20 Jahren hat er sich sowohl im Truppendienst wie auch im Stabsdienst allmählich zum General hochgedient; in beiden ‚Verwendungen‘ handelte es sich überwiegend um wichtige Knotenpunkte in der Entwicklung des Heeres, insbesondere aber seiner Panzerwaffe: neben diversen Stabstätigkeiten, wie „Grundsatzfragen des Militärischen Nachrichtendienstes und fremde Streitkräfte Ost“ – „Fragen der nuklearen Taktik und der Heeresplanung“ – etc. hat er vor allem Kommandofunktionen beim Aufbau der westdeutschen Panzertruppe innegehabt. Nämlich bei der Panzerlehrbrigade 9 (als G 3) bzw. beim Panzerlehrbataillon 94 in der Kampftruppenschule II in Munster-Lager – und zwar zu der Zeit als der Kampfpanzer „Leopard“ erprobt und an die Truppe ausgeliefert wurde. Sodann bei sogenannten „Modellbrigaden“ und anschließend bei der 7. Panzergrenadierdivision (Unna).

Das Ganze war von einer regen militärpublizistischen Tätigkeit begleitet. Rund 3000 Seiten hat er bislang alleine zur Frage der Panzerwaffe produziert. Einerseits hat er dabei umfassend die imperialistischen Kriegserfahrungen der Hitlerwehrmacht verarbeitet; ungeniert hat er z.B. im Anhang seines Buches „Die Panzergrenadiere“ (München, 1961) alle relevanten Dokumente seiner vormaligen Stabsdienststelle, Hitler „Inspekteur der Panzertruppen“ abgedruckt. Zum anderen hat er frühzeitig alle wesentlichen imperialistischen Kriegserfahrungen der Amerikaner, Engländer und Franzosen verwendet. Insbesondere diejenigen des Vietnamkrieges – eine ganze Debatte hat er in der „Europäischen Wehrkunde“ angezettelt über die sogenannte „Luftkampf- bzw. Luftsturmtruppe“. Aktueller Anknüpfungspunkt sind ihm jene berüchtigten US-Spezialeinheiten (‚Kavallerie‘ im Hubschrauber), die wie Hornissenschwärme über die vietnamesischen Bauern hergefallen sind. Das faschistische Vorbild so einer Truppe führt er in dem o. a. Buch an: die Fallschirm-Panzerdivision „Hermann Göring“ – ein nur scheinbarer Widerspruch. Denn wie alle Imperialistenknechte ist auch v. Senger und Etterlin besoffen von der „Blitzkrieg-Idee“. Schnelle Überwindung von Raum und Zeit entweder mit Panzer oder mit dem Flugzeug: „Ein beherzter Pionier kann auch unterirdische Abschußrampen im Ural oder sonstwo außer Gefecht setzen, wenn er dorthin gebracht wird.“ Da solls hingehen – kein Wunder, daß Apel ihn jetzt in die Startlöcher hievt.

US-Imperialisten müssen Atom-U-Boote aus Rota/Spanien abziehen

z.bil. Rota bei Cadiz an der spanischen Atlantikküste ist der zweitgrößte US-Militärstützpunkt überhaupt. Die 16. amerikanische U-Boot-Flotte mit rund 10000 Soldaten hält die Küste Südspaniens dort besetzt. Diese Flotte ist mit atomaren Polaris-Raketen ausgerüstet. 1976 wurde „das amerikanisch-spanische Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit“ vom 6. August 1970 neu gefaßt. Die US-Imperialisten standen vor der Gefahr, ihre Stützpunkte in Spanien zu verlieren, nachdem sich die spanische Regierung zunächst geweigert hatte, die im Herbst 1975 fällige Verlängerung des alten Abkommens vorzunehmen. Gleichwohl haben sie in dem neuen Abkommen der spanischen Regierung eine Reihe von Besatzerrechten abgepreßt. „Um die Zwecke dieses Vertrages zu fördern, können die Vereinigten Staaten von Amerika bestimmte militärische Anlagen auf spanischem Hoheitsgebiet ... benutzen.“ (Art. V des Abkommens) „In Bestätigung ihrer Überzeugung, daß ihre Zusammenarbeit der Sicherheit beider Länder zugute kommt, die Verteidigung des Westens verstärkt, eine wichtige Rolle in den Sicherheitsvorkehrungen für den nordatlantischen und den Mittelmeer-Raum spielt und zur Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele beiträgt“, beginnt das Abkommen, und man kann fortfahren, haben die US-Imperialisten das „Recht“, „die in dem Abkommen aufgezählten spanischen Militärstützpunkte zu militärischen Zwecken zu unterhalten und zu nutzen“ (Art. 1 des Ergänzungsabkommens).

Zu diesen Anlagen gehören der Marinestützpunkt Rota, die Luftstützpunkte Torrejon bei Madrid, Zaragoza und Moron bei Sevilla. Die Häfen Mahon und Cartagena stehen der 6. US-Flotte im Mittelmeer zur Verfügung. Die US-Imperialisten bauen den Kriegshafen El-Ferrol weiter aus. Der Marinestützpunkt Rota hat für die US-Imperialisten entscheidende strategische Bedeutung. Von hier aus können die Unterseeboote sowohl im Atlantik als auch im Mittelmeer operieren. Beunruhigt stellt die „Österreichische Militärzeitschrift“ fest: „Die dichteste Konzentration amerikanischer Stützpunkte befindet sich jedoch im mediterranen Raum, und gerade hier ist der Fortbestand der Stützpunkte zumindest derzeit von nicht abwägbaren Entwicklungen der innenpolitischen Verhältnisse in Portugal, Spanien und auch Italien, sowie der Einstellung Griechenlands und der Türkei zu den USA abhängig“. Das war 1976.

Bis heute sind die Versuche der US- und der westeuropäischen Imperialisten nicht erfolgreich gewesen, Spanien in das imperialistische Militärbündnis, die NATO, hineinzupressen. Die „Europäische Wehrkunde“, Zeitschrift für alle Wehrfragen, muß nach einer Reihe von „Erfolgsmeldungen“ im Jahre 1977 wie „Spanien, Annäherung an die NATO“ (im Dezember 1977) und „Spanien nimmt teil an NATO-Manövern“ (im November 1977) im September 1978 vermelden: „Vorerst kein NATO-Beitritt“. Das hängt mit dem Kampf der spanischen Volksmassen zusammen. Sie haben erzwungen, daß in dem spanisch-amerikanischen Abkommen von 1976 geregelt werden mußte, daß das Geschwader nuklear-getriebener Unterseeboote ab 1. Januar 1979 abziehen muß und das Verbot ausgesprochen wird, daß Kernwaffen auf spanischem Hoheitsgebiet von den US-Imperialisten gelagert werden dürfen.

Bis zum 1. Juli 1979 müssen die atomaren Unterseeboote abgezogen sein. Der Stützpunkt selbst bleibt den US-Imperialisten erhalten. Wie die bürgerliche Presse ausposaunt, sollen die abgezogenen U-Boote künftig in dem Flottenstützpunkt King Bai im US-Staat Georgia stationiert werden und durch einen modernen Raketentyp „Trident“ ersetzt werden.

Ein Wolf, der Schläge kriegt, wird noch lange nicht friedlich

Frontstärkung der US-Imperialisten in Südostasien: Südkorea, Philippinen, Mikronesien

z.mih. Bekanntlich hat Carter vor seiner Wahl zum US-Präsidenten frech gelogen, im Falle seiner Wahl die US-Streitkräfte aus Südkorea vollständig abzuziehen. Die US-Imperialisten sind fest entschlossen, ihre Stützpunktkette zur Einkreisung der VR China in Südkorea, auf den Philippinen, auf Japan und in Mikronesien gegen den entschiedenen Kampf der Völker für den vollständigen und bedingungslosen Abzug sämtlicher US-Truppen zu erhalten und weiter auszubauen.

Am 7. November 1978 haben sie der Republik Korea das „gemeinsame“ Truppenkommando CFC über alle Einheiten der koreanischen Streitkräfte und der US-Luftverteidigung (bisher unter Kontrolle des UNO-Kommandos UNC) für die Aggression gegen die Demokratische Volksrepublik Korea formell ins Amt eingeführt. Ein Komitee, zusammengesetzt aus hohen militärischen Vertretern beider Staaten, hat die operative und strategische Leitung. Erster Kommandeur ist der US-General Vessey. Dem CFC sind u.a. Vorposteneinheiten der koreanischen Armee, die Marineeinheiten der Küstenverteidigung sowie südkoreanische und US-Luftverteidigungskräfte aus Überwachungseinheiten, und Luftkampfgeschwader unterstellt. Im Kriegsfall werden auch die übrigen südkoreanischen und US-Einheiten dem CFC von den nationalen Führungsgremien unterstellt. Im Kriegsfall werden auch die übrigen Führungsgremien unterstellt. Die UNC bleibt als separate und eigene Organisation bestehen und ist weiterhin für die Einhaltung des Waffenstillstands verantwortlich. Zur Untermauerung dieses Manövers, die gewaltsame Besatzung Südkoreas zu verewigen, haben die US-Imperialisten in den ersten sechs Monaten von 1978 ihre Bodentruppen in der Republik Korea um 2600 Mann auf 42700 verstärkt und der Park Chung Hee-Clique umfangreiche Rüstungen, darunter auch Atomwaffen, geliefert.

Sozusagen „direkt gegenüber“, in Japan, sind die Bemühungen der US-Imperialisten, sich weiter festzusetzen und Verfügungsgewalt über das japanische Militärpotential zu erlangen, ein gutes Stück vorangekommen. Richtlinien für eine verbesserte Verteidigungskooperation hat Ende November das „Security Consultation Committee“, wichtigstes und just wiederbelebtes Organ im Rahmen des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages, veröffentlicht, die nichts anderes als eine praktische Anleitung zum Funktionieren des 1960 revidierten Sicherheitsvertrages bedeuten und den Schutz Japans durch die USA gegen äußere Feinde garantieren. Das „dreifache Atom-Nein“ Japans, keine Nuklearwaffen herzustellen, zu besitzen und zu lagern, bleibt bestehen, doch steht es den US-Imperialisten frei, auf ihren Stützpunkten in Japan Atomwaffen zu installieren.

Nach dreijährigen Verhandlungen zwischen den USA und den Philippinen hat sich die USA bis 1991 die Luftwaffenbasis Clark Airfield, den Flottenstützpunkt Subic Bay und eine Reihe kleinerer Installationen sichern können. Offiziell untersteht jetzt jede Basis einem philippinischen Kommandeur, sie werden flächenmäßig verkleinert und von philippinischem Personal bewacht. Die US-Imperialisten haben jedoch weiterhin die Garantie, ihre militärischen Operationen ungestört fortführen zu können. In einem Geheimvertrag wurden die Höhe der Pacht und die Unterstellung der US-Truppen unter philippinisches Strafrecht geregelt. In den kommenden fünf Jahren sollen die Philippinen eine Milliarde Dollar Finanzhilfe aus den USA bekommen. „Heiße Debatten“ über die Menschenrechtsverletzungen ihrer Marcos-Bande im Weißen Haus sollen noch den Preis drücken.



US-Außenminister Dulles besichtigt das Ergebnis der imperialistischen Aggression gegen Korea, die Demarkationslinie des 38. Breitengrades. Um einen vorgeschobenen Posten in Korea zu halten, war Dulles bereit, „bis an den Rand des Abgrundes“ zu gehen.

Das letzte Glied dieser Stützpunktkette der USA sind die pazifischen Inseln. Seit 1947 unterstehen drei Archipele Mikronesiens – die Marianen (ohne Guam), die Karolinen und die Marshall-Inseln als UNO-Treuhandschaft der US-Verwaltung. Die Archipele sind vor kurzem in eine „Gemeinschaft im Rahmen einer politischen Allianz mit den USA“ gezwungen worden. Gesichert durch diese Annexion sollen hier neue Stützpunkte entstehen, um weitere Verbände „für eine flexiblere Reaktion auf alles, was in diesem Raum geschieht“, zu stationieren. So haben sie jetzt 7000 ha auf Tinian „gepachtet“. Das Bikini- und das Eniwetok-Atoll, vollständig radioaktiv verseucht durch die US-Kernwaffentests, muß erneut für mindestens weitere 1000 Jahre evakuiert werden. Das Kwajalein-Atoll ist weiterhin Versuchsgelände für die Interkontinentalraketen. Guam, seit 80 Jahren ein „Territorium der USA“ und von derzeit 8400 Mann besetzt, ist als natürlicher Flugzeugträger Nachschubbasis der 43. Strategischen Luftflotte mit ca. 2000 Flugzeugen, darunter die B-52 Langstreckenbomber, und der 3. und 7. Flotte mit über 200 Schiffen.

Es wird deutlich, die Niederlage in Indochina hat die US-Imperialisten nicht zahmer gemacht. Sie sind als Feind der Völker Asiens längst nicht erledigt.

Finnland: „Indexbindung" der Löhne zurückgeschlagen

z.pek. Ihr entscheidendes Ziel, staatliche Lohnleitlinien in Form einer sogenannten „Indexbindung" der Löhne und eine Verlängerung der Laufzeit auf drei Jahre haben die finnischen Kapitalisten mit den neuen Tarifabschlüssen nicht durchsetzen können. Mitte Dezember hatte der finnische Reichstag ein Gesetz erlassen, mit dem die Grundlage für die weitgehende Beseitigung des Tarifrechts der Gewerkschaften und die staatliche Festsetzung der Lohnerhöhungen nach den jeweiligen Preissteigerungsraten geschaffen wurde. Der finnische Gewerkschaftsbund hat die von der Regierung für den 31. Dezember festgelegte Frist für den Abschluß eines „Zentralabkommens" auf der Grundlage dieses Gesetzes platzen lassen.

Stattdessen wurde am 9. Januar zwischen dem finnischen Gewerkschaftsbund und den Kapitalistenverbänden ein neuer Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 12 Monaten abgeschlossen, der für die Arbeiter aller Industriezweige gilt und am 1. Februar in Kraft tritt. Der Abschluß ist elend niedrig, – 30 Penniä (ca. 15 Pfennig) mehr pro Stunde plus 0,5%. Auf den Durchschnittslohn von 15 Finnmark (ca. 7,50 DM) bringt das eine Erhöhung von 37,5 Penniä oder 2,5%. Um die unvermeidlichen weiteren Kämpfe der finnischen Arbeiter gegen diese Lohnsenkung zu fesseln, haben die Kapitalisten den Abschluß mit einer „Lohnentwicklungsgarantie" verknüpft. Danach sollen die Arbeiter in den Betrieben für den Fall, daß die Inflationsrate zwischen dem 1. Februar und dem 1. Oktober 5% übersteigt (was beim Durchschnittslohn 37,5 Penniä ausmachen würde), *einzeln und zersplittert* Zuschläge mit den Kapitalisten aushandeln. Falls dabei keine „Einigung" zustandekommt, sollen sie mit einem Zuschlag von 17 Penniä abgespeist werden.

Das gewaltige Ausmaß der Ruinierung kleiner Bauern hat in Finnland die Reservearmee der Arbeiter, die keinen Ausbeuter finden, beträchtlich anschwellen lassen. Von 800000 Bauern im Jahre 1959 waren 1977 520000 von ihren Höfen vertrieben. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im letzten Jahr 175000. Diesen Druck versuchen die finnischen Kapitalisten zu nutzen, um den Lohn der gesamten Arbeiterklasse auf den Elendsstandard zu drücken.

Die Kapitalisten können sich jetzt schon ausrechnen, daß sie trotz solcher Fesseln den elend niedrigen Abschluß nicht lange halten können. In über 2000 Streiks, die ohne die Unterstützung der Gewerkschaft geführt werden mußten, haben die finnischen Arbeiter im letzten Jahr, ebenso wie im vorletzten, Lohnerhöhungen über die zentralen Abschlüsse hinaus erkämpft.

Arbeitsbeschaffung: 50% des Lohnes aus der Arbeitslosenkasse

z.coi.Stockholm. Mats ist 17. Er montiert Schlösser, im Akkord. Er kommt dabei auf 22 SKr. pro Stunde, davon zahlt der Kapitalist nur 8,30 SKr. Den Rest zahlt die „Arbeitsmarktverwaltung" (AMS), die zentrale Verwaltung der ca. 45 gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen. Die Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge durch den Kapitalisten übernimmt ebenfalls AMS. 10000 von den fast 80000 arbeitslosen Jugendlichen werden z.Z. in solche Art „Bereitschaftsarbeit" bei den Kapitalisten gezwungen. Ein loh-
solche Art „Bereitschaftsarbeit" bei den Kapitalisten gezwungen. Ein loh-
nendes Geschäft für diese Aasgeier, denn sie sparen so monatlich 38 Mio. SKr. Lohngelder. Weitere 30000 Jugendliche werden in Krankenhäuser und andere staatliche Einrichtungen getrieben.

Insgesamt sind etwa 60000, fast ein Viertel aller Arbeitslosen, in solche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gepreßt, und ihre Zahl wächst. Kein Wunder, denn seit 1. Juli 1978 bekommen die Kapitalisten bzw. der staatliche Dienstherr 75% des Lohns für ein „Bereitschaftsarbeiter" aus Arbeitslosengeldern gestellt. Das Geld für sechs Monate, danach wird er wieder als „offener Arbeitsloser" aufs Pflaster geworfen. 1978 konnte die schwedische Bourgeoisie so der Zahlung von ca. 4 Mrd. SKr. an Lohngeldern entledigen, durch direkten Raub der Arbeitslosenkassen (1,3 Mrd. SKr.) und durch staatliche Zuschüsse aus Lohnsteuergeldern.

Eine weitere Maßnahme des AMS, um die Kapitalisten von der Lohnzahlung zu befreien und gleichzeitig die Arbeitslosenstatistik zu frisieren, ist ein riesiges Umschulungsprogramm in eigenen AMS-Umschulungszentren, an
eigenen AMS-Umschulungszentren, an
dem z.Z. ca. 50000 Arbeitslose teilnehmen.

Ermöglicht wird die Plünderung der Arbeitslosenkassen dadurch, daß die Bourgeoisie über den AMS direkten Zugang zu den Versicherungsgeldern hat. In der Leitung des AMS sitzen in der Mehrzahl Staats- und Kapitalvertreter, daneben Vertreter der Gewerkschafts-Dachverbände. Die Herrschaft der Sozialdemokratie über die Gewerkschaften, mit ihrer „Arbeit-für-alle"-Politik öffnet der Bourgeoisie Tür und Tor. In den Gewerkschaften entwickelt sich jedoch der Widerstand. Bei einer Fabrik von SKF z.B. hat die lokale Abteilung der Metallarbeitergewerkschaft die geplante Einstellung von 45 „Bereitschaftsarbeitern" verhindert und ihre feste Einstellung gefordert.

Streik der britischen LKW-Arbeiter – Notstandsdrohungen Callaghans

z.hef.London. Knapp 100000 LKW-Fahrer der britischen Transportunternehmen streiken. Nach der raschen Ausdehnung des in Schottland begonnenen Streiks auf England und Wales hat die Gewerkschaft TGWU am Donnerstag den Streik in allen Bezirken bis



Streikposten stoppen einen LKW

auf einen für offiziell erklärt. Die Fahrer stehen Streikposten an allen Häfen, Frachthöfen und Speditionen. „Fliegende Pickets" (Streikposten) blockieren Großfirmen. Deren Fahrer sind zwar nicht im Streik, aber sie weigern sich, die „picket lines", die Streikpostenlinien, zu überqueren.

Die Gewerkschaft TGWU fordert für die Fahrer von LKWs über 20 Tonnen 65 Pfund brutto (ca. 250 DM) für 35 Stunden, für die anderen Lohngruppen entsprechend weniger. Jetziger Tarif ist 53 Pfund für 40 Stunden. Die Kapitalisten haben 60 Pfund für 40 Stunden geboten. Die meisten Fahrer arbeiten die erlaubten 57 Stunden und mehr, um hinzukommen. Ab Juli wird die Höchstarbeitszeit im Rahmen eines EG-Abkommens auf 53 Stunden gesenkt. Die Fahrer sind entschlossen, die Auswirkungen der Überstundenkürzung auf den Lohn zumindest auszugleichen.

Fernsehen und Zeitungen hetzen seit Streikbeginn. Die Arbeiter würden die Lebensmittelversorgung gefährden. Die Preise für Frischgemüse seien schon ums doppelte und mehr gestiegen. Panikkäufe seien zu befürchten. Inzwischen ist das Wetter besser und die Gemüsepreise auf dem alten Stand. Und die von den Kapitalisten gewünschte Panik bleibt aus. Sie lassen jetzt heraus, wo der Streik tatsächlich trifft: Die Profitproduktion ist gefährdet. Der Chemiekonzern ICI klagt beispielsweise über mehr als 60 Mio. Pfund Umsatzverluste. Nächste Woche müsse man ganz schließen.

Die Opposition fordert Streikverbot für „lebenswichtige Industrien" und die sofortige Ausrufung des Notstands. Für Nordirland, wo die Tankwagenfahrer weiterhin streiken, hat die Regierung den Notstand erklärt. Die Armee soll das Benzin transportieren. Schon vor Weihnachten ließ die Regierung ihre Truppen in Westdeutschland für den Streikbruch ausbilden. Vor allem für den Einsatz gegen die 1,5 Millionen Gemeindearbeiter, deren Warnstreik am 22. Januar der Regierung und ihrer Lohnleitlinie einen heftigen Schlag versetzen kann.

Ohne Krankenkasse geht die Kostensenkung besser

„Nationaler Gesundheitsdienst" in Italien / Reformertrag 1979: 3,5 Milliarden DM

z.ulg.Rom. Ein „Nationaler Gesundheitsdienst" soll nach dem zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Gesetz über die Reform des Gesundheitswesens in Italien eingeführt werden. Vor der Abstimmung in der Abgeordnetenkammer hatte der Revisionist Triva den Entwurf als „vielleicht wichtigste soziale Reform, die vom Parlament je verabschiedet worden ist," gepriesen. Nicht zu Unrecht reklamiert der Mann dieses Ehrenberg-Gesetz als neues Glanzlicht der an Verbrechen reichen Geschichte des Hohen Hauses.

Bei ihren Fischzügen nach Arbeiterlohn sahen sich die italienischen Imperialisten bisher regelmäßig vor der Schwierigkeit, daß die Sozialversicherungsbeiträge ganz überwiegend von den Kapitalisten selbst zu zahlen sind. Einen nennenswerten „Arbeitnehmeranteil" gibt es überhaupt nur bei der Rentenversicherung, z.B. Bei der Kranken-



Krankenhausbeschäftigte auf einer Demonstration während des Streiks im letzten Herbst

versicherung z.B. beträgt er dagegen nur ganze 0,3% vom Lohn. Zwar bilden auch die direkt von den Kapitalisten zu zahlenden Beiträge einen Teil des Lohns, doch ist sie ungleich schwieriger als in Westdeutschland kann durch einfache Beitragserhöhung Lohn in Kapital verwandelt werden. Höhere Beiträge muß zunächst einmal der Kapitalist zahlen, und ob er dann den ausgezahlten Lohn entsprechend senken kann, steht auf einem anderen Blatt.

Das Rezept, das sich die italienischen Finanzbourgeois gegen diesen, einer erfahrenen Räuberbande unwürdigen Übelstand ausgedacht haben, heißt „Fiskalisierung", d.h. Übernahme der Beitragszahlung durch den Staat. In Wirklichkeit: Zahlung der Versicherungsleistungen statt aus Beiträgen der Kapitalisten aus Steuern, die der Arbeiterbevölkerung abgeplündert werden. Im Süden soll das neue Zeitalter beginnen: letzten Donnerstag hat die Regierung beschlossen, daß in den nächsten zehn Jahren die Sozialversicherungsbeiträge für dort ausgebeuteten Lohnabhängigen, die eigentlich die Kapitalisten zu zahlen hätten, vom Staat übernommen werden.

Um noch vor der vollständigen Abschaffung der „Arbeitgeberbeiträge" jeglichen Einfluß der Arbeiterorganisationen auf die Versicherungskassen und damit auf das Gesundheitswesen zu beseitigen, sind bereits 1974 die Selbstverwaltungsorgane der Krankenkassen aufgelöst und durch staatlich bestellte Liquidationskommissare ersetzt worden. Gleichzeitig wurden die eigenen Versorgungseinrichtungen der Kassen, neben Krankenhäusern vor allem zahlreiche Ambulatorien, in staatliche Einrichtungen umgewandelt. Mit der jetzigen Reform sollen die Krankenkassen vollends aufgelöst werden.

Freilich, weit her war es mit der Selbstverwaltung der Krankenkassen auch vorher nicht. Bei der INAM z.B., bei der bisher alle Lohnabhängigen krankenversichert sind, saßen im Verwaltungsrat den zehn Vertretern der Gewerkschaften (und zwei Vertretern des INAM-Personals) neben dem staatlich eingesetzten Präsidenten sieben Vertreter der Kapitalistenverbände, neun Ministerialbeamte und zwei Vertreter der Ärztekammern gegenüber.

Und doch bildete die Anwesenheit von Arbeitervertretern in den Leitungsorganen der Krankenkassen ebenso wie die Verwaltung zahlreicher Einrichtungen des Gesundheitswesens durch die Kassen selbst eine gewisse Schranke für Kostensenkung, allein weil sie daran erinnerten, daß die verbrauchte Arbeitskraft nicht dank der „Hilfe" des bürgerlichen Staates, sondern restlos aus Lohngeldern notdürftig wieder zurechtgeflickt wird.

Die durchschnittliche Liegezeit in den Krankenhäusern gibt dafür einen gewissen Anhaltspunkt. 1974 lag sie bei der INAM bei 14,1 Tagen, höher als bei den meisten anderen Kassen, was vor allem zeigt, wie gründlich die Gesundheit der dort versicherten Arbeiter im kapitalistischen Produktionsprozeß ruiniert wird. Nach der Verstaatlichung der Krankenhäuser ist es den Kostendämpfern von 1976 auf 1977 in einem einzigen Jahr gelungen, die durchschnittliche Liegezeit an Allgemeinkrankenhäusern um einen halben Tag von 12,5 auf 11,9 Tage zu drücken. Zahlen für die INAM-Versicherten allein werden nicht mehr veröffentlicht.

Ein Teil der Versicherungsleistungen wurde zudem bisher tarifvertraglich zwischen Gewerkschaften und Kapitalistenverbänden vereinbart, so der Umfang der Medikamentenversorgung, der Krankenhausbehandlung und die Höhe des Krankengeldes. Mit der Liquidierung der Krankenkassen wird auch diese Kampfposition der Arbeiter sang- und klanglos beseitigt.

Die Krankenkassen einmal liquidiert, soll mit der Reform des Gesundheitswesens nun die Kostensenkung *positiv* und mörderisch vorangetrieben werden. Alle örtlichen Gesundheitseinrichtungen werden jeweils zu einer „Örtlichen Gesundheitseinheit" unter dem Kommando des Gemeinderats und unter Kontrolle des „Nationaler Gesundheitsdienst" getauften Ministeriums zusammengefaßt. Die „Örtlichen Gesundheitseinheiten" erhalten nach festem Schlüssel eine staatliche Jahreszuweisung, und damit keine Lira „unnütz" ausgegeben wird, ist ihnen ausdrücklich untersagt, Kredite aufzunehmen, falls die Zuweisung nicht reicht.

Die Gesamtausgaben des „Nationalen Gesundheitsdienstes", bei dem ab 1980 jeder Italiener pflichtversichert ist, werden alle drei Jahre in einem „Nationalen Gesundheitsplan" „in Übereinstimmung mit den Zielen der nationalen sozio-ökonomischen Planung", also den Expansionsabsichten der italienischen Imperialisten festgelegt.

Zur Einweihung des nationalen Werks werden im Gesetz die Ausgaben für 1979 auf das Niveau von 1977 eingefroren, erhöht nur um die seither durchgesetzten Lohnerhöhungen und einen 14prozentigen Zuschlag für die Sachanschaffungen. Bei einer Inflationsrate von in den letzten beiden Jah
Sachanschaffungen. Bei einer Infla-
tionsrate von in den letzten beiden Jahren insgesamt 30% tatsächlich eine beträchtliche Senkung. Im Pandolfi-Plan wird der Reformertrag für 1979 auf 1500 Mrd. Lire (3,5 Mrd. DM) kalkuliert. Mit der Einführung der Rezeptgebühr für „nicht notwendige Medikamente" z.B. für chronische Krankheiten ist ein Abschlag schon im Vorjahr eingeheimst worden. In diesem Jahr soll es mit der „Einführung weiterer Formen der Selbstbeteiligung an den Kosten für bestimmte Leistungen" weitergehen.

Regierung und Revisionisten versuchen, das Gesetz als einen ungeheuren Fortschritt zu propagieren, weil erstmals die „Vorbeugung" an die erste Stelle gesetzt werde. Der reine Hohn. Bei der Aufstellung von Karten über die Verwendung schädlicher und giftiger Stoffe soll selbstverständlich das „Industriegeheimnis" gewahrt werden, das Italien für Giftfabrikanten wie in Seveso schon immer außerordentlich anziehend gemacht hat. Und an die Stelle des bei den Arbeitern verhaßten Aufsichtsamtes ENPI, das aufgelöst wird, tritt ein „Institut für Vorbeugung und Arbeitssicherheit", bestehend aus – den bisherigen „Mitarbeitern" des ENPI.

US-Söldnerarmee nicht voll kriegsfähig

z.gek. Ein Bericht des Pentagon, wonach die Erfahrungen mit der sogenannten „Freiwilligenarmee" (nach den Niederlagen in Kampuchea und Vietnam war die Wehrpflicht wegen der Massendesertionen aufgehoben worden) überwiegend positiv seien, ist von der Obersten Generalität und im Kongreß der US-Bourgeoisie scharf kritisiert worden. Dem Bericht war u.a. zu entnehmen: Fast 40% der in die Armee Gelockten beenden ihre erste Dienstperiode nicht. Die Rekrutierungsämter kommen mit der Anwerbung der 340000 jährlich benötigten Rekruten nicht nach. In die Armee geht nur als Söldner, wer nichts mehr zu fressen hat. Die Zusammensetzung ist, vom Standpunkt der herrschenden Klasse, „schlechter" als auf dem Höhepunkt der Kriege in Indochina. Fast 40% der Rekruten in diesem Herbst waren Schwarze. Weiße Oberschul- und College-Absolventen, die das Unteroffiziers- und Offizierskorps der imperialistischen Armee abgeben sollen, sind kaum zu haben. Die Reservetruppen in den USA sind, für den Fall eines Krieges um Europa gerechnet, zur Hälfte unterbelegt, es würde 150 Tage dauern, um die ersten 100000 Mann an die Front nachzuschicken. Was heißt also: „überwiegend positiv", fragen die Generäle und Senatoren, wir sind nicht kriegsbereit! Sie fordern die sofortige Einführung eines Wehrerfassungs- und Musterungssystems sowie fettere Köder zur Anwerbung von Oberschul- und College-Absolventen als Unteroffiziers- und Offizierskader.

Unter sowjetischer Kontrolle: Erzabbau in der Mongolei

z.anb. Für die Bourgeoispresse der TASS war es „ein leuchtendes Beispiel für die Umsetzung des umfassenden Programms sozialistischer Integration durch die Bruderländer", als vor vier Wochen im Norden der Mongolischen Volksrepublik der erste Bauabschnitt eines Erzaufbereitungskombinats seiner Bestimmung übergeben wurde. Mehrere Hunderttausend Tonnen Kupfer und Molybdän soll es an die Sowjetunion zu treuen Händen liefern. Dafür hat der russische Direktor des Kombinats Sorge zu tragen. Um den Abbau der strategisch wichtigen Nicht-Eisen-Metalle der entlegenen Regionen des Ostens kostengünstig zu organisieren, wird eine eigene Eisenbahnlinie als Bestandteil des „Gemeinschaftsprojekts" der UdSSR mit der Mongolischen Volksrepublik, einem Mitglied des RGW, gebaut. Eine ganze aus dem Boden gestampfte Stadt in der unmittelbaren Umgebung des Bergwerks soll die mobile Arbeitskraft aufnehmen. Die vor allem von Viehzucht lebenden mongolischen Volksstämme widersetzen sich jedoch hartnäckig den Unterwerfungsplänen der Supermacht. Nur in ihren Träumen lassen sich die sowjetischen „Berater" von „Domestiken" bedienen. In einem Wegweiser für Parasiten bedauern die neuen Bourgeois die fehlenden „Annehmlichkeiten": in der Hauptstadt Ulan Bator gibt es kein „Nachtleben".

„Rahmengesetz" gegen Lohnkampf im öffentlichen Dienst

z.ulg.Rom. Mit einem „Rahmengesetz" will die Andreotti-Regierung die bevorstehenden Tarifkämpfe in den italienischen öffentlichen Diensten knebeln und spalten. Der Entwurf, der in dieser Woche im Ministerrat verab-

Peru: Generalstreik gegen IWF-Diktat

46% der Exporteinnahmen für Schuldendienst / Ausnahmezustand

z.mif. Der Schuldeneintreibungsplan des Internationalen Währungsfonds für Peru ist Makulatur. 1979 sollte das Jahr der großen Schuldentilgung werden; jetzt haben die versammelten Imperialisten einem Zahlungsaufschub für die 1,9 Mrd. Dollar, die in den nächsten zwei Jahren fällig sind, zustimmen müssen. Jedoch hat die Regierung unter General Bermudez sich jetzt eindeutig auf den Kurs des IWF festlegen lassen und tut alles, die Schulden und Zinsen aus den Arbeitern und Bauern herauszupressen mittels Ausbeutung, Steuern und Preisen.

Von Dienstag bis Donnerstag letzter Woche standen die Massen Perus im Generalstreik gegen dieses Programm.

Zum Generalstreik aufgerufen hatten der Gewerkschaftsbund CGTP, der Bauernverband CCP, die Lehrergewerkschaft SUTEP und die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes CITE, sowie andere Gewerkschaften und mehrere Parteien. Die wichtigsten Forderungen der gemeinsamen Plattform:

Lohnerhöhung von 10000 Soles (100 DM), Aufhebung der Preiserhöhung für Milch, Brot, Reis, Zucker und Medikamente, gewerkschaftliche Freiheiten, Streikrecht, demokratische Rechte, weg mit dem Militärgerichtsbarkeitsgesetz, keine Entlassung bei Streik, Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter.

„Austeridad" ist das Schlagwort, unter das die Regierung ihr Programm gestellt hat. Das heißt Askese, strenge Enthaltsamkeit. Sollen die Arbeiter und Bauern sich jetzt des Essens gänzlich enthalten? 1959 bereits ergab eine Untersuchung, daß der tägliche Kalorienverbrauch in den Anden bei 1620 lag, während die UNO für dieses Gebiet 3200 Kalorien als Mindestwert angab. Die Untersuchung, von den Imperialisten veranlaßt, stellte in Südperu einen „Verlust von 54% der Arbeitskapazität durch die Unterernährung" fest. Die imperialistische Lösung eines

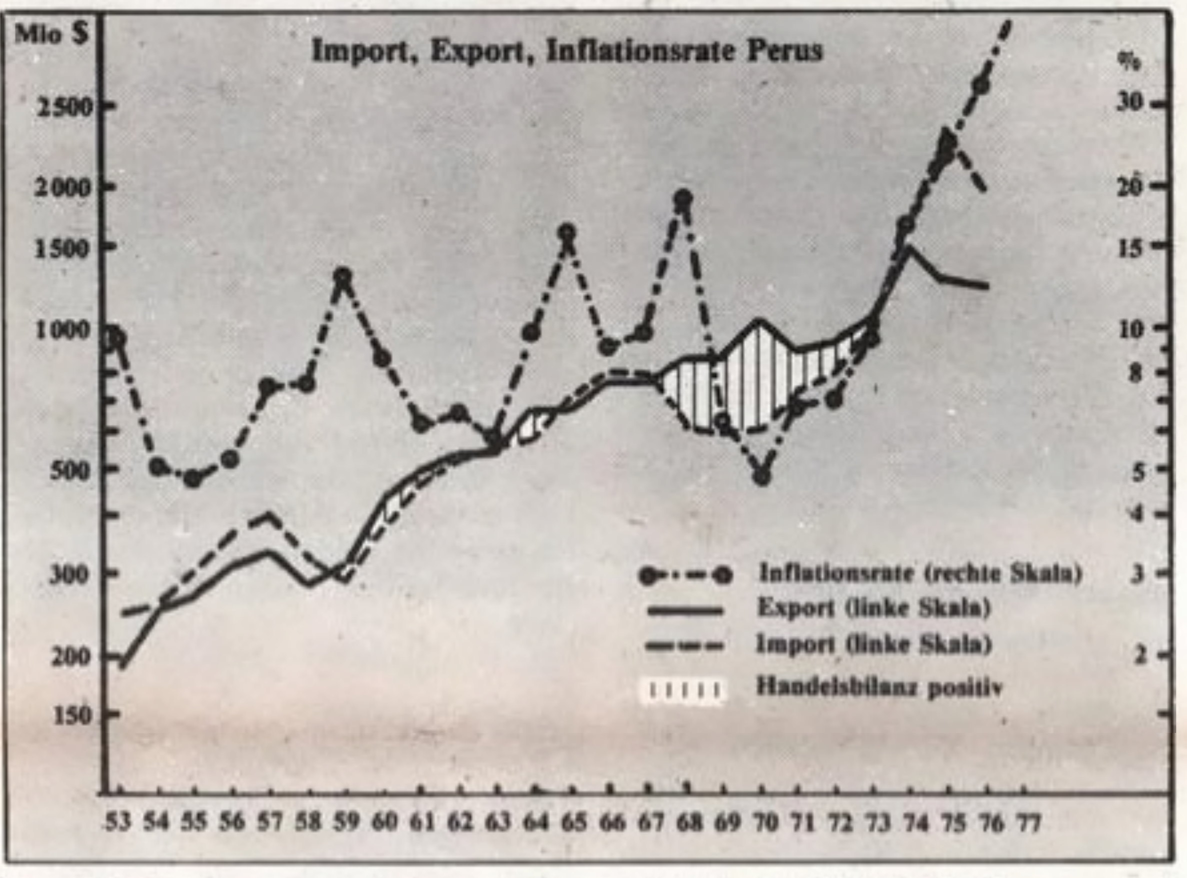
gab. Die Untersuchung, von den Imperialisten veranlaßt, stellte in Südperu einen „Verlust von 54% der Arbeitskapazität durch die Unterernährung" fest. Die imperialistische Lösung eines

solchen Problems ist der rasche Verschleiß der Arbeitskraft. Die armen Bauern wurden in die Städte getrieben;

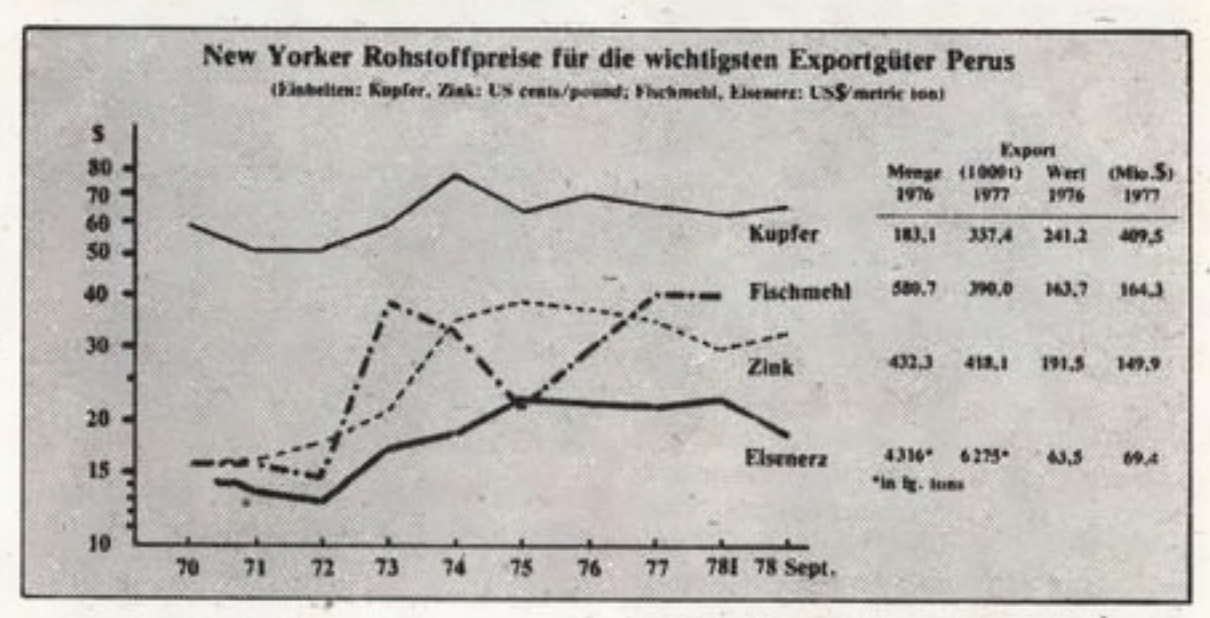
in den *barriadas*, den Elendsquartieren von Lima, lebten 1955 bereits 119000 Menschen, 1966 über 437000, ein Fünftel der Stadtbevölkerung.

Seit dem Unabhängigkeitskampf der südamerikanischen Nationen gegen die spanische Kolonialherrschaft im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts betrachtet das US-Kapital Südamerika als sein natürliches Beutegut. Den nationaldemokratischen Kampf der Arbeiter und Bauern Perus suchte 1968 mit dem Militärputsch der Sozialimperialismus vor seinen Karren zu spannen. Die Militärregierung enteignete mehrere US-Konzerne gegen Entschädigung, ließ japanisches und sozialimperialistisches Kapital herein und verpfändete die Reichtümer des Landes, die Arbeitskraft der Arbeiter und Bauern, die Bodenschätze und den Fisch.

Gleichzeitig setzte die Regierung die 200-Meilen-Zone durch und war Gastgeber des Kongresses der Blockfreien Staaten 1975. Ab 1974 wurde die Regierung mit ihrer Aufgabe nicht mehr fertig – die Zinsen und Schuldentilgungszahlungen mußten eingetrieben werden; dem stand der Kampf der Arbeiter und Bauern entgegen. Der Putsch 1976 war Ausdruck davon, daß die westlichen Imperialisten doch noch die Nase vorn hatten gegenüber dem Sozialimperialismus. Ab sofort brach die Beauftragte des Währungsfonds, Linda Koenig, in regelmäßigen Abständen in Lima zur Inspektion ein und ließ sich Bericht erstatten über den Fortgang der Geld- und Schweißauspressungsbemühungen. Die Regierung ließ sich Zug um Zug auf den Kurs des IWF zwingen. Die US-Imperialisten haben mittlerweile wieder über 50% der bedeutenden Kupferproduktion Perus in der Hand. Im November vermerkten die Imperialisten befriedigt, daß nun eine bis zu 20%ige Beteiligung ausländischen Kapitals an peruanischen Geschäftsbanken gesetzlich erlaubt ist; kurz darauf wurde das 1,9 Mrd. Dollar-Zahlungsmoratorium gewährt. „Von dem gestundeten Betrag entfallen 801,1 Mio. $ auf 270 internationale Banken, 146 Mio. $ auf die UdSSR, 588 Mio. $ auf den aus 14 Staaten gebildeten „Pariser Club", 113 Mio. $ auf 5 lateinamerikanische Länder, 61 Mio. $ auf andere sozialistische Staaten und 225 Mio. $ auf den IWF" (Nachrichten für Außenhandel, 28.11.78). Die gesamten Auslandsschulden Perus betragen 8 Mrd. Dollar; schon zu Beginn des letzten Jahres mußte Peru 46,3% seiner Exporterlöse für Schuldendienste und Zinszahlungen aufwenden. Mit der erzwungenen Abwertung des Sol (gegenüber der DM in zwei Jahren um 400%) wird es für Peru praktisch unmöglich, die Schulden zu tilgen. Die nächste Forderung der Imperialisten drückte die „Neue Zürcher Zeitung" so aus, daß „bisher von 5 Mio. Peruanern im Erwerbsalter heute bloß 80000 effektive Steuerzahler" sind. (2.12.78)



Handelsbilanz positiv
53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77



	Export Menge (1000t) 1976	1977	Wert (Mio.$) 1976	1977
Kupfer	183,1	337,4	241,2	409,5
Fischmehl	580,7	390,0	163,7	164,3
Zink	432,3	418,1	191,5	149,9
Eisenerz	4316*	6275*	63,5	69,4

*in lg. tons





Bild links: Schüler fordern: Weg mit den Fahrpreiserhöhungen, Weg mit den Benzinpreiserhöhungen. Die Fahrkosten machen für viele Familien bis zu einem Viertel des Monatslohns aus. – Bild rechts: Bauern in Lucrepata besetzen 50 ha Land. Die staatlich geleiteten Genossenschaften, nach dem Putsch 1968 eingeführt, sind Ausbeutungszentralen, gegen die die Bauern kämpfen.

In Afghanistan werden die Sozialimperialisten keine Ruhe finden

z.hku. 29 Verträge haben die Sozialimperialisten Afghanistan inzwischen aufzwingen können, darunter den berüchtigten „Freundschaftsvertrag", der ihnen unverhohlen das Interventionsrecht garantiert. Dennoch: die Bilanz ist für die Sozialimperialisten alles andere als rosig.

„Mohammed Nur Taraki mußte in letzter Zeit wiederholt feststellen, daß imperialistische Kreise von außen daran arbeiten, weitere Kräfte, vor allem ‚Mitglieder der Muslimbrüderschaft, Linksextremisten, engstirnige Nationalisten und andere dem Imperialismus verbundene Elemente' für Aktivitäten gegen die Revolution und gegen die Volksmacht zu rekrutieren". – Das ist die Sprache der Sozialimperialisten, in Äthiopien, Angola, Vietnam, wo immer sie dabei sind, unter der Flagge von „Frieden und Fortschritt" ein Volk unter den Stiefel zu treten. –

die Sprache der Sozialimperialisten, in Äthiopien, Angola, Vietnam, wo immer sie dabei sind, unter der Flagge von „Frieden und Fortschritt" ein Volk unter den Stiefel zu treten. –

„Er teilte mit, daß an einigen Orten bewaffnete Überfälle stattfänden, auf die die Sicherheitskräfte die entsprechende Antwort erteilen". (Neues Deutschland, 4.1.79)

„Bewaffnete Überfälle" hat es in Afghanistan allerdings seit dem sozialimperialistisch inszenierten Putsch im April 1978 gegeben. Die Bewohner der Dörfer um Kabul (Hauptstadt des Landes) haben im Mai Einheiten der Armee entwaffnet und nach Hause geschickt. Die Bergvölker der Pachtanen, Bauern und Hirten, an denen sich schon die britischen Imperialisten die Zähne ausgebissen haben, bilden auch heute das Rückgrat des bewaffneten Kampfes gegen das Taraki-Regime und seine Politik des Ausverkaufs des Landes. Die „Afghanistan Islamic Revolution Movement" hat kürzlich mitgeteilt, daß sie in erfolgreichen Angriffen mehrere sowjetische Panzer zerstört und einen sowjetischen Offizier in afghanischer Uniform getötet hat. Das Taraki-Regime ist offensichtlich nicht mehr in der Lage, die nordöstliche Provinz mit Zentrum Feisabad zu kontrollieren. Es sucht Zuflucht in mörderischen Luftangriffen.

Die Volksstämme der Pachtanen wie die Belutschis im Süden leben in Afghanistan und im benachbarten Pakistan. Das ist das Erbe des britischen Imperialismus, der 1897 mit der „Durant-Linie" eine willkürliche Grenzlinie zu Indien zog. In den letzten Jahren haben die Sozialimperialisten diese Grenzfrage geschürt und lauthals die Bildung eines autonomen Gebietes „Paschtunistan" propagiert, das ein Drittel Pakistans bis hinunter



das ein Drittel Pakistans bis hinunter



In den Bergdörfern werden nach wie vor die Waffen selbst produziert.

zum Meer umfassen soll. Das zielt auf eine weitere Schwächung Pakistans, um endlich den alten Zarentraum vom Zugang zum Indischen Ozean zu verwirklichen. Die Sozialimperialisten haben vergeblich darauf gesetzt, die afghanischen Volksstämme zum Werkzeug ihrer Expansion zu machen. Die Bergvölker, die sich noch nie viel um imperialistische Grenzen geschert haben, sind vielmehr eine entscheidende Kraft im Befreiungskampf der Nation.

schiedet werden soll, ist kürzlich bekanntgeworden. Bisher bedurften die Tarifverträge für die öffentlichen Dienste der Zustimmung durch das Parlament, die oft monate- oder gar jahrelang verschleppt wurde. Künftig sollen die geschlossenen Tarife gleich gelten. Können sie auch, denn verhandelt werden darf überhaupt nur im Rahmen eines vom Schatzminister festgelegten Volumens. Im Tarifvertrag muß angegeben werden, wie der Abschluß im Rahmen dieses Volumens zu finanzieren sei. Gleichzeitig sind gemeinsame Tarifverträge für mehrere Zweige des öffentlichen Dienstes in Lohnfragen unzulässig. So hätten sie's gern: Statt gemeinsam gegen die Dienstherren zu kämpfen, sollen die Einzelgewerkschaften übereinander herfallen, um von dem berüchtigten „Kuchen" ein karges Stück zu ergattern. Für die Tarife der Dienstherrn selber soll zwecks Schmierung ein besonderes Gesetz gelten, Soldaten und Polizisten soll die Tariffreiheit weiterhin überhaupt verweigert werden. Und über anderes als Lohn und Arbeitszeit sollen gar keine Tarifverträge möglich sein. Einheitliche Forderungen und Streik werden gegen das Lohnsenkungs-„Volumen" *helfen*.

Österreichische Imperialisten: „Schutzmacht für Südtirol"

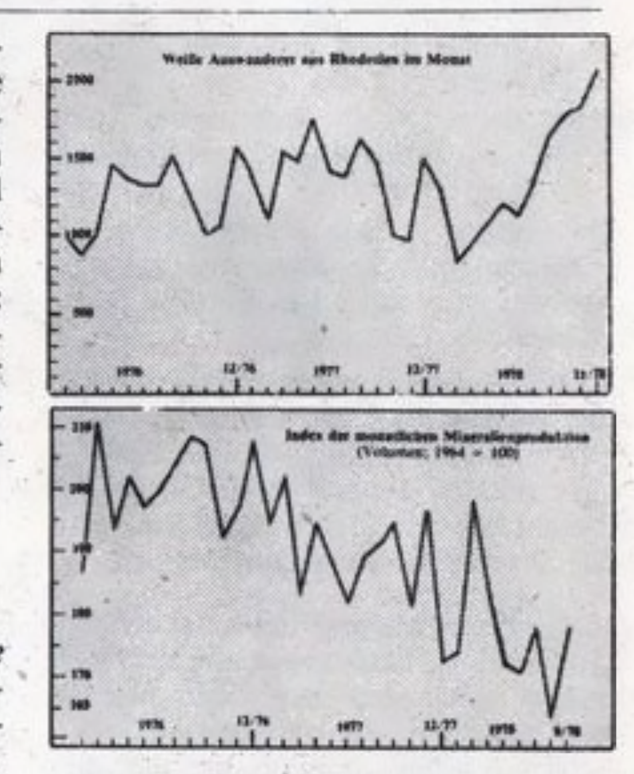
z.pek.Wien. Durch willkürliche Grenzziehung am Ende des Ersten imperialistischen Weltkrieges wurde das überwiegend deutschsprachige Südtirol dem Staatsgebiet der italienischen Imperialisten zugeschlagen. Die Gier der österreichischen Imperialisten, die Arbeiter und Bauern des „verlorenen Gebiets" wieder selbst auszubeuten, ist seither nie zur Ruhe gekommen. „Südtirol muß wieder österreichisch werden!", lautet ihr Schlachtruf. Anfang Januar haben die drei bürgerlichen Parlamentsparteien einen Gesetzesentwurf vorgelegt, wonach deutschsprachige Südtiroler, die ihre Arbeitskraft in Österreich verkaufen müssen, zu „Vorzugsbedingungen" ausgebeutet werden sollen. Während die reaktionären Ausländergesetze in den letzten Jahren zur Spaltung und Unterdrückung der Arbeiterklasse ständig verschärft wurden, sollen sie jetzt ausgerechnet für *diesen* Teil der Arbeiter mit fremder Staatsangehörigkeit gemildert werden. Die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen sollen für die deutschsprachigen Arbeiter aus Südtirol entfallen. Damit wollen die österreichischen Imperialisten, wie ihr Außenminister Pahr erklärte, ihre „Schutzmachtfunktion für Südtirol" bekräftigen.

Neue Kämpfe im Tschad

z.jon.Paris. Am 29.12. wurden bei Gefechten gegen die nationale Befreiungsfront des Tschad, FROLINAT, mehrere Regierungssoldaten getötet und gefangen genommen. In der Hauptstadt N'Djamena explodierte eine Bombe in einem von französischen Besatzungstruppen besuchten Kino. Trotz ihres Expeditionskorps von über 2000 Mann, die Militärs zur „Beratung" der Regierungsarmee nicht gerechnet, trotz ihrer Jaguar-Flugzeuge gelingt es den französischen Imperialisten nicht, die tschadische Befreiungsbewegung zu unterdrücken. Am 27.3.78 war ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der FROLINAT und der Regierung des Tschad nach dem Prinzip geschlossen worden, daß die afrikanischen Staaten ihre Angelegenheiten ohne fremde Einmischung lösen. Es scheiterte, weil die französischen Imperialisten nicht abzogen. Im August versuchten sie, die FROLINAT zu spalten. Der ehemalige FROLINAT-Führer Hissené Habré wurde Ministerpräsident, nachdem er die französische Besetzung anerkannt und auf die Forderung nach Abzug der französischen Monopole verzichtet hatte. Im Tschad gibt es bedeutende Uran- und Erdöl-Vorkommen. Nach den jüngsten Kämpfen schreibt Le Figaro besorgt: „Die Lage im Tschad scheint sich wieder zu verschlechtern." Im Dezember streikten die Beschäftigten des Erdölkonzerns Shell in N'Djamena für mehrere Tage um höheren Lohn.

Kolonie Rhodesien schwer angeschlagen

z.hef. Schaubild 1 zeigt die *offizielle* Auswandererzahl, ohne die „Urlauber", die nicht zurückkehren. Der Novembertiefpunkt von 1976 und 1977 – wegen des Schulferienbeginns im Dezember – fehlt 1978 völlig. Mit dem bewaffneten Befreiungskampf vertreibt das Volk nicht nur die Siedler, es bringt auch die Ausplünderungsökonomie der Imperialisten zum Zusammenbruch. Die *Bergwerksproduktion* (Schaubild 2) ist niedriger als 1972. Die *landwirtschaftliche Produktion* sinkt, die „einst mächtige rhodesische Rindfleischindustrie", schreibt die südafrikanische Rand Daily Mail, sei „kurz vor dem Zusammenbruch." In den letzten 5 Monaten des Jahres 1978 sank die *Industrieproduktion* nach Angaben des Siedlerregimes um 2,6% gegenüber dem Vorjahr. Die Elektrizitätskomission gab im November bekannt, der Stromverbrauch sei erstmals in ihrer Geschichte gefallen, in dem Geschäftsjahr bis zum 30. Juni 1978 um 7,2% im Vergleich zum Vorjahr.



Zielstrebige Aggressionsvorbereitung der Sozialimperialisten

Neue Zeit (Moskau), 17/75
Kambodscha frei

Der 17. April 1975, an dem Phnom Penh befreit wurde, wird zweifellos in die Geschichte Kambodschas als eines der denkwürdigsten Daten des Kampfes eingehen, den das Khmer-Volk um seine Freiheit und Unabhängigkeit führte... Dieses Regime mußte zusammenbrechen... Schließlich begannen das selbst die Bosse des Regimes und ihre Beschützer in den USA zu begreifen... Am 1. April verließ „Präsident" Lon Nol Phnom Penh. Er war der eigentliche Drahtzieher des Putsches vom 18. März 1970 gewesen, nach dem ganz Kambodscha von den Kriegsflammen erfaßt wurde... Die Soldaten und Offiziere der Marionettenarmee ließen ihre Waffen im Stich und entledigten sich ihrer Uniformen... Die Sowjetunion wird die traditionellen Beziehungen der Freundschaft und der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern auch weiterhin entwickeln und das kambodschanische Volk in seinen Bemühungen unterstützen, ein friedliches, unabhängiges, neutrales, demokratisches und blühendes Kambodscha aufzubauen.

Neue Zeit, 27/75
Avantgarde in Südostasien

... Das geeinte Vietnam ist heute die Avantgarde des Sozialismus in Südostasien, ein Kern, um den sich die antiimperialistischen und friedliebenden Kräfte dieser Region zusammenschaaren.

Neue Zeit, 44/77
Kampuchea auf neuen Wegen

... Die KPdSU und die Sowjetregierung haben stets den Kampf unterstützt, den das Volk Kampucheas, geführt von dessen Kommunistischer Partei, für Freiheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität ausficht. Anfang Oktober hat das ZK der KPdSU dem ZK der KPK anläßlich der offenen Bekanntgabe ihres Bestehens ein Begrüßungsschreiben zugehen lassen, in dem es ihm wünscht, das sozialistische Kampuchea erfolgreich aufzubauen, dessen Wirtschaft zu stärken, den Wohlstand des Volkes zu heben und den Frieden in Indochina und Südostasien mit Erfolg zu gewährleisten.
asien mit Erfolg zu gewährleisten.

Neue Zeit, 7/78
An der Vietnamesisch-kampucheanischen Grenze

... Bekanntlich hat sich Vietnam bereits wiederholt an Kampuchea gewandt mit dem Aufruf, unverzüglich Verhandlungen über eine Beilegung des Grenzkonflikts auf jeder Ebene und an jedem Ort aufzunehmen. Doch Kampuchea hat auf diesen, von gutem Willen zeugenden Vorschlag nicht positiv geantwortet. Die kampucheanische Seite, hieß es in einem Kommentar der „Stimme Vietnams", hat Vorbedingungen gestellt, die auf falschen Anschuldigungen gegen die SRV basieren – u.a. die Behauptung, Vietnam dürfe Kampuchea nicht zwingen, einer Föderation Indochinas beizutreten.

Darüber kann man nur staunen. Kampuchea unterstellt Vietnam Absichten, die es nie haben konnte.

Neue Zeit, 45/78
Den Taifunen zum Trotz

... Chinesische „Berater" gibt es nun schon fast in jedem Zug. Sie bearbeiten die kampucheanischen Soldaten im Geiste des Hasses auf ihren vietnamesischen Nachbarn, suggerieren ihnen den Gedanken an die „Notwendigkeit, mit den Vietnamesen abzurechnen" und große Territorien Südvietnams Kampuchea einzuverleiben.

Prawda, 25.8.78
Pekings Rezept folgend

Der amerikanische Senator McGovern, bekannt für seine harte Kritik an der US-Aggression in Indochina, schlägt jetzt Alarm über die Tatsache, daß in den drei Jahren seit Kriegsende „zweieinhalb Millionen von Kambodschas 7 1/2 Millionen Einwohnern durch Hunger, Krankheit und Hinrichtungen umgekommen sind".

Der Grund für diese Katastrophe ist gut bekannt. Kampuchea und sein Volk wurden die ersten Opfer der Versuche, die absurden maoistischen Ideen, die Peking den Führern dieses Landes aufgedrängt hat, auszuführen.

Hunderttausende Kampucheaner starben an Hunger, aber Kampucheas Führer, auf Pekings Beharren, importierten weder Nahrungsmittel noch Konsumgüter, noch Ausrüstungen für die Wiedererrichtung der nationalen Wirtschaft. Stattdessen importierten sie chinesische Waffen, die wiederum auf Pekings Anweisung gegen ihre frü-
auf Pekings Anweisung gegen ihre frü-
heren Waffenbrüder – das sozialistische Vietnam – eingesetzt werden sollen. Gleichzeitig begannen die kampucheanischen Führer, eine Politik des grausamen Terrors innerhalb des Landes zu verfolgen, Pekings Rezept folgend, jede Manifestation der Unzufriedenheit zu unterdrücken.

Nach der Invasion: Erklärung des vietnamesischen Außenministeriums

(inoffizielle Übersetzung / Auszüge)

... Angesichts der Gefahr ihres Sturzes verbreitet die Pol Pot-Ieng Sary-Clique ständig verleumderische Nachrichten, wonach Vietnam eine Aggression großen Umfangs gegen Kampuchea richte und fordert die Einberufung des UNO-Sicherheitsrats... Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam weist diese verlogenen Behauptungen der Machthaber in Phnom Penh mit Entschiedenheit zurück und stellt ihren Standpunkt mit aller Deutlichkeit wie folgt dar:

1. In den vergangenen drei Jahren hat die Pol Pot-Ieng Sary-Clique im Dienst der expansionistischen Politik Pekings eine äußerst brutale Politik verfolgt, die für das kampucheanische Volk eine Gefahr der Ausrottung hervorrief.

Sie betreibt eine Politik des Krieges und des Konfliktes gegen alle Nachbarländer und stört damit den Frieden und die Stabilität in Südostasien. Wo es Unterdrückung gibt, entsteht der Widerstandskampf.

Die Bildung der Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung ist eine folgerichtige Entwicklung der breiten, unaufhaltsamen Erhebung zur Rettung des kampucheanischen Volkes und der Nation. Der Kampf zum Sturz der Pol Pot-Ieng Sary-Clique ist eine absolut innere Angelegenheit Kampucheas. Niemand hat das Recht, sich einzumischen.

Im politischen Programm der FUNKSN sind die Ziele des revolutionären Kampfes des kampucheanischen Volkes als aktiver Beitrag zur Erhaltung des Friedens und der Stabilität in Südostasien formuliert. Sie bestehen in dem Bestreben, die Ausrottung der Bevölkerung zu verhindern und ein glückliches Leben in Unabhängigkeit, Freiheit und voller Menschenwürde aufzubauen; eine Außenpolitik des Friedens, der Freundschaft und der guten Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und anderen Staaten in Südostasien zu entwickeln, wie sie den Zielen der Nichtpaktgebundenheit und der UNO-Charta entspricht...

Die FUNKSN verfolgt das Ziel, den von der Pol Pot-Ieng Sary-Clique entfachten Grenzkrieg gegen die Sozialistische Republik Vietnam zu beenden und über die Probleme in den Beziehungen beider Staaten friedliche Verhandlungen zu führen...

Andere Länder dürfen sich nicht einmischen, da dies im Widerspruch zur UNO-Charta steht. Diese Machenschaften, mit denen die Pol Pot-Ieng Sary-Clique die UNO für die Rettung ihres faschistischen Regimes mißbrauchen will, werden von der ganzen Menschheit angeprangert. Das zeigt, daß sich dieses Regime auf dem Weg zur endgültigen Niederlage befindet.

Die Aggression gegen das Demokratische Kampuchea

– Internationale Presseschau –

Aktuelle Kamera, 7.1.1979
(Nachrichtensendung der DDR)

Einheiten der revolutionären Streitkräfte Kampucheas haben heute mit Unterstützung der aufständischen Bevölkerung die Landeshauptstadt Phnom Penh befreit. Das meldet die Nachrichtenagentur des ZK der Nationalen Einheitsfront Kampucheas für nationale Rettung SPK. Wie die Agentur im einzelnen berichtet, traten die revolutionären Streitkräfte aus mehreren Richtungen zum Sturm auf Phnom Penh an, nachdem sie die Hauptkräfte der Armee des Regimes Pol Pot / Ieng Sary aufgerieben und den äußeren Verteidigungsring des Gegners gesprengt hatten. Um 6.30 Uhr MEZ war die Hauptstadt vollständig befreit. Das diktatorische und militaristische Regime ist völlig zusammengebrochen, betont SPK... Alle Organisationen und Behörden der volksfeindlichen Phnom Penher Diktatur einschließlich der Geheimpolizei wurden für aufgelöst erklärt. Die Nationale Einheitsfront rief die Bevölkerung auf, in allen Ortschaften des befreiten Gebietes Selbstverwaltungsorgane zu schaffen.

Das Außenministerium der SRV hat kategorisch die Verleumdungen der reaktionären Clique Pol Pot / Ieng Sary zurückgewiesen, wonach Vietnam eine Aggression gegen Kampuchea unternommen hätte. In einer in Hanoi veröffentlichten Erklärung heißt es, Vietnam stimme vollkommen mit der Meinung der Einheitsfront für Nationale Rettung Kampucheas überein, daß die Forderung nach Einberufung des UNO-Sicherheitsrates zur Prüfung der Beziehungen zwischen beiden Staaten eine Verletzung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Kampucheas ist und in Gegensatz zur UNO-Charta steht.

Aktuelle Kamera, 8.1.1979

... Das kampucheanische Volk verfüge mit seinem Sieg über die Clique um Pol Pot und Ieng Sary über alle Voraussetzungen, um ein wirklich friedliches, unabhängiges, demokratisches, neutrales, nichtpaktgebundenes und zum Sozialismus schreitendes Kampuchea aufzubauen. Das betont heute die führende vietnamesische Zeitung „Nhan San". Es leiste damit einen aktiven Beitrag zum gemeinsamen Kampf für Frieden und Stabilität in Südostasien. Mit dem Sieg der kampucheanischen Revolution finde der heldenhaf-
schen Revolution finde der heldenhaf-
te Kampf der Bruderländer von Vietnam, Laos und Kampuchea für Unabhängigkeit und Freiheit seinen Abschluß, schreibt „Nhan San". Es werde eine neue Ära eingeleitet. Die Traditionen der Solidarität der drei Völker seien zu einer unerschütterlichen Kraft geworden."

Aktuelle Kamera, 9.1.1979

Die Sowjetunion hat den Sieg der revolutionären und patriotischen Kräfte Kampucheas und die Schaffung eines revolutionären Volksrates als ein Ereignis von historischer Bedeutung charakterisiert. In einer Glückwunschbotschaft Leonid Breschnews und Alexey Kossygins an Heng Samrin wird der Volksrat als die einzig legitime Regierung Kampucheas und der wahrhafte Vertreter des Willens und der Interessen des kampucheanischen Volkes bezeichnet. Auch die Sozialistische Republik Vietnam, die Volksdemokratische Republik Laos und die Demokratische Republik Afghanistan haben den Revolutionären Volksrat Kampucheas anerkannt...

Wie SPK mitteilt, riefen die revolutionären Organe die versprengten, in unwegsame Gebiete geflohenen Truppen des Feindes auf, sich zu ergeben.

Sie sollten sich den revolutionären Streitkräften anschließen, wie es das 11-Punkte-Programm der Nationalen Einheitsfront vorsieht... Leonid Breschnew betonte heute vor Mitarbeitern des amerikanischen Nachrichtenmagazins „Time" in Moskau, das Volk Kampucheas habe sich gegen das ihm verhaßte Regime erhoben, gegen eine Tyrannei, die dem Volk von außen aufgezwungen worden sei. Dies sei das Recht des Volkes. Im Lande habe ein prochinesisches Regime geherrscht, sozusagen das chinesische Modell einer politischen Unterordnung. Die Massenvernichtung von Menschen in Kampuchea sei nichts anderes gewesen als eine chinesische Kulturrevolution in Aktion auf fremdem Territorium, unterstrich Leonid Breschnew.

Aktuelle Kamera, 10.1.1979

... Tausende Kampucheaner, die vor mehr als drei Jahren vom reaktionären Pol Pot-Regime mit Waffengewalt zur Zwangsarbeit verschleppt worden waren, kehrten in ihre Heimatdörfer zurück. Auch in der nordöstlichen Provinz Kratie beginnt sich das Leben zu normalisieren... Die Pol Pot / Ieng Sary-Clique hatte Städte und Dörfer entvölkert, ihre Einwohner ermordet oder in getarnte Konzentrationslager getrieben... Auf Beschluß der Nationalen Einheitsfront wurden der Bevölkerung in allen befreiten Gebieten die Bürgerrechte wiedergegeben. Auch die Glaubensfreiheit wurde wiederhergestellt...

Prawda, 3.1.1979
Die Tragödie Kampucheas

Tokio (TASS). Massive Unterdrückungen, Verletzung der Grundrechte des Menschen und Zerstörung der nationalen Wirtschaft – dies ist die tragische Realität des heutigen Kampuchea, so schreibt die Zeitung „Akachata" in der Artikelserie „Kampuchea unter der Herrschaft von Pol Pot". Die demokratischen Kräfte der ganzen Welt, die den Befreiungskrieg des kampucheanischen Volkes unterstützt und sich über dessen Sieg gefreut haben, verfolgen mit Bitterkeit die Entwicklung der Ereignisse in diesem Lande, vermerkt die Zeitung. Phnom Penh und andere Städte Kampucheas sind menschenleer, Geldverkehr und das Banksystem sind aufgehoben, das Handelssystem liquidiert, die Entlohnung abgeschafft, ein freier Ortswechsel verboten. Im Land sind die Herrschaft eines massiven Terrors und Zwangsarbeitslager errichtet worden.

Nach Errichtung der neuen Macht wurden ohne Gerichte und Gerichtsuntersuchungen praktisch alle Angehörigen des früheren Staatsapparates verfolgt und in vielen Fällen auch deren Familien. Einer Hetzjagd und Verfolgung wurde die Intelligenz unterworfen: Gelehrte, Ingenieure, Ärzte und Lehrer wurden der „politischen Unzuverlässigkeit" beschuldigt, sie wurden vernichtet oder in Spezialsiedlungen mit „strenger Herrschaft" getrieben.

Derzeit können in Kampuchea Kranke keine medizinische Hilfe wegen Mangel an Ärzten erhalten. Die Unterdrückung seitens der Regierung von Pol Pot hat sich auf alle Gebiete in Kampuchea erstreckt, fährt die Zeitung fort. Einige Millionen Städtebewohner sind mit Gewalt in ländliche Gebiete übersiedelt worden. Sie haben keinerlei Privatbesitz, ausgenommen einer Tasse und eines Löffels; Eheleute sind voneinander getrennt; um sich zu treffen, brauchen sie eine Sondergenehmigung von der Regierung. Die Kinder werden mit 6 Jahren den Eltern weggenommen und zur Erziehung in „öffentliche Heime" gegeben. Mit 13 bis 14 werden sie in „bewegliche Arbeitstrupps" gefaßt.

In der Absicht, das kampucheanische Volk zu unterdrücken und einzuschüchtern, bestraft die Pol Pot-Regierung die Menschen äußerst hart auch für kleinste Vergehen, schreibt die Zeitung „Ackachata". Wer nur im geringsten Unzufriedenheiten mit der jetzigen Regierung äußerte, verlor seine Arbeit, wer sich über das schlechte Essen beklagte, der wurde nicht nur zum Objekt der „Umerziehung" gemacht, sondern wurde auch Strafen wie Essensentzug oder Auspeitschungen unterzogen. Für zwei bis drei solcher Vergehen droht die Todesstrafe. Seit 1977 wurden solchen Unterdrückungen viele führende Mitglieder des unteren Parteiapparates unterworfen, die a.n Regime von Pol Pot Kritik übten.

Zwangsarbeit, Gesetz- und Rechtlosigkeit, heftigste Unterdrückung aller Unzufriedenen – das sind heute die Lebensbedingungen von vielen Millionen von Kampucheanern. Kampuchea, das durch die volksfeindliche Regierung von Pol Pot in ein riesiges Konzentrationslager verwandelt worden ist, durchlebt dunkle Tage der nationalen Tragödie.

Prawda, 6.1.1979
Widerlegung der verleumderischen und lügenhaften Erfindungen

New York, 5., (TASS). Die USA haben sich faktisch mit einem der unterdrückerischsten und blutigsten Regime solidarisiert – der Clique Pol Pot / Ieng Sary in Kampuchea. Das State Department der USA gab eine Erklä-
Department der USA gab eine Erklärung ab, in der es nicht nur die Forderung der Machthaber in Phnom Penh unterstützt, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen möge einberufen werden und ihre verleumderischen und lügenhaften Erfindungen behandeln, sondern die auch direkte Angriffe auf die Sozialistische Republik Vietnam enthält. Das Regime von Phon Penh wurde von der kürzlich zusammengetretenen Generalversammlung der UNO scharf kritisiert. Der Außenminister Kanadas etwa, D. James, nannte die Lage in Kampuchea „tragisch".

„Alle Zeugenberichte deuten darauf hin", sagte er, „daß die Regierung von Kampuchea systematisch die elementaren Rechte ihrer Bürger verletzt und daß Unterdrückung und Mord fortgesetzt werden". Er forderte die UNO auf, wirksame Maßnahmen zur Beendigung der Zwangssituation in Kampuchea zu ergreifen...

Die US-Imperialisten wollen im Trüben fischen

USA
Wall Street Journal, 5.1.1979

Die neue US-Stellungnahme hat Vietnam wegen „bewaffneter Intervention in die inneren Angelegenheiten einer souveränen Nation" kritisiert. Sie besagt, daß wir „aus prinzipiellen Gründen nicht das Gefühl haben, daß eine einseitige Intervention" gegen Kambodscha „gerechtfertigt ist", obwohl die Vereinigten Staaten „große Vorbehalte gegenüber den Menschenrechtsverletzungen" des Regimes haben.

„Große Vorbehalte haben"? Mit Sicherheit verdient das Demokratische Kampuchea, mit seinen Morden, Schlägen und seiner Zwangsarbeit stärkere Worte als das. Tatsächlich ist nicht einzusehen, warum die Regierung dem gegenwärtigen indochinesischen Durcheinander eine solche öffentliche Aufmerksamkeit verleiht. – Wohl wahr, die Gründe, warum wir behilflich sind, diese Sache vor die UNO zu bringen, sind nicht unrespektabel. Im allgemeinen mag es vielleicht eine ganz gute Idee sein, auf dem Prinzip der Nicht-Aggression zu beharren. (...)

Aber es wäre doch ein ziemlich groteskes Resultat, wenn unser erstes Ausspielen der China-Karte uns dazu zwingen würde, uns für eine Regierung einzusetzen, die vielleicht das abscheulichste Regime auf diesem Erdball ist.

International Herald Tribune, 5.1.1979
Kambodscha in Guadeloupe

Mr. Carter hat versucht, seine Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen Kambodschas und seine Opposition gegen die vietnamesichen Versuche, das Regime in Phnom Penh zu stürzen, in Balance zu halten...

Mag sein, daß sich eine solche Haltung besser unter tropischem Himmel als unter den gleißenden Scheinwerfern einer Pressekonferenz erklären läßt.

Aber sie ist in Guadeloupe nicht leichter verständlich und akzeptabel als in Washington. Die Hauptfrage ist doch, ob es einen neuen größeren Krieg in Indochina geben wird, einen, in den fast mit Sicherheit die Sowjetunion und China hineingezogen werden, und der somit den Weltfrieden schwer bedrohen könnte... Offiziell unterstützen die Vereinigten Staaten den kambodschanischen Versuch, die Vereinten Nationen ins Spiel zu bringen. Und das dürfte auch der beste Kurs sein.

BRD
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.1.1979

Die politische Szene ist makaber: In New York antichambriert Prinz Sihanouk im Hochhaus der Vereinten Nationen. Er will die Weltorganisation um Hilfe für Kambodscha bitten. Aber für welches Kambodscha? Die Regierung, die ihn beauftragte, ist von den kriegerischen Ereignissen weggefegt worden. Eine Regierung zudem, die eher eine politische Bande war und die den Prinzen wie einen Gefangenen hielt... Moskau hat auf Vietnam gesetzt, und jeder, der versucht, Hanoi die Beute abzujagen, die es in Kambodscha gemacht hat, legt sich mit den Russen an. Sihanouk wird also vorerst ein König ohne Land bleiben. Wer will sich schon gegen das Veto der Sowjets wenden?

Doch die Sowjets spielen mit dem Feuer. Sie verstoßen gegen strategische Gesetze. Das Vorfeld in Südostasien ist chinesische Interessensphäre. Auch die Vereinigten Staaten werden auf die Dauer nicht nur mit Händeringen und Gebeten dieser negativen strategischen Entwicklung zusehen können.

12.1.1979
Flagge zeigen

Früher, unter Johnson und Nixon, konnte ein Flottenaufmarsch im Chinesischen Meer oder die Verminung von Haiphong den Kreml auch beeindrucken,... Aber wie ist es mit der Glaubwürdigkeit der Regierung Carter, wenn sie die Muskeln spielen läßt?

Die Frage stellen, heißt noch nicht, sie beantwortet zu haben. Doch steht sie für den großen Zweifel an der Richtigkeit der Strategie des Weißen Hauses im allgemeinen und an der Durchsetzungskraft im besonderen. Erinnerungsstützen: Angola, Äthiopien, Rhodesien, Afghanistan. Die beiden Großen sprachen einmal in Gefahrensituationen die gleiche Sprache. Sie wußten sogar Nuancen richtig zu interpretieren, wenn die Lage kritisch wurde. Heute hat es der östliche Gigant, wie es scheint, gar nicht mehr nötig zuzuhören. Denn der westliche Riese benimmt sich wie ein Papiertiger.

Frankreich
Le Figaro 11.1.1979

In Paris hat der Sprecher des Elysee, Pierre Hunt, erklärt, daß Frankreich voller Mitgefühl für die Leiden des kambodschanischen Volkes ist. Frankreich ist der Meinung, daß sich dringend ein wirklich unabhängiges, demokratisches und friedliches Regime in diesem Land installiert.

Schweden
Sveriges Radio, Nachrichtensendung, 9.1.79
Interview mit Palme, Vorsitzender der schwedischen Sozialdemokraten

Sprecher: Aber wenn nun Vietnam die Mittel hat, um Krieg zu führen und in eines der Nachbarländer einzudringen, ist es dann angemessen, daß wir fortfahren, diesem Land 200 Mio. schwedische Kronen im Jahr Beistand zu geben?

Palme: Das Problem ist, daß Vietnam nicht die Mittel hat, so einen Krieg zu führen, so auch nicht die Mittel hat, um 100000 Mann unter Waffen halten zu können, um sich zu verteidigen. Das ist so: Vietnam war während der ersten Jahre ein sehr tolerantes Land. Offen, was die ganzen entsetzlichen Schwierigkeiten betrifft, die es in den am meisten kriegszerstörten Gebieten hatte, die es jemals in der Welt gegeben hat. Und dann bekamen wir drei Jahre Mißernte, Hungersnot. Die Hungersnot droht jetzt in Vietnam.

Und wollen wir, daß die Menschen tolerant sein sollen, dann müssen wir zusehen, daß sie nicht zu hungern brauchen. Und dafür ist unsere Hilfe wichtig...

Italien
Corriere della Sera, 8.1.1979

Jetzt wird man lang über den vietnamesischen „Neoimperialismus" diskutieren und nach den jeweiligen ideologischen Neigungen wird man der Rolle der FUNKSN in dieser Phase der Invasion größere oder geringere Bedeutung beimessen. Die Wirklichkeit ist, daß vom militärischen Gesichtspunkt her der Beitrag der „Rebellen" wenig zählt und daß unausbleiblich dieser Umstand für die politische Zukunft Kambodschas Gewicht haben wird.

...Und es gibt schon immer (in Kampuchea, Red.) die Fraktion, die Vietnam die politische und moralische Führerschaft in Indochina zuerkennt.

Es gibt keinen Zweifel, daß diese letzte Gruppe die ganze Macht ergreifen wird: so wird dreieinhalb Jahre nach der Niederlage der Amerikaner die Geburt jener von Hanoi geführten und von den antikommunistischen Ländern Südostasiens so sehr gefürchteten Föderation möglich sein. Die UdSSR, Verbündete Vietnams, wird eine kleine Zugabe kriegen, einen Zug Sauerstoff gegenüber den internationalen Bündnissen, die sie zu isolieren scheinen. China wird, wie es versprochen hat, Guerillas organisieren, um der Welt zu zeigen, aus welchem Holz die Vietnamesen geschnitzt sind. Und im Westen werden ein für allemal die Träume der Vietnam-Generation untergehen.

zwischen den Völkern Vietnams und Kampucheas gelangen wird. Eine solche Entwicklung der Lage würde den Interessen der beiden Völker, der freien sozialistischen Entwicklung auf dem Wege des Fortschritts, des allgemeinen Sache des Sozialismus, der Zusammenarbeit, des Friedens und der internationalen Entspannung vollauf entsprechen.

Radio Peking, 11.1.79

Die Zentrale der *Alljapanischen Vereinigung für Landwirtschaftliche Zusammenarbeit* und vier andere landwirtschaftliche Organisationen beschlossen am Dienstag in Tokio auf einer gemeinsamen Konferenz ihrer Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden, die Sammlung für eine Reisspende an Vietnam einzustellen. Die Organisation hielte es für eine Rechtfertigung der Kriegsverbrecher und für sinnlos, diese Aktion fortzusetzen.

In Dakka, der Hauptstadt von *Bangla Desh* demonstrierten einige hundert Studenten und Schüler am Montag und Dienstag gegen die vietnamesische Aggression in Kampuchea. Die Demonstranten versammelten sich vor dem Gebäude der vietnamesischen Botschaft und dem sowjetischen Kulturzentrum und riefen Losungen wie: „Bekämpft die Aggression der vietnamesischen Truppen gegen Kampuchea!"

Die *ASEAN* gab am Dienstag eine Erklärung zur Lage in Indochina ab, in der an Vietnam und Kampuchea appelliert wird, die Kämpfe einzustellen und gegenseitig die Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu respektieren. In der Erklärung heißt es:

„Die ASEAN-Länder bedauern zutiefst die Eskalation und Ausweitung dieses Konflikts und sind über die sich daraus ergebenden Auswirkungen für die Sicherheit und Stabilität in diesem Raum äußerst beunruhigt."

Raum äußerst beunruhigt."

Die Erklärung fordert den UNO-Sicherheitsrat auf, alle notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens, der Sicherheit und Stabilität in Indochina zu ergreifen.

fer, wo wir kämpfen, nicht beherrschen. Die Pol Pot-Regierung ist die legitime Regierung. Sie hat schon im Gebirge einen Stützpunkt zum Widerstand gegen die Aggression geschaffen. Ich unterstütze Pol Pot und kämpfe mit ihm Schulter an Schulter."

Norodom Sihanouk, hochrangiger Vertreter der Regierung des Demokratischen Kampuchea und Leiter der Delegation des Demokratischen Kampuchea traf am Mittwoch im UNO-Hauptquartier separat mit dem UNO-Generalsekretär Waldheim und den Vorsitzenden des Sicherheitsrates zusammen. Danach sagte Sihanouk zu Journalisten:

„Die meisten Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates unterstützen uns, daß ich im Namen des Demokratischen Kampuchea spreche. Aber die Sowjetunion und die Tschechoslowakei sind dagegen." Auf die Frage eines Journalisten, welche Aktionen er im Sicherheitsrat fordere, antwortete Sihanouk:

„Vietnam soll seine Streitkräfte bedingungslos aus Kampuchea abziehen und möglichst schnell heimkehren. Man soll dem kampucheanischen Volk die Regelung seiner Probleme ohne fremde Einmischung überlassen, wenn es wirklich solche Probleme gibt."

Radio Peking, 12.1.79

Politiker vieler Länder verurteilten vor kurzem in Erklärungen und Reden die von der Sowjetunion unterstützte vietnamesische Aggression gegen Kampuchea.

Der *philippinische* Außenminister Romulo erklärte am Mittwoch in Manila: „Die Philippinen und die anderen ASEAN-Länder sind tief besorgt über die Krise zwischen Vietnam und Kampuchea und fordern alle friedliebenden Länder auf, bei der Wiederherstellung von Ruhe und Stabilität in diesem Gebiet, wo es öfters zu Auseinandersetzungen kommt, zu helfen." In seiner Erklärung begrüßt er die Resolution des UNO-Sicherheitsrates, das Verhältnis zwischen Vietnam und Kampuchea zu beraten.

Die sowjetisch-vietnamesische Aggression wird von den Völkern der Welt verurteilt

Volksrepublik China
Radio Peking, 10.1.1979
Kommentar aus Remnin Ribao vom 10.1.1979

Die vietnamesischen Aggressoren haben mehr als zehn reguläre Divisionen zum umfassenden Angriff gegen Kampuchea eingesetzt und damit nun die Hauptstadt des demokratischen Kampuchea besetzt. Die vietnamesischen Behörden haben trotz des Protests der ganzen Welt diese große Offensive gegen Kampuchea gewagt, weil die sowjetischen Großmachthegemonisten ihnen dabei den Rücken stärken. Kurz nach der Niederlage Vietnams bei der Trockenzeitoffensive gegen Kampuchea im Juni 1978 holte die Sowjetunion Vietnam in den RGW und flößte ihm wirtschaftlich und politisch Mut ein.
Anfang November 1978 besuchten Le Duan und Pham Van Dong Moskau und beide Staaten unterzeichneten den sogenannten Vertrag für Freundschaft und Zusammenarbeit, der den Charakter eines Militärpaktes trägt.
Am 4. Dezember hoben die vietnamesischen Behörden eine Marionettenorganisation, die „Kambodschanische Nationale Einheitsfront zur Rettung des Vaterlandes" aus der Taufe. Gleich nach der Gründung dieser Marionettenorganisation veröffentlichte TASS diese Nachricht mit viel Trara. Am 25. Dezember begannen die vietnamesischen Aggressionstruppen ihre Großoffensive gegen Kampuchea.
Dieser Krieg brach auf dem Territorium Kampucheas aus, wird von Hanoi geführt und von Moskau kommandiert. Die regionalen vietnamesischen Hegemonisten sind die unmittelbaren Anführer bei diesem Verbrechen. Aber der sowjetische Sozialimperialismus ist der Drahtzieher dieses Aggressionskrieges gegen Kampuchea.
Daß die regionalen vietnamesischen Hegemonisten auf Geheiß der Sowjetunion Kampuchea angreifen, hat unter den Völkern in Südostasien, in Asien und in der ganzen Welt Wachsamkeit ausgelöst und die internationale Einheitsfront gegen den Hegemonismus gefördert. Selbst wenn ihre Aggression zeitweilig Erfolg haben kann, kann das die historische Strömung des Völker der Welt gegen den Hegemonismus nicht aufhalten. Die Geschichte wird zweifellos die Aggressoren gebührend bestrafen.

Jugoslawien
Borba 7.1.1979

Trotz der Tatsache, daß eine aufständische „Front", die kaum vor zwei Monaten gegründet wurde, nicht imstande wäre, selbst offensive Operationen von solchen Ausmaßen zu führen, werden auf der Informations- und Propagandaebene Anstrengungen unternommen, den Krieg als rein innere Abrechnung darzustellen, in der sich auf der einen Seite die Kräfte der Regierung in Phnom Penh befinden und auf der anderen Seite khmerische Aufständische, die diese Regierung stürzen wollen.

Borba, 8.1.1979

Es ist möglich, daß es in Kampuchea eine Clique gegen die Pol Pot-Regierung gibt, aber kein Mensch glaubt daran, daß diese Bewegung nur einen Monat nach ihrer Gründung schon über Flugzeuge, Panzer, Panzerwagen, Rundfunksender und andere Mittel verfügt. Wenn man damit einverstanden ist, daß Hanoi das Recht habe, Probleme in seinen Beziehungen zum Nachbarland durch Gewaltanwendung zu lösen, bedeutet das, mit der militärischen Okkupation einverstanden zu sein. Wer für die Prinzipien der Blockfreiheit eintritt, wird niemals so handeln.

Tanjug, 8.1.1979

Wenn Hanoi entschieden hat, mit Gewaltanwendung die Frage der Beziehungen mit den Nachbarländern zu regeln, wenn dies ein Teil der Aktion in Richtung der Schaffung einer neuen Rolle auf dem Gebiet Indochinas ist, wird es nach der Meinung des Kommentators der „Borba" kaum auf die Zustimmung für diese Aktion stoßen. Vielmehr würde man damit die moralische Autorität, die im Krieg verdient worden ist, und die Bewunderung der ganzen freiheitsliebenden Welt für den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die Imperialisten in Frage stellen.

Eine solche Aktion als richtig anzuerkennen hieße, einen Präzedenzfall anzunehmen, der eine Bejahung der militärischen Aktion des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren und die Anerkennung einer neuen regionalen Macht als eines Faktors bei der Schaffung einer neuen Ordnung in Asien bedeutet.

Radio Peking, 10.1.1979

Der *thailändische* Ministerpräsident Kriangsak Tschamanand sagte am Montag auf einer Pressekonferenz, Thailand liege die Unabhängigkeit Kampucheas sehr am Herzen. Er rief die UNO auf, sofort den Fortgang dieser Ereignisse zu verhindern und forderte die anderen ASEAN-Länder auf, noch aufmerksamer diese Ereignisse zu verfolgen. In einem Gespräch am Sonntag warnte er, die Vietnamesen dürften den Mekong-Fluß nicht überschreiten, sonst sei die Sicherheit Thailands bedroht. Er sagte ferner: „Die thailändischen Streitkräfte sind jederzeit bereit, das Land gegenüber ausländischen Aggressionen zu verteidigen."

Der *malaysische* Außenminister Rithauddeen stellte am Montag in einer Erklärung fest: „Die vietnamesische Aggression gegen Kampuchea schadet dem Frieden und der Stabilität in Südostasien. Malaysia verfolgt gegenwärtig aufmerksam die Lage in Kampuchea. Malaysia fordert die ausländischen Mächte energisch auf, nicht für ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampucheas eine Rechtfertigung zu suchen."

Der *kuwaitische* Vizeministerpräsident und Außenminister, Sabah Al-Ahmad Al-Jaber Al-Sabach lehnte am Montag bei seinem Empfang des sowjetischen Botschafters in Kuwait die anmaßende Forderung der Sowjetunion ab, Kuwait solle gegen die Einberufung des UNO-Sicherheitsrates zur Diskussion der vietnamesischen Aggression gegen Kampuchea auftreten. Nach dem Empfang erklärte Sabah: „Wir sind gegen jede Aggression gegen die Souveränität und Freiheit kleiner Länder. Kuwait unterstützt die Forderung von Kampuchea, daß die Aggression, wie von der es heimgesucht wird, im Sicherheitsrat diskutiert wird."

Rumänien
Radio Bukarest, 11.1.79

Das rumänische Volk, das sowohl mit dem Volk Vietnams, als auch mit jenem Kampucheas befreundet ist, spricht die Hoffnung aus, daß man ausgehend von den Interessen des Friedens und der Stabilität in dieser Region, der Entspannung und der internationalen Zusammenarbeit für die Einstellung der militärischen Aktionen und jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten sowie für die sofortige Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Souveränität Kampucheas und auf diesem Wege zur Wiederaufnahme der Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit

Der *indische Präsident Reddy* sagte am Montag in einer Rede:
„Die jüngsten Ereignisse in Südostasien haben für die Stabilität und Zusammenarbeit in diesem Raum neue Hindernisse aufgetürmt. Die Probleme zwischen den Nachbarländern müssen auf friedlichem Wege gelöst werden. Kein Land, egal ob groß oder klein, darf sich in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen Staates einmischen."

Die *rumänische Zeitung „Scinteia"* erklärte am Mittwoch in einem Artikel, daß Rumänien überhaupt nicht damit einverstanden ist, daß einige Leute zum Aufruhr gegen die Führung ihres eigenen Landes ermuntert werden und die legitime Regierung des demokratischen Kampuchea mit Waffengewalt gestürzt haben. In dem Artikel heißt es:

„Keinerlei Grund kann es rechtfertigen, daß ein Staat sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einmischt."
In dem Artikel wird die Ansicht vertreten, daß die Militäroperation so schnell wie möglich beendet und jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampucheas eingestellt werden muß, daß alle Truppen vom Territorium des demokratischen Kampuchea abgezogen und sofort die Unabhängigkeit und Souveränität des demokratischen Kampuchea wiederhergestellt werden müssen.

Norodom Sihanouk, hochrangiger Vertreter der Regierung des demokratischen Kampuchea, und seine Gattin sowie die von ihm geleitete Delegation des demokratischen Kampuchea trafen am Dienstag in New York zur Teilnahme an der dringenden Sitzung des UNO-Sicherheitsrates ein. Auf einer Pressekonferenz auf dem Flughafen erklärte Sihanouk:

„Das kampucheanische Volk würde nie auf die Knie fallen und wird den Kampf für seine Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu Ende führen." Sihanouk verurteilte schärfstens die vietnamesische Invasion in Kampuchea, die von der Sowjetunion unterstützt wird. Er sagte: „Die Vietnamesen sind dabei, unser Land total zu kolonisieren. Aber sie können die Dörfer,

Der *indonesische* Außenminister Mochtar Kusumaatmadja erklärte am Mittwoch in Djakarta auf der Tagung des Ständigen Ausschusses der ASEAN: „Der immer weiter eskalierende Krieg zwischen Vietnam und Kampuchea hat Besorgnis unter den ASEAN-Ländern ausgelöst. " Schon am 8. Januar hat er gesagt, Indonesien erkenne nach wie vor die kampucheanische Regierung des Ministerpräsidenten Pol Pot an.

Der stellvertretende *malaysische* Ministerpräsident sagte am 9. Januar in Kuala Lumpur: „Daß Vietnam die kampucheanischen Putschisten bei der Eroberung Kampucheas unterstützt, ist völlig ungerechtfertigt."

Der hochrangige Minister für politische Angelegenheiten im Außenministerium von *Singapur*, Le Chung Che, sagte am Dienstag in einer Rede: „Der vietnamesische Ministerpräsident Pham Van Dong hat vor kurzem den südostasiatischen Ländern Frieden, Unabhängigkeit und gegenseitige Nichteinmischung versprochen. Aber seine Worte und seine Taten sind widersprüchlich." Ein Sprecher der nepalesischen Regierung sagte am Mittwoch: „Die nepalesische Regierung wünscht günstige Bedingungen, damit das kampucheanische Volk friedlich und einträchtig seine eigenen Probleme selbständig lösen kann."

Der ehemalige *thailändische* Außenminister sagte in einem Interview: „die skrupellose vietnamesische Aggression gegen Kampuchea entsprang dem Vertrag für militärische Zusammenarbeit, den die Sowjetunion und Vietnam 1978 unterzeichnet haben. Vietnam verfolgt verstärkt das Ziel, die indonesische Föderation zu verwirklichen und dann seine Infiltration auf die ASEAN-Länder auszuweiten.

Der Vorsitzende der Nationalen Volkspartei von *Bangladesch* und der Generalsekretär der Partei stellten am Montag in einer Erklärung fest: „Die Aggression gegen und die Okkupation von Kampuchea ist ein weiterer Ausdruck der aggressiven Natur und hegemonistischen Habgier des sowjetischen Sozialimperialismus.

KBW kandidiert zum Westberliner Abgeordnetenhaus

r.jöd. 12235 Unterschriften sammelte der Kommunistische Bund Westdeutschland zur Kandidatur zum Westberliner Abgeordnetenhaus. Damit sicherte der KBW alle zwölf Bezirkslisten und kandidiert in 71 von den 75 Wahlkreisen mit Direktkandidaten zum Abgeordnetenhaus. Wie kam es zu der hohen Unterschriftenzahl? Die einzigartige Westberliner Wahlgesetzgebung verlangt 80 gültige Unterschriften für jeden der 75 Wahlkreise. Das würde heißen, daß 6000 gültige Unterschriften notwendig sind für die Kandidatur zum Westberliner Abgeordnetenhaus. Die Kreiswahlämter streichen durchschnittlich fast 50% der Unterschriften, so daß diese hohe Anzahl an Unterschriften notwendig war. Gestrichen wurden: Ausländer, Jugendliche, „Personen die im Datensichtgerät nicht da sind" und Unterschriften wurden als ungültig bewertet, wo diese und jene Kleinigkeit war, wie der I-Punkt bei der Unterschrift. Da die Westberliner Wahlgesetzgebung einzigartig ist, stellte der KBW gegen die Wahlgesetzgebung eine Einstweilige Anordnung. „Im Rathaus Schöneberg, wo Juristen seit Tagen den Verstoß prüfen, wird nicht ausgeschlossen, daß die Initiative große Probleme zur Folge haben könnte", plärrt die „Berliner Morgenpost". Kein Wunder, wenn sich die Westberliner Bürokraten nicht an die einschlägigen Festlegungen halten.

Bei P&S ist noch nichts vorbei

r.sih. Noch am Mittwoch, dem letzten Tag der Urabstimmung in Nordrhein-Westfalen, war die Auffassung der Arbeiter, daß Urabstimmung und Streik auch bei P&S nötig sind. Am Montag schickten 15 Arbeiter der Elektrohauptwerkstatt im Werk Salzgitter folgendes Telegramm an die Tarifkommission und die streikenden Kollegen: „Verhandlungsergebnis nicht akzeptabel. Ablehnen. Für 100 DM mindestens, 12 Monate Laufzeit, 6 Wochen Urlaub für alle, 37 Wochenstunden weiterstreiken." Die P&S Arbeiter drangen, nachdem sie am 15.1. den zweistündigen Warnstreik durchgeführt haben, auf Herstellung der notwendigen Einheit gegen die Stahlkapitalisten. – Auf der Vertrauensleutesitzung letzten Mittwoch hat die Spaltung des Abschlusses in NRW gewirkt. Janssen vom Hauptvorstand und Buhl von der Bezirksleitung waren extra angereist, um die Vertrauensleute auf die Ergebnisse in NRW auszurichten. Janssen: „Schon der Urlaub ist die Messe wert, die in NRW gelesen wurde." Den habe man schließlich gar nicht gefordert. Buhl: „Die Löhne bei P&S sind höher als in NRW. Aber wir werden den Vorsprung in jedem Fall halten." Das stammt vom Betriebsführer Adams höchstpersönlich. Ein Antrag auf Urabstimmung und Streik wurde nicht verabschiedet. Die Meinung unter den Arbeitern ist: Es gibt überhaupt keinen Grund, schnell zu arbeiten. Bei P&S darf auch auf keinen Fall niedriger abgeschlossen werden. Am Dienstag sind Verhandlungen.

Abschluß Holz und Kunststoff für NRW und Ostwestfalen-Lippe

r.rhw. In der zweiten Tarifverhandlung in der holzverarbeitenden Industrie und im Serienmöbelhandwerk hat die Verhandlungskomission der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) überraschend folgendem Ergebnis zugestimmt: Der Facharbeiterecklohn wird ab 1.1.79 um 0,46 DM erhöht (5,2%), ab 1.9. um weitere 0,04 DM; die unteren Lohngruppen werden im Verhältnis zum Ecklohn durch eine Veränderung des Lohngruppenschlüssels angehoben. Lohngruppe III (Hilfsarbeiter, schwere körperliche Arbeit) von 89% auf 90%, Lohngruppe II (Hilfsarbeiter) von 87% auf 88%; die Eckgehälter für die Angestellten vom 1.1.79 um 5,25%, ab 1.9. um weitere o,45%. Die Ausbildungsentgelte werden bis zum 31.7. eingefroren. 9,23 DM beträgt der Facharbeiterecklohn (höchste Lohngruppe). Die Holzarbeiter in der Industrie zwingt er in den Akkord. Im Handwerk kann man davon nicht leben. 79,12 DM brutto (gerechnet auf 172 Normalarbeitsstunden) machen die 46 Pfennig im Monat aus. In den unteren Lohngruppen entsprechend weniger. Gut ist die Anhebung der unteren Lohngruppen. Es müssen aber die Arbeiter in allen Lohngruppen und die Lehrlinge wenigstens die knapp 80 DM bekommen. Darauf zu drängen, hat man bis zum 30.1. Zeit. Bis dahin läuft die Erklärungsfrist, zugestimmt hat die Bezirksleitung jetzt noch nicht.

Infrastruktur und Subventionen für das großbäuerliche Kapital

Niedersächsische Landesregierung will das Dorferneuerungsprogramm nach 1980 fortsetzen

r.chs. „Solange die Regierung Albrecht im Amt ist, seit drei Jahren, haben wir eine deutliche Rückwärtsbewegung von der Stadt aufs Land. Das liegt darin begründet, daß die Regierung Albrecht deutliche Akzente setzt für den ländlichen Raum, um dort die Gleichberechtigung und die Chancengleichheit zu erreichen." Glup, Niedersachsens Landwirtschaftsminister am 14. Dezember im Landtag. Es ging um die Auseinandersetzung, ob das Dorferneuerungsprogramm über 1980 hinaus fortgeführt werden soll. Die Landesregierung wie auch die Opposition sind dafür und für die Übernahme in die „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" als langfristige Maßnahme, um die deutlichen Akzente der Albrecht-Regierung zu unterstreichen: 1976 gab es in Niedersachsen noch 153986 Betriebe davon 135151 mit mehr als 1ha; 1977 waren es nur noch 149675 mit 131955 Betrieben mit über 1ha; zugenommen haben nur die Betriebe mit mehr als 30 ha.

Nun ist die Verbesserung der Agrarstruktur nichts prinzipiell Schlechtes. Für die Entwicklung der Produktivkräfte ist es vielmehr erforderlich, große zusammenhängende Anbauflächen zu schaffen, um den rationellen Einsatz von Maschinen zu ermöglichen. Doch unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen beschleunigt jede „Förderung" zur Verbesserung der Agrarstruktur die Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern.

Den Ländern bleibt zur direkten Einwirkung auf die Entwicklung die Festlegung der Modalitäten und der Schwerpunkte überlassen, die sie per Runderlaß festlegen und aufheben. Im Runderlaß des niedersächsischen Landwirtschaftsministers vom 23.6.1976 wird als Punkt 7.1 Abs. 2 ins Programm zur einzelbetrieblichen Förderung eingefügt: „Der Beauftragte (für einzelbetriebliche Förderung) teilt den Bewilligungsbehörden die Betriebe mit negativer Entwicklung mit. Diese unterrichten die Außenstellen der Landwirtschaftskammern, die eine intensive Beratung ggf. eine sozioökonomische Beratung veranlassen."

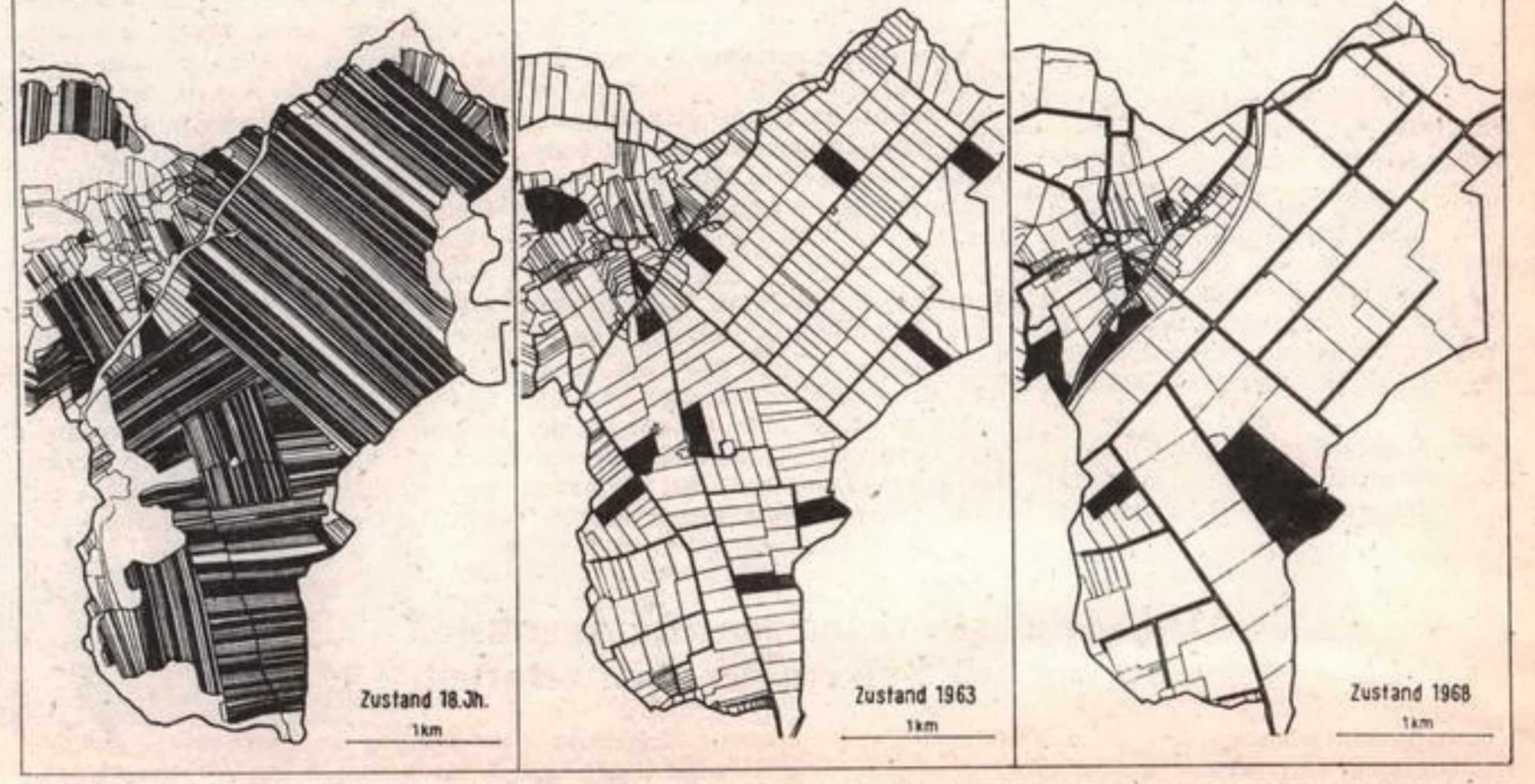
Am 2.8.1976 verfügte der Landwirtschaftsminister die Einstellung der Förderung langfristiger Verpachtung durch Prämien, wobei er schon einige Wochen vorher die Aussetzung ab 1.7.76 angeordnet hat. Gleichzeitig bekamen die Antragsteller im sozialen Ergänzungsplan keine Ausgabenhilfe mehr, sondern nur noch Zuschüsse in Härtefällen, wobei evtl. gewährte Verpachtungsprämien darauf angerechnet wurden.

„Aufstiegshilfen", die schwächeren, aber möglicherweise entwicklungsfähigen landwirtschaftlichen Betrieben gewährt wurden, wurden inzwischen ersatzlos gestrichen. Schon vor Antragstellung auf irgendeine der Förderungen muß sich der Bauer der staatlichen Kontrolle unterwerfen: die zweijährige Buchführungspflicht ist fast immer Bewilligungsvoraussetzung.

Die niedersächsische Landesregierung propagiert, die Gleichberechtigung für alle zu verfolgen. Die Bedingungen für die Inanspruchnahme einer Förderung wie die als förderungswürdig anerkannten Maßnahmen schränken aber den Kreis der „Anspruchsberechtigten" klar ein; das ist bei der ganzen Vielfalt von Förderungen der Fall: Flurbereinigung, freiwilliger Landtausch, Vergrößerung landwirtschaftlicher Betriebe, rationelle Betriebsgestaltung, einzelbetriebliche Förderung, langfristige Verpachtung, Dorferneuerung usw. Sie werden erlassen und aufgehoben je nach Erfordernis für die Betreibung der Konzentration des Kapitals auf dem Land. Der ganze Wirbel um die Gleichberechtigung des Landes gegenüber den Städten entpuppt sich als Gleichberechtigung der Agrarkapitalisten gegenüber den industriellen Kapitalisten zum profitlichsten Einsatz des Kapitals.

Nachdem ein großer Fortschritt schon erreicht ist bei der Konzentration in der Landwirtschaft, ist die Ausrichtung der Infrastuktur und der weitere Ausbau zur aktuellen Aufgabe geworden. Dies zu forcieren ist Aufgabe des „Dorferneuerungprogramms" vom 27.5. 1977, zu dem der Niedersächsische Landwirtschaftsminister am 1.6. 77 einen Runderlaß herausgab.

„Im Rahmen der Dorferneuerung können gefördert werden... Maßnahmen zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse, Hochwasserfreilegungen im Ortsbereich, Erschließungsmaßnahmen... (Sonderrahmenplan 1977 bis 1980) mit „bis zu 90 v.H. der Kosten" (Runderlaß des nds. Landwirtschaftsministers vom 1.6. 77) Erhaltung landwirtschaftlicher Bausubstanz mit ortsbildendem Charakter... bis zur Höhe von 15000 DM... bei privaten Trägern 30 v.H. der Kosten.... Erwerb und Abbruch von Gebäuden... bis zur Höhe von 90 v.H. der Kosten." „Die Dorferneuerung muß den Zielen von Raumordnung und Landesplanung... Rechnung tragen. Die Zuschüsse sind vorrangig in Verbesserungsgebieten nach dem Raumordnungsprogramm und im Zonenrandgebiet einzusetzen." (Runderlaß 1.6. 1977)



r.kea. Dargestellt ist die Entwicklung der Bodenkonzentration der Flur Lütau in Schleswig-Holstein. Die durch Realteilung zersplitterte Fläche wurde zuerst durch Verkoppelung verschiedener Fluren bereinigt (Zustand 1963) und dann durch das letzte Umlegungsverfahren (1968) auf den heutigen Zustand gebracht. Für 1963 und 1968 geben die schwarzen Flächen das Gebiet des Burmeisterhofes an, das heute 52 ha umfaßt. Der Fortschritt in der Produktivität der Landwirtschaft, z.B. durch die Anwendbarkeit großer Maschinerie, den die Flurbereinigung darstellt, äußert sich im Kapitalismus in der Vertreibung und Enteignung der kleinen und mittleren Bauern von ihrem Land und in der kapitalistischen Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion. Mit dem 1953 erlassenen Bundesflurbereinigungsgesetz wird der „Zwangslandtausch" juristisch vorgeschrieben. In der BRD wurden seit 1950 jährlich zwischen 1000 und 3000 ha landwirtschaftlicher Fläche umgelegt. Allein in Niedersachsen sank die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Größenordnung zwischen 0,5 und 30 ha seit 1949 von 305000 auf 150000. Dabei haben seit 1971 die Betriebe über 50 ha um ca. 5000 zugenommen.

Mit der Datenzentrale wird der Lohnraub organisiert

r.chb. Auf den Stationen der Krankenhäuser gibt es fast jeden Monat Auseinandersetzungen um die Lohnauszahlung, um die Berechnung der Überstundenarbeit, der Sonntags- und Bereitschaftsdienste. Wenn die Bougeoisie nach dem Lohnabschluß mit der Auszahlung zum Teil Monate wartet und sich Kredit geben läßt, wird die sofortige Auszahlung verlangt. „Das neue Verfahren ist bei Tarifabschlüssen von besonderem Vorteil, weil die Nachzahlungen im Regelfall mindestens einen Monat früher ausgezahlt werden können als bisher". So versucht das Amt für Krankenhauswesen (AfK) des Kreises Pinneberg in einem Aushang an alle Mitarbeiter in Kreiskrankenhäusern den Kollegen das neue Verfahren der Lohnberechnung über die Datenzentrale Schleswig-Holstein schmackhaft zu machen.

Die Lohnberechnung zentralisieren, damit einen umfassenden Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse zu gewinnen, um auf dieser Grundlage die geschicktesten Wege der Lohnsenkung auszuloten, ist der Zweck der Abrechnung über die Datenzentrale, die ab 1.1.79 für eine ganze Reihe Krankenhäuser unter anderem aller im Kreis Pinneberg neu eingeführt worden ist. Gleichzeitig werden dadurch Kollegen in den Lohnbüros überflüssig gemacht.

Am Kreiskrankenhaus Pinneberg wird diese Umstellung des Berechnungsverfahrens genutzt, die Auszahlung der Zuschläge von bisher vier Wochen auf sechs Wochen zu verzögern.

Für große Teile der Belegschaften an den Krankenhäusern machen die Zulagen für Sonderdienste bis zu einem Drittel des Lohns aus. Auf dem Musterlohnzettel, den der Dienstherr an die Kollegen am Kreiskrankenhaus Pinneberg verteilt hat, bekommt der Kollege fünfzig Jahre, verheiratet, mit BAT VII, 3043,60 DM brutto. Die Zulagen belaufen sich auf 972,10 DM; ohne sie hätte der Kollege brutto ganze 2071,50 DM, um seine Familie zu ernähren. Auch an anderer Stelle nutzt der Dienstherr die Umstellung der Lohnabrechnung, um Lohnbestandteile einzusacken. Am 15.1.79 wird ein Abschlag auf die Zuschläge auf Grundlage der letzten drei Monate gezahlt. Aber diejenigen, deren Zusatz- und Sonderdienste nicht mehr als 100 DM im Durchschnitt der letzten Monate bringen, kriegen nichts ausgezahlt. Der Abschlag wird dann mit dem Weihnachtsgeld wieder verrechnet, d.h., hat der Dienstherr zu wenig Abschlag gezahlt, was bei den Kollegen, die Weihnachten oder Silvester Dienst gehabt haben, wahrscheinlich ist, wird man dank der Steuerprogression davon nichts mehr sehen.

Längeren Kredit durch spätere Auszahlung wesentlicher Lohnbestandteile ist die eine Seite, auf der anderen Seite soll der Arbeiterklasse jede Kontrolle über die Lohnberechnung entzogen werden.

Frech tritt der Dienstherr auf, um die neue Lohnabrechnung durchzusetzen. „Solange es sich als notwendig erweist, werden die Mitarbeiterinnen des Lohnbüros des AfK ab Januar 1979 Sprechstunden in den Häusern abhalten. Bis dahin sollte von telefonischen Rückfragen im Einzelfall abgesehen werden." (Mitteilung des AfK an die Mitarbeiter der Krankenhäuser im Kreis Pinneberg) Lieber sollen sie sich wie „Karl Fleißig" verhalten, wie unverschämterweise der Dienstherr den Besitzer des schon oben erwähnten Musterlohnzettels benennt. In Wahrheit muß der Mann, um die Zulagen zu bekommen, ca. 50 bis 60 Stunden Überstunden und ca. 100 Stunden Rufbereitschaft machen, womit er nahezu eine ganze Arbeitskraft ersetzt. So hätte es die Bourgoeisie gern, gerade vor den Tarifauseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst.

Mittels der Ausweitung der Lohnberechnung durch die Datenzentrale auf eine Reihe weiterer Krankenhäuser, will die Bourgeoisie die Möglichkeiten weiterer Lohnsenkung und Spaltung der Belegschaften ausloten. Auf den Lohnzetteln der Datenzentrale ist auch gleich ausgewiesen, welche Lohnbestandteile „pfändbar" sind.

Vorbereitung des Tarifkampfes ist die richtige Antwort. Die ÖTV, Abteilung Wissenschaft und Forschung, hat jetzt in Kiel bei 25 Teilnehmern mit 10 zu 8 Stimmen gefordert: 6% ausgezahlt in Festgeld. Die ÖTV-Mitgliederversammlung der Zahlstelle Pinneberg hat beschlossen: Lohnerhöhung in Festgeld, 35 Stunden Woche.

Krankenhausbedarfsplan Niedersachsen / „Erwartungselemente" beim Bettenstreichen

r.jol. Mit dem Krankenhausbedarfsplan Niedersachsen will die niedersächsische Landesregierung den Gesamtbestand von 46720 Krankenhausbetten auf insgesamt 41257 staatlich geförderte Betten reduzieren. Das entspricht einer Streichung um 5463 Betten oder 11,7%. Allein in Hannover soll es 925 Betten zuviel geben. Die drastische Unterversorgung der ländlichen Bezirke, die schon lange viele Bauern und Landarbeiter zwingt, lange Wege ins nächste städtische Krankenhaus zurückzulegen, soll weiter verschärft werden. Im Bezirk Mittelweser wird die Bettendichte von 5,82 Betten pro 1000 Einwohner auf 4,90 Betten pro 1000 gesenkt. Die Planwerte, die Minister Schnipkoweit, dem angeblichen „Bettenüberhang" zugrundegelegt hat, stammen aus dem Jahr 1974. Vier Jahre verschärfte Ausbeutung und ihr Niederschlag an gestiegener „Einweisungshäufigkeit" etc. sind wegfrisiert. Lag die durchschnittliche Verweildauer der hannoverschen Krankenhäuser 1974 in der Chirurgie bei 17,6 Tagen, so der Planwert im Bedarfsplan 13,3 Tage. Frech erklärt Schnipkoweit, dem lägen „Erwartungselemente" geknüpft an „krankenhausentlastende... Sozialstationen" zugrunde, die „im Endeffekt mit Sicherheit viel kostengünstiger als stationäre Einrichtungen" arbeiten. Vor allem die alten Arbeiter sollen so in der Obhut der Sozialstation bei zweimal Umbetten á 7 DM die Stunde „kostensparend" aus dem Leben. 200 bis 250 DM Pflegesatz pro Tag aus der Versicherung für die Kapitalisten sind freigesetzt. Den ganzen Umfang dieses Ausplünderungsprogramms zeigen die folgenden Zahlen: 1 Mrd DM Antragsvolumen zum Krankenhausbau im Jahr 1979 bis 1981 nur 411 Mio veranschlagte Mittel im Landeshaushalt gegenüber.

Arbeiterkampf – weltweit isoliert

b.obj. Es gibt nur ganz wenige auf der Welt, die sich hinter den sowjetisch-vietnamesischen Überfall auf Kampuchea stellen. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist ein Antrag des Sozialimperialismus auf Vertagung der Debatte über Kampuchea mit Einmütigkeit abgelehnt worden. Lediglich das abhängige RGW-Mitglied Tschechoslowakei stimmte für die SU. Rumänien hatte sich bereits letzte Woche gegen den Überfall geäußert. So konnte also Prinz Sihanouk als legitimer Vertreter des Volkes von Kampuchea an der Ratsdiskussion teilnehmen und war das Manöver der Sozialimperialisten geplatzt einen Vertreter der Invasionsarmee vorzuführen.

Der Arbeiterkampf hatte in seiner Ausgabe vom 8.1.79 die sozialimperialistische-vietnamesische Agression ausdrücklich begrüßt, „weil sie Schluß macht mit den provokatorischen und blutigen Überfällen des kambodschanischen Heeres auf die vietnamesische Bevölkerung und weil sie dem kambodschanischen Volk die Möglichkeit eröffnet, endlich in Frieden und Demokratie zu leben. Wir begrüßen dies insbesondere, weil damit mit einem Regime Schluß ist, das den Sozialismus in aller Welt diskreditiert hat."

Diese unverhüllte Unterstützung eines sozialimperialistischen Überfalls ist neu. Aus dem Demokratischen Kampuchea, welches sich im heldenhaften Kampf vom US-Imperialismus befreit hat, machte der Arbeiterkampf durch aufschlappern bürgerlicher Pressebrichte ein Land, in welchem das „Pol Pot-Regime blutigen Terror und bestialische Grausamkeiten gegen die kambodschanische Bevölkerung" ausübt.

Die von den Agressoren erfundene Kambodschanische Befreiungsfront, die über einen Sender im von Vietnam besetzten Teil von Kampuchea aus operiert wird sofort begrüßt. Wenngleich eine Beteiligung von Vietnam abgestritten wird – von der SU sowieso – heißt es doch in der Stellungsnahme des LG des KB daß Vietnam „das volle Recht" den Sturz der Pol-Pot-Regierung zu fördern habe. Denn man weiß ja nie, wie schnell die Wahrheit aufkommt!

Die offene Unterstützung des Sozialimperialismus hat sich beim Arbeiterkampf bereits seit langem abgezeichnet. Gegenüber Enthüllungen des KBW über die Hegemoniebestrebungen der SU und die Flottenstützpunkte, die die SU weltweit eingerichtet hat, nahm der Arbeiterkampf die Aufgabe

te, die die SU weltweit eingerichtet hat, nahm der Arbeiterkampf die Aufgabe
der Verteidigung wahr. Sämtliche Stützpunkte, welche die SU nicht selbst zugab, wurden als Geisterstützpunkte bezeichnet. Die Gefährlichkeit des Sozialimperialismus sollte vertuscht werden.

In Angola erklärte er den Einmarsch der kubanischen Söldner die im Auftrag des Sozialimperialismus das Land besetzten, zum Vormarsch der Völker Afrikas. Im AK 75 vom März 76 heißt es unter dem Titel: „Angola/Afrika – KBW jetzt total enthemmt.: In den Antikommunistischen Schrei – Hilfe, Afrika wird rot!" stimmt der KBW schrill und laut ein. Wo in Wirklichkeit die Völker Afrikas auf dem Vormarsch sind, vermag der KBW nur noch „sozialimperialistische Einmischung", „sozialimperialistische Expansion" usw. zu sehen. Das inzwischen offenkundige Eintreten des KBW für die reaktionärsten Regimes in Afrika und seine Hetze gegen Befreiungsbewegungen und Volkskämpfe werden den Untergang dieser Gruppierung beschleunigen."

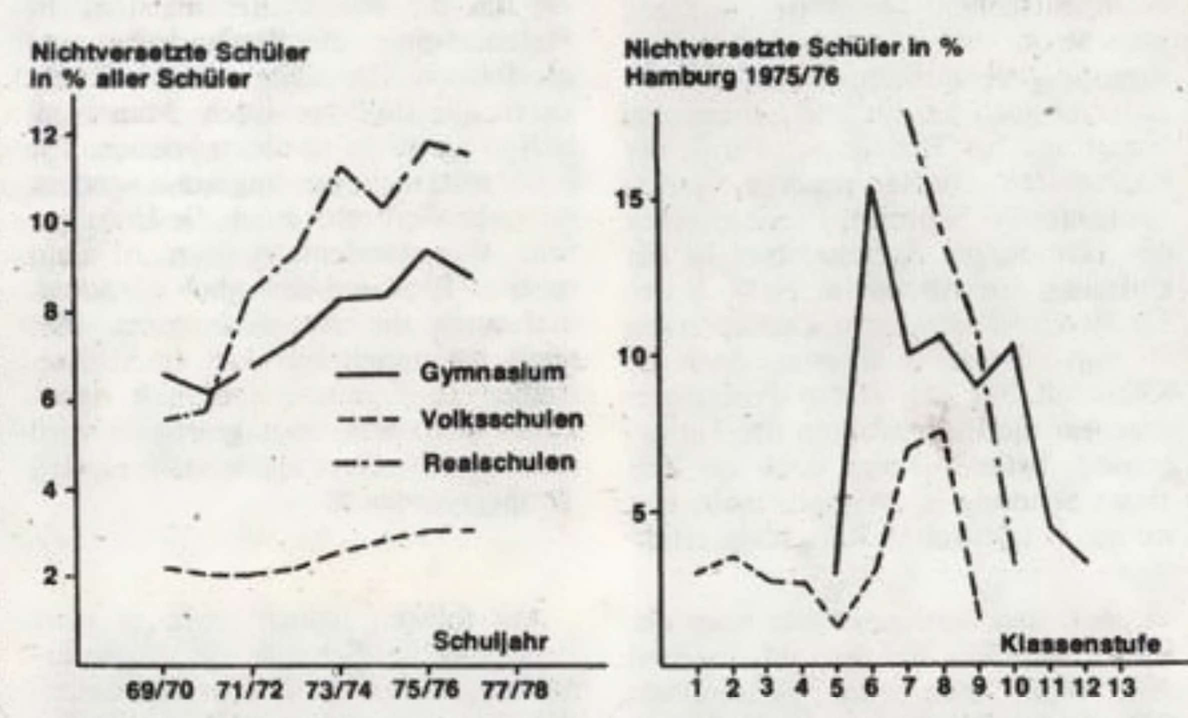
Seit dieser Stellungnahme sind zwei Jahre vergangen. Es ist nun ganz offen, wer sich zum Agenten der sozialimperialistischen Aggression macht, und auch, daß der AK nicht nur auf die Völker der Welt hetzt, und jede Spaltungsmöglichkeit ausnützt mit dem Ziel die sozialimperialistischen Einmischungen zu verschleiern, oder zu ermöglichen. Allerdings Recht hatte der AK, daß eine Organisation, welche gegen die Befreiungs- und gegen die Volkskämpfe hetzt einen beschleunigten Niedergang erleiden wird. Schon jetzt steht der Arbeiterkampf nackt dar. Bis auf die SU und die von ihr abhängige Tschechoslowakei hat der Arbeiterkampf keine Freunde mehr. Einsam ist der Arbeiterkampf und verlassen, aber fest an der Seite der Sozialimperialisten.

Schluß mit den vielen Klassenarbeiten! Keiner darf sitzenbleiben!

b.trg. Am 2. Februar 1979 gibt es an den Hamburger Schulen Zwischenzeugnisse, womit die ersten Weichen für die Versetzung im Sommer gestellt werden. Im Januar müssen die Lehrer dafür die Noten „machen". Um die Klassenarbeiten gibt es jetzt die schärfsten Kämpfe; mit ihnen soll die Zeugnisnote und damit die Auslese untermauert werden. Die Schüler führen das ganze Jahr über Kämpfe gegen die Häufung dieser Arbeiten, jetzt spitzt sich die Lage zu, wo die Lehrer „ihre" Arbeiten für die Zeugnisse unter Dach und Fach bringen müssen.

Die vielen Arbeiten bedeuten auch für die Lehrer eine immense Mehrarbeit vor den Zeugnisterminen, woran sie kein Interesse haben. In der Gewerkschaft schließen sie sich gegen Mehrarbeit und für Arbeitszeitverkürzung zusammen.

Schrittweise hat die Schulbehörde die Zahl der geforderten Arbeiten erhöht. So müssen z.B. die 5. Klassen am Gymnasium in Deutsch statt 5 seit 1978 7 Arbeiten schreiben, wobei 3 Diktate als eine Arbeit gelten sollen. Der Notendruck wird auf mehrere Arbeiten verteilt. Es ist jetzt keine Seltenheit, daß Schüler 2 oder sogar 3 Klassenarbeiten an einem Vormittag schreiben müssen. Der Kampf der Schüler richtet sich direkt gegen die vielen Klassenarbeiten, gegen die 5en und 6en und damit gegen die verschärfte Auslese. Der Widerstand hat vielfältige Formen. Immer mehr Schüler verweigern die Hausaufgaben, schwänzen die Schule.



Die Kurven in den Schaubildern zeigen, in welchem Ausmaß die Bourgeoisie die Auslese insbesondere an den Gymnasien und Realschulen verschärft hat.

Und sie schließen sich im Kampf gegen die Noten zusammen.

An der Berufsschule in Stade hat eine Klasse von Kfz-Lehrlingen eine Rechenarbeit wiederbekommen, in der bis auf 3 Schüler alle 5en und 6en hatten. Auf die Proteste der Schüler – der Lehrer dürfe die Arbeit nicht werten – meinte dieser: „daran halte ich mich nicht". Eine darauf folgende Zeichenarbeit verweigerten die Schüler. Sie setzten damit durch, daß die Rechenarbeit wiederholt wurde, daß die Schüler Einblick in den Notenspiegel des Lehrers bekamen und das sie für die Zeichenarbeit 4 Stunden Zeit erhielten.

Die Tischlerlehrlinge an der G5 in Hamburg wehren sich seit längerem gegen den wachsenden Leistungsdruck und Notenterror in Zwischen- und Gesellenprüfungen. Zugespitzt hatte sich der Kampf gegen die „programmierten" Arbeiten im Fach Politik. Diese Arbeiten dienen nach Meinung der Schüler und des Schülerrats zur verschärften Auslese. Im Dezember demonstrierten sie während der Unterrichtszeit zur Schulbehörde und übergaben dem Oberschulrat eine Resolution mit den Forderungen:
– Weg mit den Politikzensuren!
– Keine Politikarbeiten in den Zwischen- und Gesellenprüfungen!

Am Waldörfergymnasium haben die Schüler eines Psychologiekurses die Debatte der Noten zwischen 1 und 4 gefordert, weil bei gleichen inhaltlichen Punkten je nach „Länge" der Arbeit von 1 bis 6 zensiert wurde.

Auf der letzten Schulleitersitzung im Dezember für Gymnasien wurde den Schulleitern mitgeteilt, daß die Schulbehörde eine Statistik „über Wiederholer und Abgänger aus Leistungsgründen" an Gymnasien hat anfertigen lassen. Darin heißt es u.a.: von Klasse 5 bis 10 verlassen in Hamburg ca. 30% der Schüler das Gymnasium. Hamburg hat darin Spitzenstellung im Bundesdurchschnitt.

Im Zusammenschluß gegen die Zwischenzeugnisse müssen die vielen Klassenarbeiten und die 5en und 6en zurückgekämpft werden, damit im Sommer keiner sitzenbleibt.

In 6 Städten der Bundesrepublik führten die Afrika-Komitees in dieser Woche Veranstaltungen mit Vertretern der ZANU durch. In Hamburg-Barmbek nahmen ca. 80 Menschen an der Veranstaltung teil und spendeten 1 145 DM für den Aufbau der Landwirtschaft in den befreiten Gebieten von Zimbabwe. In den Wochen zuvor waren bei Haussammlungen und am Barmbeker Bahnhof knapp 200 DM gespendet worden.

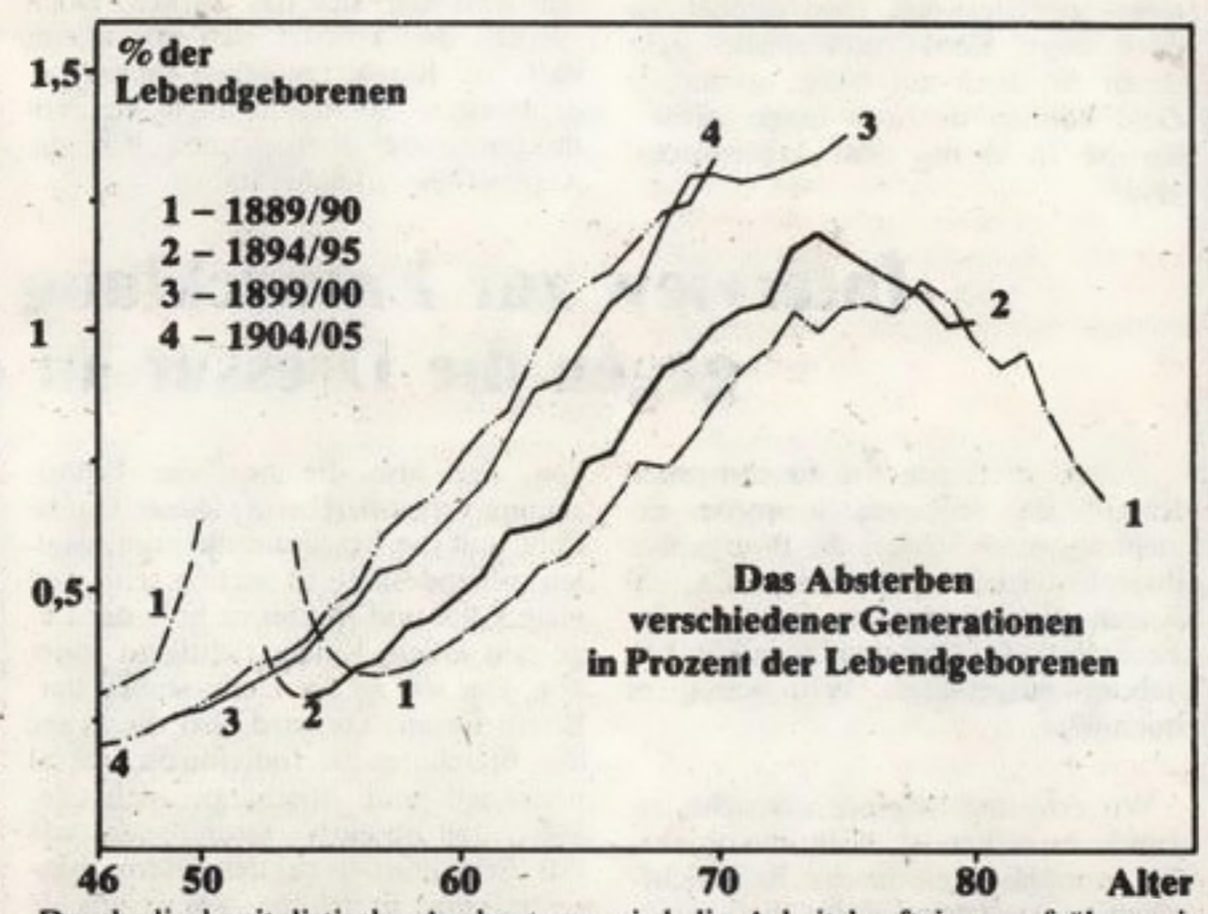
Ehrenbergs Verbrechen nicht nachweisbar?

Die vorhandene Aktionseinheit muß sich gegen den Prozeß wenden

b.rah. Am Montag, den 8.1. hat vor dem Amtsgericht Altona der erste Prozeßtag gegen Rainer Hans, Sekretär der Kommunistischen Hochschulgruppe stattgefunden. Angeklagt hatte Minister Ehrenberg wegen der, in der „Roten Presse" – der ehemaligen Zeitung der KHG – nachgedruckten Frage: „Wer will behaupten, Ehrenberg sei kein Schreibtischmörder, Versicherungsschwindler, Dieb, Hehler, Zwangsarbeitsminister, Erpresser und Lohndrücker, Endlöser und Sterbehelfer des Finanzkapitals?"

Durch die aktenkundige Bemerkung der Staatsanwaltschaft war schon vor Prozeßbeginn die Linie der Bourgeoisie in diesem Prozeß abgesteckt. „Die beanstandeten Bemerkungen stellen Werturteile dar und nicht dem Fakten belegbare Tatsachenbehauptungen." Neben einer geglückten Schilderung der bürgerlichen Rechtsauffassung, die alles was der Bourgeoisie an den Kragen geht, für nicht nachweisbar und alles, was die Interessen der besitzlosen Klassen unterdrückt, für selbstverständlich hält, enthüllt diese Äußerung die Schwäche der Position, in der sich die Bourgeoisie in Durchsetzung des Ehrenbergprogramms mittlerweile befindet. Das Gericht erklärt den Nachweis der Richtigkeit unserer Behauptungen nicht für unwesentlich für die Urteilsfindung, sondern erklärt diesen Beweis nicht für möglich. Das ist politisch defensiv, eröffnet aber auf der anderen Seite jede gerichtliche Willkür gegen die *Erbringung* dieses Beweises.

Das Vorgehen des Gerichts ist ein Ergebnis der Entfaltung des Klassenkampfes der Arbeiterklasse. Die sozialdemokratische Ideologie zerbricht zunehmend unter den wissenschaftlichen



Durch die kapitalistische Ausbeutung wird die Arbeitskraft immer früher ruiniert. Die Ehrenbergmaßnahmen zielen darauf, die Arbeitskraft beim Eintritt ins Rentenalter verschlissen zu haben und sie dann ins Grab zu bringen.
Quelle: Gutachten des Professor Bisecker (Universität Bremen) im Prozeß gegen Dirk Steencken, Mitglied der Regionalleitung Nord des KBW.

Untersuchungen, die Tausende durchführen und die von noch mehr studiert werden. Der Kern Ehrenbergs Programm, der in der Bereicherung der Kapitalisten aus den Sozialversicherungsgeldern besteht, indem es dafür sorgt, daß die verschlissene Arbeitskraft nicht mehr überleben kann, indem es denen, die noch in Arbeit stehen, wachsende Summen entzieht und zusätzlich die Kosten für die Reparatur der Arbeitskraft insgesamt senkt. Dieses Programm zur Füllung der Kriegskassen der imperialistischen Bourgeoisie wird immer besser durchschaut und deshalb auch immer wirksamer *bekämpft*. Die Bourgeoisie fürchtet den sich anbahnenden festen Zusammenschluß der Arbeiterklasse mit den Beschäftigten der Öffentlichen Dienste.

Folglich versucht sie, im Prozeß wie wild zu unterdrücken. Über einen unwirksamen Eröffnungsbeschluß ging der Richter gleich hinweg. Die Benutzung eines Projektors ist per Gerichtsbeschluß untersagt. All das wird jedoch einen Scheißdreck nutzen, wenn sich die in den Betrieben *vorhandene* Aktionseinheit definitiv gegen diesen Prozeß wendet und dadurch ihre Einheit stärkt.

Veranstaltungskalender

Montag, 15.Januar

Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur

Hamburg, 16.00 Uhr: Langenhorn, U-Bahn Langenhorner Markt. Barmbek, Barmbeker Bahnhof. Billstedt, im Einkaufszentrum. Wandsbek, vor Karstadt – Mitte, Gerhard Hauptmann Platz. Altona, Einkaufzentrum. Osdorfer Born, Einkaufszentrum. Bergedorf, im Sachsentor. Harburg, Bahnhof.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt.
Stade, 17.30 Uhr: Bützfleth, vor Vietz.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.
Lüneburg, 16.00 Uhr: in der Bäckerstraße.
Buchholz, 16.00 Uhr: vor Woolworth.

Dienstag, 16.Januar

Hamburg, 16.00 Uhr: Wie Montag. Langenhorn. Langenhorner Markt. In Harburg, vor Karstadt. In Billstedt, U-Bahn Merkenstraße/Ecke Steinbeker Marktstraße.
Stade 16.30 Uhr: Pferdemarkt.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.
Lüchow, 16.30 Uhr: TG-Markt.
Dannenberg, 16.00 Uhr: vor Spar.

Mittwoch, 17.Januar

Hamburg, 14.30 Uhr: Fortsetzung des Ehrenbergprozesses gegen Rainer Hans, Sekretär der KHG. Amtsgericht Altona
Hamburg, 19.30 Uhr: Sofortiger Abzug der sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen aus dem Demokratischen Kampuchea! Warum und wie wurde aus Vietnam ein sozialimperialistischer Aggressionsherd. Emilie-Wüstenfeld-Schule, Bundesstraße 78

KBW Studienprogramm Winterhalbjahr 78/79

Die Geschäfte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales
15. bis 19.Januar, 20 Uhr, Stade Grafenklause, Udonenstraße

Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland...
15. bis 19.Januar, 19.30 Uhr
Wandsbek. Schule Hasselbrook, Ritterstr.44

Stalin: Grundlagen des Leninismus
15. bis.19. Januar
Barmbek Schule Fränkelstraße 3, 19.30 Uhr Schule Fränkelstraße 3
Harburg, Union-Kate, Eddelbüttlerstraße 24, 20.00 Uhr. **Mitte,** Universität, Philosophenturm

Die Veranstaltungen am 17.1. werden

Die Veranstaltungen am 17.1. werden
wegen der Kampuchea-Veranstaltung alle auf Sonnabend den 20.1. verschoben.

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeiten der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition

Teil III: a) Von der Wiege bis zur Bahre bezahlen die Volksmassen die kapitalistische Ausbeuterherrschaft mit Leben und Gesundheit. Die Kapitalisten haben Blut gerochen und schreien nach mehr.
b) Gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals und zum Ausbau strategischer Stützpunkte als Teil der Kriegsvorbereitungen. Die „Gleichen Lebenschancen" des Bundesministeriums für Raumordnung und Städteplanung.
c) „Erneuerung des Bildungswesens": Sozialdemokratische Gesetzgebung zwecks schrankenloser Verfügung der Bourgeoisie über die jugendliche Arbeitskraft.
d) Auf Grundlage der schwindenden Reproduktionsbasis der Arbeiterklasse und der Volksmassen mischt sich der Staat immer tiefer in die Angelegenheiten der Volksmassen, unterdrückt und bespitzelt zum Zweck der Spaltung und der Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Beim §218 hat er sich dabei eine blutige Nase geholt.
e) „Sicherstellung der Ernährung"? – Sozialdemokratische Gesetzgebung sichert das Bauernlegen. Ständige Verschlechterung der Versorgung der Volksmassen geht Hand in Hand mit Zwangsgesetzen gegen die Bauern.
Hamburg, 22. bis 26.Januar 1979, 19.30 Uhr. Emilie Wüstenfeld Schule, Bundesstraße 78.

Mittwoch 24.Januar

9.45.Uhr Prozeß KBW gegen die Freie und Hansestadt Hamburg wegen des ZANU-Sammlungsverbots. Verwaltungsgericht, Saal 405 Karl Muck-Platz 1

Betriebsversammlung beschließt Kontrolle des Gesundheitswesens

b.güt. Auf der Betriebsversammlung vom 10.1. gab der Betriebsrat bekannt, daß er in Zukunft die Behandlung von Unfallkranken in den Krankenhäusern beobachten wird. – Der Betriebsrat hatte diesen Beschluß gefaßt, nachdem ein Arbeiter der Instandhaltung dem Betriebsrat seine Erfahrungen über die Behandlung im AK Altona und im Unfallkrankenhaus Boberg berichtet hatte. Der Arbeiter hatte sich in der Gießerei einen Finger gequetscht. Im AK Altona sagte ihm der Chefarzt, das erste Glied des Fingers müßte amputiert werden. Da aber der ganze Knochen noch heil war, protestierte der Kollege. Er hatte den Eindruck, daß hier behandelt werden sollte, wie es am schnellsten und billigsten geht. Der Arbeiter ließ sich ins Unfallkrankenhaus Boberg bringen. – Dort wurde ihm zuerst gesagt, es bräuchte nur die Fingerkuppe amputiert werden, dann würde der Arbeiter im Finger auch die Tastsinne behalten. Einen Moment später – der Arzt hatte inzwischen telefoniert – wurde ihm gesagt, es müsse doch das ganze Glied abgenommen werden. – Man muß wissen, bei dieser Art Behandlung heilt der Finger schneller und der Arbeiter kann früher arbeiten.

Zusammenschluß gegen Bauernlegen der Regierung

b.ins. In der letzten Woche wurde in York das fünfzigjährige Bestehen des Obstbauversuchsrings gefeiert. 1929 schlossen sich 80 Obstbauern zusammen, um gemeinsam die Probleme der Schädlingsbekämpfung sowie die Anbauprbleme zu lösen. Wissenschaftliche Untersuchungen waren dazu erforderlich, die ein kleiner Bauer allein weder zeitlich noch finanziell bewältigen konnte. Durch den Zusammenschluß wurden Wissenschaftler bezahlt, deren Aufgabe es war, Versuche durchzuführen sowie die Bauern zu beraten. Bis 1960 schlossen sich 2532 Bauern dem Versuchsring an. Das Bauernlegen konnte damit nicht verhindert werden, weshalb 1970 vor allem gegen die EG-Maßnahmen Demonstrationen stattfanden.
fanden.

AK Heidberg beschließt 150 DM Forderung für den Lohnkampf

b.suk. Am 9.1.79 wurde auf der Mitgliederversammlung im AK Heidberg mit großer Mehrheit 150 DM Festgeld und 250 DM Urlaubsgeld für alle gleich beschlossen. Alle anderen Forderungsvorschläge des ÖTV Hauptvorstandes wurden begrüßt. Zum Urlaubsgeld wurde noch eine Zusatzforderung aufgestellt. Kollegen mit Kindern sollen statt 50 DM Urlaubsgeld für jedes Kind zusätzlich 100 DM bekommen.

Lehrer lehnen „Neues Grundmodell" zur Gesamtschule ab

b.Hamburg. Auf der Lehrerkonferenz am 19.12.78 beschloß das Kollegium der Gesamtschule Alter Teichweg die Übernahme des Grundmodells „Neuer Gesamtschulen" abzulehnen. Trotz Anwesenheit des Oberschulrats Heimer und gegen die gesamte Leitungsgruppe, die den Lehrern das Grundmodell und die damit verbundene Mehrarbeit schmackhaft machen wollte.

Seeleute erzwingen Anerkennung des MTV/See

b.Stade. Aus den Schlichtungsverhandlungen in der Seeleutetarifrunde ist für die Kapitalisten noch nichts greifbares rausgekommen. Man hat sich vertagt auf den 17.1. Die Kampfkraft der Seeleute ist groß, was die folgende Korrespondenz zeigt:

err.Auf See. Als ich an Bord des Schiffes Magdalena der Reederei H.Petersen, Rendsburg, kam, erhielt ich schon mal keinen Heuerschein. Ich mußte dann 12 Stunden Wache gehen, und bekam keine Überstunden geschrieben. Der Offizier teilte mir mit, er hätte von der Reederei ein Schreiben, das darauf hinweise: an Samstagen, Sonn- und Feiertagen gäbe es keine Überstunden bezahlt. Ich glaubte ihm nicht und ging zum Kapitän. Dieser gab dann klein bei und teilte mir mit, daß ab jetzt an Samstagen 12 Überstunden geschrieben werden, an Sonntagen aber nur 8, die anderen Überstunden werden auf den Zweiwachenzuschlag angerechnet. Auch dieses schmutzige Manöver wurde zurückgeschlagen, und die Reederkapitalisten gezwungen zu zahlen, wie es der MTV/See vorschreibt. 2 Kollegen sind jetzt in die ÖTV eingetreten.

„Lohnarbeit bei Kälte ist urgesund" – nur für den Profit

b. obj. Als Arbeiter und Bauern in Norddeutschland teilweise tagelang vom Strom und von Lebensmittelversorgung abgeschnitten waren, und die Arbeiter auch bei Eis und Schnee, bei Nacht und bei Tag für den Profit der Kapitalisten schuften mußten, betrieb ein Dieter W. Schmidt, Pressesprecher der Hamburger Ärztekammer in der Umschau am Abend im NDR II am 2.1.79 eine medizinische Fachberatung ab zum Thema wie urgesund doch die Kälte sei. Für den Herrn Pressesprecher war die Kälte wohl in der Tat urgesund, befand er sich doch zur Zeit dieser Sendung im Winterurlaub, von wo aus er telefonisch Ratschläge erteilte.

„Sich stets bewegen" war einer der Ratschläge. Nur wie man das machen soll, wenn man zum Beispiel als Winsch- und Decksmann im Hafen arbeitet, wo man gezwungen ist immer an Windenrad zu stehen oder auf einem Podest was gerade so groß ist, daß man mit ⅓ der Schuhsohlen überhaupt stehen kann, das hat er nicht parat. Und „Hände, Füße und Gesicht warmhalten" das kann man gut wenn man im Pelzmantel, mit Pelzmütze und seehundsgefütterten Handschuhen im Winter spazierengeht. Aber wie sollen das die Bauarbeiter machen, die Hafenarbeiter, die Werftarbeiter und die Bauern. Die Kälte um 10° C geht durch alle Pullover durch. Man kann sich ja gar nicht so dick anziehen. Die Kälte wird nicht nur ungesund sondern sie vergrößert auch noch die Unfallgefahr. Wer stundenlang friert, ist nicht mehr so flink und beweglich wie sonst, und auch die Aufmerksamkeit läßt nach. Da braucht nur noch ein Schneetreiben zu kommen und man sieht kaum mehr was, aber gearbeitet wird meistens trotzdem, Hauptsache es wird Tonnage gemacht.

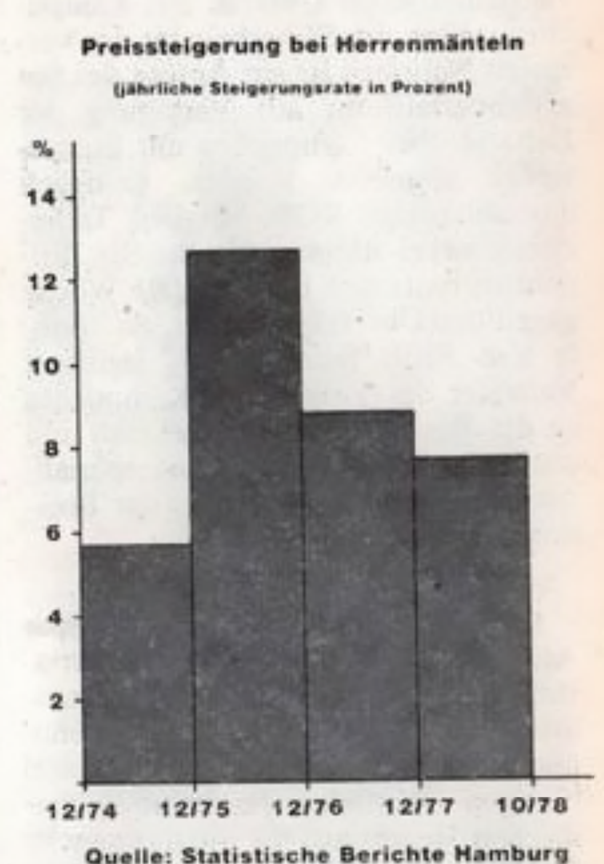
Am tollsten jedoch treibt es Herr Pressesprecher Schmidt mit seinem Ernährungsratschlag: „Mehr vitaminreiches Frischgemüse essen!" Im Hafen gibt es meistens außer einer Fettwurst überhaupt nichts zu essen, und man ist froh, wenn man an einem Kai ist, wo man Bratkartoffeln und Spiegeleier essen kann. Hauptsache man hat etwas Warmes im Bauch. Frisches Gemüse und frisches vitaminreiches Obst ist so teuer, daß man es sich nicht leisten kann. Außer man arbeitet eine doppelte Schicht. So hätten die Kapitalisten dann gleich zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie können die Arbeitskraft doppelt aussaugen, und dem Arbeiter bleibt nichts übrig, muß er doch nur um sich notdürftig gesund zu erhalten das Geld wieder ausgeben. Doch die Arbeiter entwickeln großes Geschick um zusätzliche Pausen zu organisieren und so die Kälte erträglich zu machen, und ohne Erfrierungen davon zu kommen.

DM Lohnkonto Hafenarbeiter

Tafeläpfel H.Kl. 1 4 kg/Monat

% Prozente vom Bruttostundenlohn für 1 kg Tafeläpfel

1972 1974 1976 1978



Quelle: Statistische Berichte Hamburg

Baukapitalist Vogt betrügt Arbeiter um den Dezemberlohn

b.Stade. Manch ein Kollege hatte sich gefreut: eine solide Firma, bei der ich nun einen festen Arbeitsplatz gefunden habe. – Doch nun ist es heraus: „Alleininhaber" Ekkehard Vogt ließ das Bauunternehmen in Konkurs gehen.

„Firmengründer" war der bereits verstorbene Vater Arthur. Eine neue Firma unter seinem Namen gibt es auch schon wieder, die Arthur Vogt GmbH, „Alleininhaber": Karin-Heidi Vogt, Ekkehards Ehefrau. Seit 1.9.1978 steht's so beim Buxtehuder Amtsgericht in den Akten. Und mit Wirkung von diesem Datum hatte der
Wirkung von diesem Datum hatte der
inzwischen pleite gegangene Ekkehard V. für nur 12500 DM seinen 49000 DM-Anteil der altehrwürdigen Firma an die Neugründung verkauft. Selbstverständlich hat dieses Rechtsgeschäft nach Ekkehard Vogt „nicht das geringste" mit den Zahlungsschwierigkeiten seiner Firma zu tun.

Das Bauunternehmen hatte 140 Beschäftigte, von denen die meisten nun auf der Straße liegen. Die letzte Zahlung haben sie Anfang Dezember gekriegt, ein Abschlag vom Novemberlohn. Und auch der fiel nur mickrig aus: so hat z.B. ein Kollege nur grad' 1000 DM erhalten, obwohl sein Nettolohn normalerweise etwa doppelt so hoch liegt. Konkursausfallgeld steht ihnen zu, doch auf dieses erkämpfte Geld können sie noch lange warten. Ebenso ist es mit dem Arbeitslosengeld.

Gewundert hatten sich die Kollegen bereits, daß ihr Lohn seit einiger Zeit per Scheck und dazu noch von verschiedenen Banken ausgezahlt worden war. Doch der danach befragte Betriebsrat sagte: „Es ist alles in Ordnung." Jetzt erfahren die Kollegen, daß sie von dem Baukapitalisten auch noch betrogen wurden um ihre vermögenswirksamen Leistungen, die er – wie auch die Schlechtwettergeldbeiträge – seit vier Monaten nicht abgeführt hatte. So hatte z.B. ein Kollege sich in Stade ein halbes vor dem Krieg gebautes Häuschen gekauft und wollte nun die Zwischenfinanzierung des erforderlichen Ausbaus (5 Kinder) durch einen
die Zwischenfinanzierung des erforderlichen Ausbaus (5 Kinder) durch einen
Bausparvertrag ablösen, der nunmehr noch nicht zur Auszahlung kommt. Genau gerechnet, was grad noch drin ist; doch nun gibt's keine Sparprämie und die Bankkapitalisten hängen ihm am Hals, wo ohnehin nur noch Bratkartoffeln drin sind.

Den Kapitalisten kann es nur einen Scheißdreck kümmern; für ihn zählt der Profit. Man sieht, was an dem Gerede dran ist: wenn es ihm gut geht, geht's auch dem Arbeiter gut.

In die neue Firma werden von den 140 Kollegen nur 15 übernommen, darunter der gesamte Betriebsrat. Sicherlich wird man sich das merken. Doch merken die Arbeiter sich vor allem, daß ihre Klasse tagtäglich derart bedroht ist, – solange sie nicht die Produktionsmittel übernommen, d.h. die Kapitalisten enteignet haben.

Im Auftrag Ehrenbergs: AOK Uelzen erhöht die Beiträge

b.rop. Zum 1. Januar 1979 hat die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) für den Kreis Uelzen die Beiträge erhöht, von 11,6 auf 12,5%. Für einen Arbeiter mit 1500 DM Brutto bedeutet das eine weitere Plünderung um 7,80 DM monatlich.

In den ländlichen Gebieten treffen die Ehrenbergmaßnahmen besonders schwer. Die Kapitalisten nutzen die hohe Arbeitslosenquote, um die Löhne kräftig zu drücken. Viele junge Arbeiter müssen deshalb in größere Städte abwandern, um dort ihre Arbeitskraft zu verkaufen. So liegt der Rentneranteil im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Kreis Uelzen um 11,7% höher
teil im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Kreis Uelzen um 11,7% höher
als der Landesdurchschnitt. Bis 1982 können die Krankenkassen die Rentner noch nicht zu Beiträgen heranziehen, deshalb hoben sie jetzt die Beiträge für die Arbeiter und Angestellten um stattliche 6,9% an.

Auf Grund des ehrenbergschen zwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes sind die Beiträge der Rentenversicherungen an die Krankenkassen auf 11% gesenkt worden. Die AOK-Uelzen rechnet vor, daß sie dadurch Mindereinnahmen von 6 Mio. DM jährlich zu verzeichnen hat.

Wer allerdings glaubt, die Beitragserhöhung sei notwendig, damit die bisherigen „Leistungen" beibehalten werden können, hat sich geschnitten: Deftig soll nach dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz zusammengestrichen werden – immerhin, so stellt die AOK fest, hat das Kostendämpfungsgesetz inzwischen „gegriffen", allerdings liegt der Kostenanstieg bei der AOK-Uelzen, zum Bedauern von Geschäftsführer Kulaczewski noch um 1,7% höher als im Landesdurchschnitt. Deswegen will er dafür sorgen, daß die „gemeinsamen Bemühungen zur Kostendämpfung zielstrebig fortgesetzt werden. Dem Krankenhaussektor kommt dabei eine ganz besondere Bedeutung zu... Es muß erwartet werden, daß sich die Ausgaben für stationäre Leistungen künftig stärker als bisher der Einnahmenentwicklung der Krankenversicherung anpassen."

Dem Manne kann von Ehrenberg

Dem Manne kann von Ehrenberg geholfen werden: Über die Streichung von Betten und die Schließung von Krankenhäusern soll die Verweildauer gesenkt werden. Von 600 Betten „zuviel" in den Kreisen Lüneburg, Uelzen, Lüchow-Danneberg sollen allein 300 im Kreis Uelzen gestrichen werden. Die Klinik Veerßen in Uelzen soll geschlossen, die Betten der Diana-Klinik Bad Bevensen nicht mehr gefördert werden. In der Allgemeinen Zeitung empfiehlt ein Gunter Beuershausen die „Überprüfung von Ärzten, deren Abrechnungen wesentlich aus dem Rahmen fallen, aber meistens gebe es dafür medizinisch untermauerte Gründe".

Zu ärgerlich, daß es immer noch Ärzte gibt, die sich noch nicht an die „Spielregeln" der Kostendämpfung gewöhnt haben; man muß ihnen mit der Zahlungssperre drohen. Wer will da behaupten, Ehrenberg sei kein Schreibtischmörder

Interview zur Entwicklung des Zusammenschlusses gegen die Dressur an der FHS Lüneburg

b. sts. Gegen die zunehmenden Kämpfe der Volksmassen um das Erziehungswesen schärft die Bourgeoisie ihren Unterdrückungsapparat. Ca. 100 Erzieher(innen) werden jetzt an der Fachschule für Sozialpädagogik in Lüneburg ausgebildet, 1970 waren es noch 67.

Wir erhielten folgenden Bericht, zu dem anzumerken ist: Nicht die objektive Unmöglichkeit durch z.B. Schichtarbeit ist der Grund dafür, daß es die „vorbildliche Erziehung" bei den Massen nicht gibt, sondern das fehlende Interesse der Volksmassen an staatlicher Unterdrückung. Der Staat hat kein Interesse an der Erziehung der Massen, nur an ihrer Kontrolle und Unterdrückung.

„Ziemlich viel Stunden haben wir in Pädagogik und Psychologie. Ausführlich wird im Unterricht die Mutter-Kind-Beziehung und die Frühverwahrlosung behandelt. Ziel des Unterrichts war, zu lernen, daß die Mutter-Kind-Beziehung von großer Bedeutung ist. Wir sollten lernen, daß es wichtig ist, um schlimme Folgen zu verhindern, daß u.a. schon an den Schulen ein Fach „Erziehungslehre" eingeführt wird und daß möglichst viele Erziehungsberatungsstellen eingerichtet werden, daß also die staatliche Einmischung vergrößert wird. Dieser Unterricht und die Erzeihungsberatungsstellen sollen deshalb so wichtig sein, weil viele Väter und Mütter nicht in der Lage sein sollen, Kinder richtig zu erziehen. Das soll an der Unwissenheit der Eltern liegen. Da wird also die Frage der Erziehung als Individualschicksal behandelt und überhaupt nicht geklärt, daß objektive Grundlagen, wie z.B. Schichtarbeit bei den Eltern, massenhaft eine Erziehung, wie sie uns als vorbildlich vorgesetzt wird, gar nicht zuläßt. Wir sollen dann aber bei den Eltern die Schuld sehen."

KVZ: „Das muß doch Euren eigenen Erfahrungen und Interessen widersprechen. Entsprechend wird doch sicher der Notenknüppel geschwungen?"

Antwort: „Die Konkurrenz wird bei uns schon ziemlich geschürt. Z.B. ist uns bekannt gemacht worden, das letztes Jahr von mehr als 400 Bewerbern nur 48 ausgewählt worden sind. Es gibt bei uns ein Jahres- und Abschlußzeugnis. Über das ganze Jahr hin werden Arbeiten geschrieben. Vor den Ferien oder vor und nach den Praktika summiert es sich dann. Es ist aber von Lehrkraft zu Lehrkraft unterschiedlich. Im Fach Psychologie ist es z.B. so, daß sich die Note zu 50% aus schriftlicher, zu 50% aus mündlichen Leistungen zusammensetzen soll. Um auf eine gute Zensur zu kommen, lernt man dann am besten für den mündlichen Unterricht die Sachen aus der angegebenen Literatur auswendig."

KVZ: „Gibt es Kämpfe gegen den Druck?"

Antwort: „In einer Unterstufenklasse hat es zu Beginn der Ausbildung ein Treffen aller Schüler gegeben wo besprochen wurde, daß man sich darüber verständigt, wie hoch der Zeitaufwand für die Schule mit allem Drum und Dran ist, weiterhin, zu untersuchen, was man gegen die Konkurrenz machen kann und wie weit man durch Gemeinschaftsarbeit den Zeitaufwand verkürzen kann. Weitere Treffen hat es aber bis jetzt noch nicht gegeben. Auseinandersetzungen hat es um das Unterrichtsfach Religion gegeben. Das war Pflicht, auch für konfessionslose Schüler. Eine Oberstufenklasse hat das letztes Jahr an die NDR-Meckerecke weitergegeben. Daraufhin ist als Wahlfach „Werte und Normen" eingeführt worden.

14 Fächer mit 32 Wochenstunden sind zur Indoktrinierung der Schüler vorgesehen, ¼ davon allein für Religion, Pädagogik und Psychologie.

Grundlinie der Ausbildung: Den Menschen darstellen als „Schwaches Tier" (Lernziel: „die pädagogischen Folgen, die sich aus der Instinktunsicherheit des Menschen ergeben, kennen"), um damit die Grundlage zu schaffen für staatliche Einmischung und Unterdrückung der Massen (Lernziel: „Mängel der primären Sozialisation kennen und beurteilen und daraus institutionelle und erzieherische Bedingungen ableiten die diese Mängel ausgleichen"). Hebel zu Unterdrückung sind Entwicklungsberichte, Beobachtungsbögen etc. 40 Stunden sind in Pädagogik dafür vorgesehen, 80 in Psychologie, ⅓ der gesamten Ausbildung in Psychologie. Lernziel: „Beobachtungsprotokolle über das Sozialverhalten einer Gruppe anfertigen". Angeknüpft wird an den Widerstand der Erzieher gegen die staatliche („institutionalisierte") Unterdrückungstätigkeit, um Berichte als Mittel zur Kritik daran zu propagieren. Lernziel: „die Problematik institutionalisierter Pädagogik durch den Einsatz von Rückmeldungsverfahren auf die Effektivität hin überprüfen (Katanese)".

Das iranische Volk zerschlägt dem HH Senat das Geschäft der imperialistischen Ausbeutung

b.ulh. Die Hamburger Bourgeoisie ist in höchster Aufregung. Ihre Profite im Iran sind in Gefahr, konkret das Bauprojekt von 6600 Wohnungen für iranische Offiziere, durchgeführt von der Hamburger Stadtentwicklungsgesellschaft (HStG), 100%ige SAGA-Schwester und damit 100%iges Eigentum des Hamburger Senats. „Unverantwortlich" und „leichtfertig" kreischt die CDU und „wir rechnen, mit einem Ministerium wenig Gewinn abzuschließen", Bausenator Lange. Für alle Fälle hat Lange an eine Sicherheitsklausel in den Verträgen: für „höhere Gewalt" erinnert, die auf die Revolution im Iran anwendbar sei. Prinzipiell setzt er aber auf „Beruhigung der Lage unter dem neuen Ministerpräsidenten". Kein Wunder, daß der Hamburger Senat mit Verbot und Polizeiaufmarsch Demonstrationen zur Unterstützung der Volkskämpfe im Iran hat verfolgen lassen...

Extra, um in den Ländern der Dritten Welt ausbeuten und Kapital anlegen zu können, hatte der Hamburger Senat 1976 die HStG gründen lassen. „...die Gesellschaft sei gegründet worden, weil der Senat Sanierungsaufgaben, die ein gemeinnütziges Wohnungsbauunternehmen nicht ausführen kann, durch diese Konstruktion dennoch tätigen lassen möchten. Weiterhin wollte der Senat das Know-how der SAGA verwenden, um Aufgaben erfüllen zu können, die außerhalb des gemeinnützigen Sektors liegen. (Bürgerschaftdrucksache 8/2478) Und, „die Gesellschaft soll... dabei möglichst auch Gewinne erzielen, die – indirekt – im Rahmen der Stadtentwicklung wieder einzusetzen wären. (Berichte u. Dokumente Nr. 523 Nov. 77)

In Wahrheit hat sich folgender Vorgang abgespielt. Die Wohnungsbautätigkeit in Hamburg ging von 1974 auf 1975 um 25% zurück, die Zahl der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten sank von 1970 = 47000 auf 1975 = 30000. Im Öffentlichen Wohnungsbau sank die Zahl der bewilligten Bauten von 1973 = 6873 auf 1976 = 5143. Die Baukapitalisten hatten soviel Kapital aufgehäuft, daß sie es profitlich nicht mehr im Bau weiterer Wohnungen anlegen konnten. Deshalb ergriff der Hamburger Senat verschiedene Maßnahmen, um den Kapitalisten ihre Profite zu garantieren. Auf der einen Seite beschloß er ein Wohnungsmodernisierungsprogramm, mit dem 1975 20055 Wohnungseinheiten (WE) mit 11571 DM durchschnittlich bezuschußt wurden. Auf der anderen Seite wurden Maßnahmen zum Kapitalexport ergriffen, um aus der Ausbeutung der Völker der 3. Welt das nötige Kapital zu pressen, um dann in der BRD die Arbeiterklasse nach Rationalisierungen auf verschärfter Stufenleiter auszubeuten.

In bestimmter Weise ging das Konzept der Kapitalisten auch auf. 1977 stockte die rückläufige Tendenz bei Wohnungsbautätigkeit und Anzahl der Beschäftigten. Dafür hatten sie sich heftige Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die verschärfte Ausbeutung und die ständigen Lohnsenkungen eingefangen. Der Betriebsrat der SAGA griff den SAGA-Vorstand scharf an: „Das Unternehmen, dessen Aktien zu hundert Prozent im Besitz des Sozialliberal regierten Staates sind, verdichte die Arbeitsplätze und gliedere sie um, ‚um so eine optimale Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft zu erreichen'." (Welt, 12.10.77)

Das Kapital dazu hatten die Bourgeois u.a. aus Gewinnen des HStG. Bei ihrem ersten Auftrag, dem Bau von 10 Schulen in Saudi-Arabien – einem 85 Mio DM Projekt – hat die HStG nach eigenen Angaben 500000 DM Reingewinn gemacht und Hamburger Firmen mit Aufträgen von 44 Mio DM versorgt. Der zweite Auftrag ging über den Bau von 4 weiteren Schulen in Saudi-Arabien. Projektumfang 48 Mio DM, Aufträge in Höhe von 25 Mio DM gingen an Hamburger Firmen. Über den Reingewinn hat die HStG diesmal nichts mehr geäußert. Der 3. Auftrag läuft noch und ist das Offizierswohnbauprojekt im Iran mit einem Auftragsvolumen von 420 Mio DM, 280 Mio DM für Hamburger Firmen. Der iranische Staat hatte den Auftrag an die Schweizer Firma MOBAG und HStG gegeben, diese hatte den Rohbau der HStG übertragen. Jetzt, wo die Massen im Iran dabei sind, ihr Land von Imperialisten zu säubern, haben sich MOBAG und HStG in die Haare gekriegt, die MOBAG zahlt nicht wegen „Mängeln am Bau" – und der Hamburger Senat wird fuchtig.

Die Arbeiterklasse dagegen freut sich, daß ihre Ausbeuter Schläge kriegen.

E-Werke plündern zur Bereicherung des Finanzkapitals

b.uwh. Elektrizitätswerke in den Händen der Bourgeoisie sind stets Mittel der ungeniertem Ausplünderung der Volksmassen, maßloser Ausbeutung der Beschäftigten sowie Bereicherung der Kapitalisten. Dazu haben wir eine kurze Untersuchung der 3 E-Werke in unserem Bezirk angestellt: Die Stader Stadtwerke trieben den Haushaltstarif von 1968 bis 78 von 10 auf 13,5 Pf pro kWh. Das sind 35%. Bei der Hastra (Lüneburg) belief sich der Preis 1972 auf 10,5 Pf. Seitdem wurde 6mal erhöht auf heute 14,5 Pf. Dadurch schaffte sich die Hastra eine Monopolstellung in Nordniedersachsen und schluckte zahlreiche kleine Betriebe z.B. das Überlandwerk Neustadt und das Energie- und Wasserversorgungswerk Wunstorf.

Die Hastra ist quasi eine Zweigniederlassung der Preussen Elektra (Anteil 95%), die wiederum zu 60% der Veba gehört. Beständig wurde die Dividende auf inzwischen 14% angehoben. Die Versorgung der Kapitalisten wurde ständig durch Rationalisierungen und Neuinvestitionen verbessert, so daß z.B. 1977 die „Sonderabnehmer" 7,2% mehr verbrauchten, während die Haushaltungen 1,8% mehr verbrauchten, was die Hastra auf das „Sparverhalten" der Massen zurückführt. Von 1969-77 konnte die Hastra ihre Beute, die sie „Umsatzerlös" nennt von 283,5 Mio. auf 711,0 Mio. DM steigern. Bei der HEW, dem größten Fernwärmelieferanten in Westeuropa stiegen die Erlöse von 1972 bis 77 von 848,9 Mio. DM auf 1489 Mio. DM.

Im Geschäftsbericht 1977 vermerkt der Vorstand stolz: „Der besonders hohe Zuwachs dieser Kundengruppe (gemeint sind die Kapitalisten – Anm. der Redaktion) ist u.a. auf die Hamburger Aluminium Werke, die im November ihre Elektrolyseanlage in Betrieb nehmen konnte und auf die Inbetriebnahme weiterer Anlagen der Hamburger Stahlwerke zurückzuführen." – Der Zuwachs der Abnahme der Kapitalisten (1977 um 9,3%) zu Billigsttarifen ist nur möglich auf Grund der gesteigerten Ausplünderung der Volksmassen und deren relative Einsparung von Energie (1977 um 2,3% Zunahme). – Die Sondertarife mit den Kapitalisten werden aus verständlichen Gründen unter Geheimhaltung einzeln diktiert, weshalb wir diese Zahlen hier nicht veröffentlichen können.

Klose in Ägypten: Dicke Aufträge für Blohm und Voss und die Hafenkapitalisten

b.hej. 5 Tage lang reiste Hamburgs Bürgermeister Klose begleitet von DGB Chef Saalfeld durch Ägypten, um der Hamburger Bourgeoisie neue Märkte zu eröffnen und dicke Geschäfte für die Kapitalisten abzuschließen.

Investitionen und 'Entwicklungshilfe' der BRD in Ägypten in Millionen DM

Leistung	bis 1974	1975	1976	bis 1976 gesamt
Öffentliche Kredite	909,7	142,0	270,9	1322,5
(nicht rückzahlbare)	(224,0)	(32,0)	(33,6)	(289,6)
Private Kredite	340,1	74,1	253,2	667,3
Gesamt	1249,8	216,0	524,1	1989,9

„Der bescheidene 1. Mann Hamburgs, der nicht im Traum daran denkt einmal Kanzler zu werden", so die bürgerliche Presse, ließ sich in Ägypten mit großem Pomp feiern. In Verhandlungen nicht ganz so bescheiden, brachte er dicke Aufträge für die Hamburger Kapitalisten mit nach Hause. Am Ausbau des Containerterminals und eines Industriezentrums in Port Said am Suez-Kanal soll Hamburg mit

und eines Industriezentrums in Port Said am Suez-Kanal soll Hamburg mit

über 1 Milliarde DM beteiligt sein. Ebenso an einer Erweiterung des Suez-Kanals, hier liegt die Größenordnung noch nicht genau fest.

Für Blohm und Voss hat er einen 70 Mio. DM Auftrag für ein zweites Schwimmdock und zwei 500 Tonnen Kranschiffe in der Tasche.

Gleichzeitig strebt die Hamburger Bourgeoisie eine Ausweitung der ägyptischen Frucht- und Gemüseexporte nach der BRD an. Schon heute gehen 50% der Gemüseexporte über hanseatische Fruchtkontore.

Insgesamt erhofft sich Ägypten (so Sadat) 15 Milliarden Dollar, das wäre eine Verdoppelung des ausländischen

Sadat) 15 Milliarden Dollar, das wäre eine Verdoppelung des ausländischen

Kapitals in den nächsten 5 Jahren von der BRD, USA und Japan.

Die Chancen stehen gut. Der Bundesverband der deutschen Industrie hat schon 1975 in einer Studie „Ägypten als Wirtschaftspartner" auf die „außerordentlich positiven Bedingungen" hingewiesen. Sichtbares Zeichen hierfür... stark gestiegener Warenverkehr, Zurverfügungstellung von 500 Mio. DM Kapitalhilfe und Exportgarantien in Höhe von insgesamt 250 Mio. DM.

Außenhandel der BRD mit Ägypten Ein- und Ausfuhrwerte in 1000 DM

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
1968	109258	266929
1969	157989	312194
1970	207050	448524
1971	165884	353692
1972	120344	263040
1973	148164	328796
1974	165435	540520
1975	127603	1044376
1976	145203	1470657

Weiter schreibt die Studie: „Traditionell verfügt Ägypten über ein Reservoir fähiger und initiativer Arbeitskräfte, die an einer industriellen Fertigungsweise aufgeschlossen gegenüberstehen. Seit 1959 sind mit Hilfe der BRD eine Reihe von Einrichtungen auf dem Gebiet der technischen Erziehung geschaffen worden. Infolgedessen findet der deutsche Investor in Ägypten eine große Zahl von Arbeitnehmern, die eine deutsche technische Ausbildung haben oder jedenfalls an deutschen Maschinen von deutschen Meistern ausgebildet wurden."

deutschen Maschinen von deutschen Meistern ausgebildet wurden."

Dicke Extraprofite haben die Hamburger Kapitalisten im Blickfeld. Billige Arbeitskräfte, die sie noch nicht einmal anlernen müssen, werden ihnen geliefert. Der Durchschnittslohn eines Industriearbeiters lag 1971 bei 3,99 ägyptischen Pfund in der Woche bei 56 Wochenstunden. (Umgerechnet 21,70 DM in der Woche oder 38 Pfennig in der Stunde.) Nach neuesten Statistiken steht die BRD als Lieferant Ägyptens an der 5. Stelle und als Abnehmer an 8. Stelle. Viel zu wenig für die Expansionsgelüste der westdeutschen Bourgeoisie.

sionsgelüste der westdeutschen Bourgeoisie.

Haushaltsgastarife sichern Kapitalisten billigen Verbrauch

Haushaltsgastarife sichern Kapitalisten billigen Verbrauch

b.uwh. „Diesmal keine Preiserhöhung bei Gas", vermeldet der Vorstand der Hamburger Gaswerke (HGW). Angesichts der harten Lohnkämpfe wäre das momentan auch in der Tat kein günstiger Augenblick. „Die Welt" findet es glatt schlagzeilenwürdig als „erfreuliche Nachricht", daß die HGW Preiserhöhungen zu späterem Zeitpunkt anberaumt. – Die Plünderungsbeute der HGW kann sich wirklich sehen lassen: Um knapp 60% stiegen die Tarife Kleinstverbraucher von 1965-76. Allein in den letzten 6 Jahren wurde der Kleinstverbrauchertarif von 35,4 auf 50,1 Pfennig erhöht.

Für eine vierköpfige Familie in einer 4-Zimmer Altbauwohnung bedeutet das eine monatliche Belastung in den kalten Monaten von 4-500 DM. Der Verbrauch der Massen stieg seit 1965 um 300%, der der Kapitalisten um 670%. Trotzdem sei der Gesamtverkaufserlös mit „nur" 115% weit hinter der Gesamtabgabe zurückgeblieben. –

Nichts anderes heißt das, als daß die Massen schon durch die geltenden Tarife, den Massenverbrauch der Kapitalisten finanzieren, denn wie anders ist es zu erklären, daß der „Verkaufserlös" angesichts dieser immensen Plünderung nicht um ein vielfaches gestiegen ist, wenn nicht gleichzeitig die Kapitalisten das Gas mehr oder weniger geschenkt würde. – Zusätzliche Extraprofite konnte die HGW durch die Umstellung der Haushalte auf Erdgas (Nordseegas) erzielen, weil die Erzeugerpreise viel niedriger sind als bei herkömmlichem Raffineriegas. – Diese Tatsachen findet die Welt erfreulich – sind sie auch für die Kapitalisten. Die Massen zwingen sie buchstäblich auf Sparflamme zu kochen.

Forschungsaufträge der GKSS bis 1982: Vorbereitung zur Ausplünderung der Meere der 3. Welt

b.rus. Bereits in der zweiten Hälfte der 50er Jahre haben die westdeutschen Imperialisten entscheidende Maßnahmen zur Nutzung der Kernenergie ergriffen. Für den damaligen Atomminister Balke war das eine Frage, „ob wir weiterhin zu den führenden Industrieländern gehören wollen."

Am 18.4.56 wurde die „Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt" (GKSS) in Geesthacht gegründet. Staatsmonopolistisch organisiert, war ihre Zielsetzung von vorneherein „die längerfristige Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie" (aus: Stellung, Entwicklung und Aufgaben der GKSS). Winkende Extraprofite auf einem Markt für atomgetriebene Handelsschiffe, Unabhängigkeit bei der Treibstoffversorgung und eventuell geringere Brennstoffkosten, dafür ließ der imperialistische Staat bis 78 knapp 600 Mio. DM an Steuergeldern springen, 90% vom Bund und 10% von den 4 norddeutschen Küstenländern.

Tatsächlich gelang es den westdeutschen Imperialisten, nach der amerikanischen „Savannah" das zweite Handelsschiff mit einem Druckwasserreaktor als Antrieb 68 einzusetzen, die „Otto Hahn". Wenn das Schiff dieses Jahr stillgelegt wird, dann nicht, weil es sich als Fehlschlag und nicht konkurrenzfähig erwiesen hätte. Konkurrenzfähig gegenüber ölgetriebenen Frachtern sollte die „Otto Hahn" gar nicht sein. Ihre Aufgabe bestand in der Erprobung eines Schiffsreaktors zwecks späterem Einsatz in Großfrachtschiffen, wobei die Kernenergie bei jetzigen Betriebskosten erst bei einer Verdreifachung des Ölpreises profitabler wäre. Direkt profitabel wäre laut GKSS der Reaktorantrieb jetzt schon in eisbrechenden Tankern und in Fabrikschiffen. Also geht es jetzt um die Senkung der Betriebskosten. Mit 20 Mio. DM (34% des 59 Mio. DM Etats der GKSS) wird dieses Jahr der Posten „Reaktorsicherheit" veranschlagt. Möglichst schneller Einsatz des Schiffsreaktors, ohne daß er gleich in die Luft fliegt, das ist der eine Schwerpunkt der imperialistischen Forschung der GKSS. Das Hauptziel der GKSS aber, für das knapp 800 Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler eingespannt werden, ist die Vorbereitung und Sicherung von großangelegten Rohstoffplünderungen aus den Weltmeeren.

Auch die GKSS muß die Schranken, die die Völker der Welt gegen Rohstoffplünderung ziehen, anerkennen. „Neben dem Ölkartell OPEC haben sich auch auf dem Metallmarkt Exportkartelle herausgebildet... Beispiele sind CIPEC (Kupfer) und IBA (Bauxit)." So wird die Offshore-Technik „zur Gewinnung von Erdöl und Erdgas aus dem Untergrund des Meeres" entwickelt (u.a. Schweißtechnik unter Wasser, Untersuchung der Korrosion unter Einfluß des Meerwassers). Angesichts der Vertreibung der Imperialisten von den Kontinentalschelfs durch Errichtung der 200-Meilen-Zonen soll eine Technologie für Wassertiefen von etwa bis 200 Meter entwickelt werden



Die Otto Hahn: Zweites Druckwasserreaktorangetriebenes Handelsschiff

(Unterwasserlabor Helgoland, Versuche bis zu 300 Metern Tiefe).

Zur Gewinnung von Rohstoffen aus dem Meerwasser hat die GKSS Verfahren entwickelt zur Analyse des Wassers (unter der Überschrift „Umweltschutz) und ein Membranverfahren ausgearbeitet. So hat die Uranerzbau GmbH Bonn der GKSS folgenden Auftrag gegeben: „Urangewinnung aus dem Meerwasser, Bau und Betrieb einer Versuchseinrichtung auf Helgoland".

Aus den Tiefen des Meeres sollen auch Rohstoffe gewonnen werden, vor allem Manganknollen und Schwermetallseifen. Das Interesse richtet sich vor allem auf die Metalle Kupfer und Nickel, deren Plünderung wegen dem Kampf der Völker sehr unsicher geworden ist. Die GKSS hat Verfahren zur Verbilligung der Ausbeutung des Meeresbodens durch „eine rasche und quantitative Aussage über den Wertmetallgehalt". Das Problem der Energieversorgung bei der Plünderung von Rohstoffen mitten auf dem Ozean soll durch Anwendung der Kernenergie gelöst werden. Und da hat die „Otto Hahn" ihren „Forschungsauftrag glänzend erfüllt". (Mopo, 24.1.78) „Die für den Schiffsantrieb entwickelte Reaktoranlage kann auch für andere Zwecke eingesetzt werden, wie z.B. für Kraftwerke mittlerer Leistung, Meerwasserentsalzungsanlagen oder als Energiequelle für meerestechnische Einrichtungen" (GKSS). Welche Arbeiter werden aber bereit sein, monatelang auf einem Schiff rund um die Uhr zu arbeiten, und wie lange werden die Völker der Welt, die die Einrichtung einer internationalen Meeresbehörde fordern, es zulassen, daß unter der Losung „Freiheit der Meere" Rohstoffe geplündert werden.

Die „Internationale Menschengemeinschaft" der Sozialimperialisten – in der UdSSR und rund um den Erdball

Neues Staatsbürgergesetz gegen den Aufschwung der Kämpfe der Nationalitäten

z.anb. Seit dem 7. Oktober 1977, dem Tag der Verabschiedung der Neuen Verfassung der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" ist die UdSSR von der Diktatur des Proletariats offiziell zum „Staat des ganzen Volkes" übergegangen. Das neue „Volk", das in dieser Verfassung seine Geburt erlebt, besteht aus über 100 verschiedenen Nationalitäten und Völkerschaften, die allesamt „gemeinsame Züge" angenommen haben: „Patriotismus, sozialistischen Internationalismus, hohes gesellschaftliches Pflichtbewußtsein, neue Einstellung zur Arbeit, Kollektivgeist und kameradschaftliche Hilfsbereitschaft, sozialistischer Humanismus, Ablehnung des Zwists zwischen Nationen und Rassen". (Sowjetunion, Nr. 10/77) Der „Sowjetmensch" ward geboren. Nach seiner Taufe durch die Verfassung ist ihm am 1. Dezember 1978 die Staatsbürgerschaft verliehen worden.

Die Entscheidung über Zu- und Aberkennung der Staatsbürgerschaft liegt fortan beim Obersten Sowjet. Jeder, der diese „hohe Auszeichnung" erwerben will, muß „mit seiner Tätigkeit nachweisen, daß (...) er bereit ist, diese Bezeichnung ehrenvoll zu tragen und die Interessen und das Ansehen unseres Staates zu schützen". Wer ein guter „Sowjetmensch" ist, erhält die Staatsbügerschaft, die anderen sind vogelfrei.

Seither entdecken die bebilderten Zeitschriften der Sowjetunion die „Errungenschaften" des „Internationalismus". Da die Nationalitäten immer enger miteinander „verschmelzen", ihre Traditionen verschwinden und einer „gesamtsowjetischen Lebensweise" Platz machen, entfällt mithin die Notwendigkeit, die Autonomie der Sowjetrepubliken zu respektieren. Die Verfassung von 1977 beseitigt jegliche Selbständigkeit der Republiken in Fragen der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen. Dies entspreche den „leninistischen Prinzipien der Nationalitäten-Frage", deren Hauptmerkmal die „Festigung der die ganze Union betreffenden Grundsätze" sei.

Niemand geringerer als Lenin selbst habe die Bedeutung der Kontrolle der zentralen Staatsmacht betont, erst recht gelte diese zentrale Kontrolle in der Phase des „entwickelten" Sozialismus der heutigen UdSSR. Wer dagegen die Rechte der nationalen Minderheiten, der Sowjet-und Autonomen Republiken ausspiele, sei von rückständigem Nationalismus beseelt, ein „Kleinbürger". Und was Lenin von diesen hielt, weiß man.

Mit dem Leninismus soll die Kritik an einem Völkergefängnis zum Schweigen gebracht werden? – Breschnew nahm bereits 1972 Zuflucht zu Drohungen: „... daß die nationale Frage, wie wir sie von der Vergangenheit ererbt haben, vollauf und ganz gelöst, daß sie endgültig und unwiderruflich gelöst ist." (Prawda, 22.12.1972) Die Statistik der Bevölkerungsentwicklung belegt das Gegenteil: der Anteil der nationalen Minderheiten, vor allem in Zentralasien und im Kaukasus wächst beständig, der Anteil der russischen Bevölkerung sinkt proportional. Und das nachdem von 1959 bis 1970 „einschneidende Veränderungen" vonstatten gegangen sind: eine Million Russen „besiedelte" die Ukraine, eine weitere Million Kasachstan; ihr Anteil in Lettland stieg von 556000 auf 705000, in Estland von 240000 auf 335000, 400000 brachten Zentralasien die „Zivilisation". „In den national geschlossenen Gebieten gibt die Nationalität den Ausschlag, die von der Nationalitätenkammer dazu gewählt wird. *Es muß nicht immer die zahlenmäßig stärkste sein, sondern grundsätzlich jene Nationalität, die den proletarischen Zielen des Gesamtstaates am meisten Rechnung trägt.*" (Osteuropa, 11/78)

Die Politik der „Russifizierung" sollte den Kampf der Nationalitäten in bürokratischer Kontrolle des zentralen Staatsapparates ersticken. Die ökonomische Unterwerfung von Millionen Bauern, Hirten und Nomaden, ihre Verwandlung in freie Lohnarbeiter für die Hegemonieschlacht der sozialimperialistischen Supermacht setzt die politische Entrechtung voraus. In welchem Umfang die „Mobilisierung von Arbeitskraft" aus de. ländlichen Gebieten vorangeschritten ist, zeigt die Entwicklung der Bevölkerungszahlen.



Li – Litauen; Le – Lettland; E – Estland; G – Georgien; A – Armenien; As – Aserbeidshan; (1) Kalmückische ASSR; (2) Adscharische ASSR; (3) Nachitschewan ASSR; (4) Abchasische ASSR; (5) Kabardino-Balkarische ASSR; (6) Nord-Ossetische ASSR; (7) ASSR der Tschetschenen und Inguschen; (8) Dagestanische ASSR; (9) Mordwinische ASSR; (10) Ischuwaschische ASSR; (11) ASSR der Mari

Entwicklung der Bevölkerungszahlen in der UdSSR (in Mio.)

	Gesamt	Stadt	Land
1917	124,6	18,4	106,2
1940	194,1	63,1	131,0
1959	208,8	100,0	108,8
1966	232,2	123,7	108,5
1973	248,6	146,1	102,5
1977	257,9	159,6	98,3

Die verschärfte Expansion und Kriegsvorbereitung der Sozialimperialisten bedeutet gesteigerte Plünderung der natürlichen Ressourcen der Regionen wie auch die unerträgliche Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter und
rung der Ausbeutung der Arbeiter und
Bauern in den Republiken und Autonomen Gebieten. Je mehr die neue Bourgeoisie versucht, die Prinzipien Lenins zu mißbrauchen, um ihr Zuchthaus als „Internationalismus" zu deklarieren, umso machtvoller erwachen in den demokratischen Kämpfen der unterdrückten Nationalitäten die historischen Erfahrungen der revolutionären Sowjetmacht. Der armenische Historiker A.M. Mnatsakanian veröffentlichte 1972 einen Artikel über die Politik Lenins und der Bolschewiki in der nationalen Frage. „Rückständige Ansichten", „Lokalpatriotismus", gröhlte damals die sowjetische Presse.

„Je demokratischer die Republik Rußland sein wird, je erfolgreicher sie als Republik der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten organisiert, desto stärker werden sich die werktätigen Massen aller Nationen *freiwillig* zu einer solchen Republik hingezogen fühlen. (...) Volle Freiheit der Lostrennung, weitgehende lokale (und nationale) Autonomie, bis ins einzelne ausgearbeitete Garantien der Rechte der nationalen Minderheit – das ist das Programm des revolutionären Proletariats." Zugleich griff er scharf die kleinbürgerlichen Vorstellungen über die „Nation" an. „Die proletarische Partei erstrebt die Schaffung eines möglichst großen Staates, denn dies ist für die Werktätigen vorteilhaft. Sie erstrebt die Annäherung und weitere Verschmelzung der Nationen, aber sie will dieses Ziel nicht mittels Gewalt erreichen, sondern ausschließlich auf dem Wege eines freien, brüderlichen Bündnisses der Arbeiter und der werktätigen Massen aller Nationen." (Lenin, Werke, Bd. 24, S.58)

Man nehme das Wort „Verschmelzung" der Nationen, erkläre dieselbe für verwirklicht, und aus dem Nebel von Verdrehungen taucht der neue Zar Breschnew auf: „die nationale Frage ist unwiderruflich gelöst!"
ist unwiderruflich gelöst!"

In einer Lage, als sämtliche Imperialisten der eine heiße Wunsch vereinigte, die revolutionäre Sowjetmacht zu vernichten, erklärte Lenin: „Ein enges wirtschaftliches Bündnis der Sowjetrepubliken (ist) notwendig, weil anders die Wiederherstellung der durch den Imperialismus zerstörten Produktivkräfte und die Sicherung des Wohlstands der Werktätigen nicht möglich ist." (Werke, Bd. 31, S.135; „Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage", 1920) Mit Maßnahmen der revolutionären Sowjetmacht zur Sicherung ihrer Diktatur über die alten Ausbeuter wollen heute die neuen Ausbeuter der sowjetischen Arbeiterklasse ihre imperialistische Raubpolitik gleichsetzen!

Die Monatszeitschrift „Probleme der Geschichte" stellt fest, daß „die tadschikische Baumwolle besondere Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Föderativen Russischen Republik" hat. Die Baumwollproduktion Tadschikistans macht 10,6% der Gesamtproduktion der Sowjetrepublik aus. *Verarbeitet* werden nur 1,5%; der „Rest" ist „Bruderhilfe" an die RSFSR. 1977 lag die gesamte landwirtschaftliche Produktion um 26,5% unter dem Stand von 1940; die Gesamt- wie auch die Hektarerträge sind die niedrigsten aller Sowjetrepubliken. Der Energieverbrauch beträgt ein Drittel des in der UdSSR üblichen Durchschnitts. Seit dem Herbst des vorigen Jahres reißen die Kämpfe der tadschikischen Volksmassen gegen die sozialimperialistische Unterjochung nicht ab.

An den Südhängen des Kaukasus in der Georgischen SSR liegt das autonome Gebiet Südossetien; die dort lebenden Alanen gaben einst dem Land den Namen „Barkad", Überfluß. Heute wächst auf den kargen Berghängen nicht einmal mehr Gras für die großen
nicht einmal mehr Gras für die großen
Schafherden. Die Herden müssen im Winter über Hunderte Kilometer weit auf die Weiden der Autonomen Republik Dagestan geführt werden. Die neuen Zaren haben die Lage der Bauern im Sinne Breschnews „gelöst": im Kabelwerk „Emalprowod" werden sie in Vierschichtbetrieb ausgebeutet. Bis 1980 verlangt der „Plan" 30% Steigerung des Ausstoßes, davon zu 90% „über die Steigerung der Arbeitsproduktivität".

In einem Brief „an die Genossen Kommunisten Aserbaidshans, Georgiens, Armeniens, Dagestans und der Bergrepublik" schrieb Lenin im Mai 1921: „Langsamer, vorsichtiger, systematischer zum Sozialismus übergehen – das ist für die Republiken des Kaukasus zum Unterschied von der RSFSR möglich und notwendig. ... Man muß sofort suchen, die Lage der Bauern zu verbessern und großzügige Arbeiten zur Elektrifizierung und Bewässerung einleiten. Die Bewässerung ist dringender als alles andere und wird mehr als alles andere das Gebiet umgestalten, aufleben lassen, die Vergangenheit begraben und den Übergang zum Sozialismus festigen." (Werke, Bd. 32, S.328f)



Arbeiterkolonne beim Bau der Baikal-Amur-Magistrale – „Wir haben Baustellen, Betriebe, Kolchose und Sowchose (besonders im Neulandgebiet), wo manchmal Angehörige von 30 Nationalitäten zusammenarbeiten. Und ihre nationale Zugehörigkeit spielt da nicht die geringste Rolle. Ausschlaggebend für die Beurteilung eines Menschen ist bei uns sein eigener Wert, nicht welcher Nationalität er ist, sondern wie er sich als Staatsbürger und Mensch verhält." (Sowjetunion, 10/77)

Kommunistische Volkszeitung
Aus dem Inhalt Nr. 3